

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 2.50 RM., monatlich 1.10 RM., vierteljährlich 1.75 RM., Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Zeilen oder deren Raum 20 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehtgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Berichtigungen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Offiziell täglich außer Montags.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 31. Oktober 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die wahrhaft Schuldigen!

Die bürgerliche Presse steckt wieder einmal den Kopf in den Sand, statt die politischen Folgerungen aus dem Paderaster-Prozess zu ziehen, die Herr Harden, der mutige Ritter des Vaterlandes, zu ziehen unterlassen hätte. Im Gegenteil: fast die gesamte Presse von rechts und links begnügt sich damit, verlogene Feuilletons darüber anzustimmen, daß das arme deutsche Volk gequungen gewesen sei, die Schlammslut mehrere Tage lang über sich herabrieseln zu lassen.

Welche Abgeschmacktheit! Das Volk hat durch diese Vloglegung höfischen Sumpfes an seinem Leiblichen und Seelenheil sicher nicht den geringsten Schaden genommen. Oder fürchtet man, daß der von der bürgerlichen Presse so angelegentlich kultivierte Byzantinismus es bereits so weit gebracht habe, daß das Volk von widersrigen Krankheiten und stinkendem Paster deshalb schleunigst ergriffen werde, weil sie bei hochgeborenen Generalen und vielmögenden Grafen der höfischen Namarilla in Mode sind? Solcher perverter Modenarrheit halten wir selbst die Leser des „Local-Anzeiger“ und der „Tägl. Rundschau“ nicht für fähig!

Diese Sorge kann es also wirklich nicht sein, die das Gemüt des bürgerlichen Zeitungslesers verdüstert. Nein, es ist die Beforgnis, daß breitere Massen selbst bisher gutgläubig „patriotischer“ Schichten nach solchen Enthüllungen an die Gottähnlichkeit jener Kreise nicht mehr recht glauben mögen, die angeblich nach dem heutigen Befehl einer „göttlichen Weltordnung“ die Führer der Nation sein sollen! Der Prozess hat zu tief hineingeleuchtet in das Treiben dieser Kreise, er hat die „Edelsten und Besten“ zu sehr in ihrer ganzen Zümmlichkeit gezeigt, als daß sich die Verfechter unserer heutigen Klassenherrschaft des „reinigenden Gewitters“ zu erfreuen vermöchten. Und nicht nur die zunächst Beteiligten, die Junker und Kamarillisten, beschleicht bange Sorge, sondern auch ihre soziale Blutsverwandtschaft, die mehr oder minder „liberale“ Bourgeoisie. Die heimliche Genugtuung über die unsterbliche Blamage der blaublütigen Ordnungsbefehligen hielt nicht lange vor. Unsere Bourgeoisie hat ja längst mit dem Junkertum gemeinsame Sache gemacht, sich mit seiner Vorherrschaft in dem Gedanken ausgeglichen, daß das Junkertum bei all seiner tränkenden Arroganz gegenüber den Staatsbürgern von Geldsack Gnaden doch immerhin die zuverlässigste Schutztruppe gegen das Proletariat sei. Deshalb ist auch die liberale Presse eifrig bemüht zu retten, was noch zu retten ist: die Sachen seien im Grunde gar nicht so schlimm gewesen, man habe Einzelheiten verallgemeinert, an sich ja Beflagenswertes über Gebühr aufgedauert, und so weiter mit Grazie.

Kamentlich aber sucht man zu verhüllen, daß ein ähnliches „Sodom und Gomorra“, um mit dem Justizrat Gordon zu sprechen, abermals aufgedeckt wird. Man will, daß solche Dinge, wenn überhaupt, wenigstens unter hermetischem Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt werden. Man will also die berüchtigte kriegsgerichtliche Praxis auch auf politische Prozesse übertragen, damit dem Staate kein Schaden geschieht, in Wirklichkeit, damit die „Untertanen“ nichts von der namenlosen Versumpfung der „Führer der Nation“ erfahren! Das sind die Folgerungen, die unsere Bourgeoisie aus dem Prozesse zieht! Aber gerade die Geschäftigkeit, mit der die Junker- und Kapitalistenpresse für künftige Fälle den Ausschluß der Öffentlichkeit verlangt, beweist, wie sehr sie befürchtet, daß neue Schlammdulkane sich öffnen könnten!

Natürlich läßt es diese Presse, um ihre wahre Absicht zu verbergen, nicht an ostentativem Abscheu über das „Sodom und Gomorra“ fehlen. So nennt die „Deutsche Tages-Zeitung“ die Potsdamer Paderasterorgane zwischen Generalen und Soldaten „haarsträubende Dinge“, einen „wuchernden Krebs, der mit glühendem Eisen ausgebrannt werden mußte, sollte nicht das deutsche Volk... an ihm unheilbaren Schaden leiden.“ Und das Viertel-Organ wirft Harden vor, daß er nicht sofort „auf Abhilfe“ gedrungen habe. Nicht mit Unrecht. Aber lag denn nicht anderen diese Pflicht noch hundertmal näher? Wo blieben denn die amtlichen Stellen? Sehr mit Recht schreibt Oberst Gädke im „Berliner Tageblatt“:

„Wo man unabhängige Schriftsteller vor der Öffentlichkeit verdächtigen und diffamieren kann, die den maßgebenden Personen durch ihren Freimut lästig geworden sind, da greift von unbekanntem um Geheh und Befassung zu der furchtbaren Waffe des Ehrengerichts — nach der Willkür weniger Personen! Wo es sich aber um die Verfehlungen hochgestellter, dem Hofe nahe stehender Offiziere handelt, da existieren keine Ehrengerichte. Noch jetzt laufen die Schuldigen, deren Namen vor Gericht an den Pranger gestellt wurden, mit ihren Offiziersstufen herum. Widersinnliche Unzucht mit Untergebenen, auf die das Gesetz entsetzliche Strafen legt, ist scheinbar kein Verbrechen, das die Standesehre unter erschwerten Umständen verleiht! Das ist der notwendige Fluß eines Systems, das eine besondere Standesehre konstruiert, die sich von der Ehre jedes unabhängigen vornehmen Mannes, die sich von der Ehre des Bürgers durch besondere Kennzeichen unterscheidet! Die etwas noch Höheres, noch Sublimeres darstellen soll und schließlich dahin hinuntergleitet, daß ihr einziges

Kennzeichen Lakaiosinn und Unterwürfigkeit wird. Nichts weiter!

Und — nebenbei gesagt — wie steht es denn in Wirklichkeit mit der monarchischen Treue, mit der loyalen Ehrerbietung dieser Kreise? Im Vertrauen bezeichnen sie den Allerböchsten Kriegsherrn als „Liebchen“! Was für einen Reben-sinn mögen sie diesem Kosenamen wohl geben, welche Hintergedanken dabei hegen! Was kann man diesen Leuten nicht alles zutrauen!

War denn nun das Paster nur so eng begrenzt, so im Verborgenen getrieben, so sehr „Privatsache“, daß es sich der Kenntnis der verantwortlichen Offiziere entziehen konnte, daß man mit nachsichtigem Stillschweigen darüber schonend, wenn auch verächtlich hinwegleiten durfte? Ein Paster, unter schwerstem Mißbrauch der Dienstgewalt getrieben! Die Mannschaften, die sich zu dieser Unzucht begeben wollen, haben ihre Erkennungszeichen, ihre besondere Kleidung! „Ganze Kavallerieregimenter sind verhehrt“, behauptet Herr Harden vor Gericht. Und einer der Schuldigen hat das fittliche Gefühl derart verloren, daß er ganz entrüstet ausruft: „Was, ich muß fallen, und der...“

Die einzigen, die von all den Dingen, die seit Jahren die Spägen von den Dählern pfeifen, nichts wissen, sind die unmittelbaren Vorgesetzten, sind die, die für die Moral, für den guten Ruf des Heeres in erster Linie verantwortlich sind. Sie sind die wahren Schuldigen! Der Chef des Militärkabinetts ist absolut nichtswahnend. Er weiß nichts, und als er es endlich erfährt, da schwört er... Wertwürdige Unkenntnis, während sonst die geringsten Vorkommnisse in der entferntesten Garnison schneller in Berlin als an ihrem Ursprungsort bekannt zu sein pflegen! Wertwürdige und das Heer höchst schädigende Unkenntnis des Mannes, dem die Personalien, dem also Wohl und Wehe des Offizierkorps, dem seine Ehre in erster Linie anvertraut sind! Der eine Macht hat ohnegleichen, vor dem selbst die kommandierenden Generale zittern und der Kriegeminister verschwindet!

Wo war der Kommandeur des Gardelozps, der General v. Kessel? „Bedaure sehr, nichts bekannt“, das war die stereotype Auskunft, die er vor Gericht erteilt! Ein Regimentskommandeur, der bei solcher Gelegenheit eine solche Antwort gäbe, hätte den blauen Brief eher, als er sich den Zylinder angeschlossen könnte. Und das von Rechts wegen!

Und wo war schließlich der Kriegminister, der Herr v. Einem, hier, wo es sich nicht darum handelte, dem Parlamente etwas vorzuerzählen, sondern das Offizierkorps, das Heer vor erstem Schaden zu bewahren? Gevviß, seine Rolle in Personenangelegenheiten ist leider einflußloser, als dem Heere gut tut. Aber da er einmal der oberste, dem Kaiser wie dem Reichstage verantwortliche Chef der Verwaltung ist, hätte er denn nicht selber das Bedürfnis einzutreten, seinen obersten Kriegsherrn aufzuklären? Wüßte auch er nichts von allen den Dingen, die alle Welt wußte, die nicht nur im vertrauten Kreise der Garderegimenter geraunt wurden? Die in allen Kreisen Berlins erzählt wurden?

Man sieht, wie lächerlich es ist, von Einzelverfehlungen zu sprechen, während ein ganzes System an den Pranger gestellt worden ist! Es ist das System des Absolutismus, das auch die von Gädke gezeichneten Erscheinungen zeitigte. „Lakaiosinn“ und „Unterwürfigkeit“ auch hier als Folge des Systems, das freie Kritik versemte und den Höglingen das Heft in die Hand gibt! Und es muß schon ein von diesem System Versemter und Verfolgter, ein gemäßigter Offizier, das Wort nehmen, damit selbst die freisinnige Presse an der Frage nach den wahrhaft Schuldigen nicht völlig vorübergeht!

Freilich sagt auch Oberst Gädke das Problem viel zu eng. Günstlingswirtschaft, Lakaiosinn und Höglingsskorpion werden nur dann schwinden, wenn sich das Volk das Recht demokratischer Selbstbestimmung erkämpft hat!

Zum Prozesse Moltke-Harden.

London, 27. Oktober. (Fig. Ver.)

Das richterliche Urteil in dieser cause honteus wird noch vor der Veröffentlichung dieser Zeilen bekannt sein, so daß es nicht schaden kann, eine Bemerkung über die politische Seite des Prozesses zu machen. Das wichtigste in den Verhandlungen war die Schlußrede Hardens. In ihr versuchte der Beklagte oder richtiger der Ankläger den Prozess auf ein weltpolitisches Niveau zu heben, nachdem Dr. Verstein die formale Seite des Prozesses behandelt hatte. Harden glaubte, die deutsche Diplomatie habe sich in ihrem Verkehr mit Frankreich von okkulten Einflüssen leiten lassen. Die leitenden Männer in Deutschland sowohl wie in Frankreich seien durch Eulenburg-Recomte irreführt worden, so daß der Kaiser die Möglichkeit eines Zusammentreffens mit dem Präsidenten der französischen Republik annahm.

Selbst angenommen, Hardens Informationen seien auf Tatsachen begründet. Fällt da nicht ein großes Licht auf die Charakterschwäche des Reichskanzlers und des deutschen Vorkämpfers in Paris? Was hat der Reichskanzler getan, um seine Würde zu wahren? Und ist die deutsche Vorkämpfer in Paris nur eine Sinecure? Wie ist es nur möglich, daß die deutsch-französischen Beziehungen sich ohne die Vermittlung und die Erfahrungen und die Ansichten des deutschen Vertreters in Paris gestalten? Die deutschen Diplomaten müßten ganz armelige Kerle sein, wenn Hardens Informationen auf Wahrheit beruhten!

Der Prozess zeigte die Grenzen des politischen Wissens und Könnens Hardens. Als Weltpolitiker leidet er an denselben Schwächen, die einen großen Teil der politischen Journalistik Deutschlands ver-

unzieren. Man sucht nach Informationen und Zusäßerungen, anstatt nach geschichtlichen, geographischen und wirtschaftlichen Quellen. Die Ursachen sucht man in Personen und Intrigen, anstatt in Tatsachen und ihrer logischen Verbindung. Im Grunde genommen liegt die Bedeutung des Prozesses gar nicht auf weltpolitischem Gebiete, sondern auf dem viel engeren, aber wichtigeren der heimischen Politik. Die deutsche Politik krankt und ist sterik, nicht wegen der Paderaster, sondern wegen der widerspruchsvollen Verfassung, die die ohnehin geringe politische Begabung der deutschen Bourgeoisie nicht zur Entfaltung kommen läßt. Ein Parlament ist entweder überflüssig oder nötig. Es kann nicht beides zusammen sein. Harden hätte da anknüpfen und den Weg zur politischen Gesundung andeuten sollen. In dieser Arbeit hätte er allerdings der Hilfe seiner hohen Gönner entraten müssen, dafür aber wäre er etwas Besseres als ein Berliner Liman.

Kirdorf als Lehrer.

Die Tagung des Verbandes der Industriellen und die Rede Kirdorfs ist eine dringende Mahnung an die deutsche Arbeiterklasse. Mit dankenswerter Aufmerksamkeit hat Kirdorf ausgeprochen, was ist. Die Arbeiter haben zu arbeiten und zu schweigen, die Unternehmer sind die Herren im Hause und haben alle in zu entscheiden. So soll es immer bleiben. Wer dagegen ankämpft, ist ein Umstürzler, und um den Umsturz zu bekämpfen, dazu ist die Regierung da.

Herr Kirdorf ist kein Manchestermann. Er kennt den Wert der Organisation, ist er doch selbst einer der erfolgreichsten Organisatoren der deutschen Industriellen. Dieser Organisator fragt nach keinem Unterschied der politischen Gesinnung oder des konfessionellen Bekenntnisses. Er sieht auf dem Standpunkt des unerbittlichen Klassenkampfes: Hier das Kapital, hier das Proletariat. Alles, was Kapitalisteninteresse hat, gehört in die Organisation, um alle Ansprüche der Arbeiterklasse niederzuhalten. In den Syndikaten, in den Arbeitgeberverbänden gibt es keine Versplitterung infolge politischer Ueberzeugungen, sie umfassen alle Kapitalisten und stellen die Macht der geschlossenen Organisation in den Dienst des Kapitals.

Wie Herr Kirdorf den manchesterlichen Grundjah der freien Konkurrenz geringachtet, so kennt er auch den Arrium der manchesterlichen Staatsauffassung. Ihm fällt es nicht ein, die Macht des Staates, die politische Beeinflussung zu unterschätzen. Die Macht seiner Organisationen weiß er zu benutzen, um die staatliche Organisation seinen Wünschen geftig zu machen, und dem mächtigen Vertreter des organisierten Kapitals lauschen aufmerksam willfährige Minister. Einheitliche Organisation des Kapitals und rücksichtslose Ausnutzung der politischen Macht ist Kirdorfs Maxime. Und sie hat ihm und seinen Genossen goldene Früchte getragen. Ihr verdankt er die hohen Schutzölle, die die riesigen Kartellprofite erst möglich machen, ihr den langjährigen Stillstand unserer Sozialgesetzgebung.

Wir denken, auch die Arbeiterklasse kann von ihrem Feinde lernen. Sie kann lernen, daß es gilt, in geschlossener Phalanx zusammenzustehen, daß die Sonderbündeleien und die gewerkschaftliche Versplitterung aufhören, daß alle Arbeiter sich sammeln müssen, um gemeinsam zu kämpfen gegen die Uebermacht des geeinten Kapitals. Und wie auf wirtschaftlichem Gebiet so auf politischem. Auch hier tut Einheit not. Die Indifferenten und Abbleitstehenden müssen zur großen Armee des kämpfenden Proletariats stoßen, um die politische Macht, die heute im Dienste des Kapitals steht, in den Dienst der Befreiung des Proletariats zu stellen. Herr Kirdorf weiß, daß diese Vereinigung der Arbeiterklasse zu einer einheitlichen Kampferkar, die den Klassenkampf führen muß, gerade um den Klassenkampf selbst einmal überflüssig zu machen, unaufhaltsam ist. Mit sie ja mit sein eigenes Werk. Die einheitliche Organisation des Kapitals bedingt die einheitliche Organisation des Proletariats, und der Klassenkampf des Kapitals den der Arbeiter. Daher seine Gleichgültigkeit, ob die Arbeiterorganisationen sich heute noch christlich nennen oder schon sozialdemokratisch.

Der preussische Handelsminister war über diese Offenheit erschrocken. Er hofft noch, mit patriarchalischen Redensarten die Arbeiter betören zu können. Kirdorf weiß, daß das nichts mehr nützt, daß seine und seiner Mitkapitalisten Macht den Arbeitern zu rücksichtslos gegenübertritt, um Raum für Illusionen zu lassen. Kirdorf ist mit uns der Meinung, daß auch die christlichen Arbeiter das sehr bald begreifen werden. Er hält nichts davon, daß der Schwindel der sozialpolitischen Versprechungen noch lange die Arbeiterklasse täuschen wird. Er verläßt sich auf seine Macht und hat Vertrauen auf seinen Einfluß bei den verbündeten Regierungen.

Schwere Tage ziehen für die Arbeiter-schaft herauf! Die Zeit der Hochkonjunktur ist vorüber. Die Krise, die heranzieht, wird hart auf dem Proletariat lasten. In geschlossener Schlachtreihe stehen die Befindenden dem Proletariat gegenüber, und die Regierung, zu der die Scharfmacher Vertrauen haben, wird dieses Vertrauen nicht täuschen. Nur eine mächtige Waffe hat die Arbeiterklasse: ihre Organisation. Noch ist es Zeit, noch sind die Schreden der Arbeitslosigkeit nicht über die Arbeiterklasse verhängt. Die Zeit muß genutzt werden! Sinein in die Gewerkschaften! Stärkt die Macht der Organisation, und es wird sich zeigen, wer zuletzt Herr im Hause sein wird, in dem Hause, das die Arbeiter gebaut haben und die Arbeiter erhalten!

Ein altes Lied!

In der „Volkszeitung“ veröffentlicht ein ungenannter Führer der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften einen Artikel unter dem Titel: „Neue Ziele, neue Aufgaben“. Dieser Titel klingt ja ganz vielversprechend, verheißungsvoller noch das kitzelnde Zitat:

„Hinweg die feige Anekdote!
Zerbreich der Heimat Schandenhaus!
Zieh mutig in die Welt hinaus!“

Aber so latentlich auch diese Worte klingen, der ganze Artikel variiert nur das alte, abgejungene Lied, das vor einem Jahrzehnt die Nationalsozialen anstimmten, als auch sie die Welt zu erobern sich ansahen!

Der Gewerkschaftsführer, der offenbar zu denen gehört, die dieser Tage einen Aufbruch erleben, der zu energischer politischer Betätigung in freierlicher Richtung auffordert, ruft zur Gründung politischer Arbeitervereine auf. Dieser Führer der „neutralen“ Hirsch-Dunderschen Organisation hat also endlich begriffen, daß die liberale Harmoniebesetzung vom Uebel ist. Ebenso richtig kennzeichnet er die Gruppen des christlichen Arbeiterkongresses als Träger einer „reaktionären Grundgesinnung“.

Dann aber versagt seine politische und soziale Einsicht. Denn auch die sozialdemokratische Partei, diese politische Organisation des Proletariats, findet vor seinen Augen keine Gnade. Denn sie sei — international, und diese „Anderfrankheit“ des Internationalismus habe „abgewirtschaftet“. Folglich müsse die neue Arbeiterorganisation zwar in erster Linie freierlich sein, aber auch „national“. Also genau das, was die Nationalsozialen als ihr Programm formulierten!

Es ist eigentlich unglaublich, daß ein Gewerkschaftsführer gegen den Internationalismus eifert. Als ob nicht jeder große Streit, jede sozialpolitische Maßnahme die Notwendigkeit internationaler proletarischer Tätigkeit beweise. Ganz abgesehen davon, daß auch vom politischen Standpunkt aus die Internationalität gerade für das Proletariat eine Pflicht der Selbsterhaltung ist.

Wenn man die Gründung politischer Arbeitervereine, also proletarischer Massenorganisationen, bespricht, erkennt man dadurch nicht den Massengegensatz gegen die besitzenden Klassen, die Ausbeuterschichten an? Wenn das aber der Fall ist, ist es dann nicht unlogisch und töricht, dennoch an jenem Pseudo-Patriotismus und chauvinistischen Nationalismus festzuhalten, der gerade eine Erfindung und ein Mittel der herrschenden Kapitalistenklasse ist, um das Volk niederzuhalten und von dessen wahren Interessen abzulenken?

Und ist es nicht ein kritikloses Nachsprechen der kapitalistischen Lügen, daß die Sozialdemokratie international im Sinne von antinational sei? Im Gegenteil: die Sozialdemokratie ist die einzig wirkliche nationale Partei! Ihr Nationalismus ist nur positiv und kulturell aufbauend, statt negativ und zerstörend wie der Surra-Nationalismus der Herrschenden, der sich nur in der Unterdrückung der eigenen Volksmassen und der elenden Verhöhnung der Völker gegeneinander betätigt!

Das sollte ein einsichtiger Arbeiterführer, der einmal mit dem kapitalistischen Dogma der Interessensolidarität der Klassen gebrochen hat, doch auch wirklich einzusehen vermögen! Aber wir wollen diese Inkonsequenz nachsichtig beurteilen. Mögen die freisinnigen Arbeiter getrost „neutrale“ politische Arbeitervereine gründen. Die Logik der Tatsachen wird sie dann schon weiter treiben. Sie werden dann begreifen, daß die nationalsozialen Parole eine Halbheit, ein Zerwahn ist, gut genug, um eine Gruppe von Intellektuellen ein paar Jahre in politischen Illusionen zu wiegen, aber völlig untauglich für den ersten, ehrlichen Befreiungskampf der Arbeiterklasse!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Oktober 1907.

Ausländerhats.

Es scheint bald so, als suche die Berliner politische Polizei den parlamentarischen Verhandlungen über das Verbot fremder Sprachen in deutschen Versammlungen praktisch „vorzuarbeiten“. Daß sie dabei mit den gewohnten Mitteln brutaler Unterdrückung vorgeht, das wird den mit ihrer Praxis Vertrauten nicht in Erstaunen setzen, und es eröffnet klare Aussichten auf das, was erst den fremdsprachigen Arbeitern droht, wenn die Pläne der hatatistischen und der übrigen Scharfmacher gesetzliche Gestalt annehmen.

Vor einigen Tagen waren eine Anzahl Russen und einige Deutsche verschiedenster Parteirichtungen, zum Teil auch ganz Parteiloze, in der Großen Hamburgerstraße zusammen, um den wissenschaftlichen Vortrag eines russischen Gelehrten über Grundzüge der Staatsauffassungen anzuhören. Sollten die Veranstalter der Zusammenkunft es wirklich verabsäumen haben, die hohe Polizei durch Anmeldung zur Teilnahme einzuladen, so wahrscheinlich deshalb, weil sie — und wohl mit Recht — nicht annahmen, daß das Berliner Polizeipräsidium sich für wissenschaftliche Vorträge interessiere. Wie wenig jedenfalls die Veranstalter der Zusammenkunft glaubten, durch die Unterlassung der Anmeldung etwas Unrechtes zu tun, geht ganz klar daraus hervor, daß die Zusammenkunft auf der schwarzen Tafel des Lokals mit großer Schrift angekündigt war! Aber tut nichts: der Ausländer ist rechtlos; er wird, wenn's „oben“ beliebt, verhaftet und ausgewiesen.

Ein Heer von Schulleuten, ausreichend um sämtliche unentdedten Mörder der letzten zwanzig Jahre zu ergreifen, drang ins Lokal ein, schleppte die etwa dreißig Anwesenden im Zuge zur Wache — wie's einmal so Polizeistil ist. Ergebnis: Ein halbes Dutzend Ausweisungen, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen. Einer der Teilnehmer wird gar ins Untersuchungsgefängnis geschleppt und sitzt dort, wie wir hören, auch heute noch — nach mehr als einer Woche! Aus welchem Grunde? Vielleicht erfährt man darüber bald etwas aus einem der unserer wertigen Polizei zur Verfügung stehenden Blättlein. . . .

Reichskammer und Wahlrechtsreform.

Die bürgerlichen Parteien in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages sind bemüht, gleichzeitig mit der Wahlrechtsreform, über die sie sich völlig im unklaren sind, eine Aenderung der Zusammensetzung der Ersten Kammer zu erreichen. Die treibenden Kräfte sind hierbei die Industriellen. Sie möchten die Wahlrechtsreform für die Zweite Kammer als zur Erreichung einer möglichst zahlreichen Interessendvertretung in der Reichskammer ausspielen. Deshalb stürmten alle bürgerlichen

Parteien zugleich für eine Reform der Ersten Kammer unter Berücksichtigung der kommerziellen Sonderinteressen vor.

Die sächsische Erste Kammer ist allerdings noch ein wahrhaft mittelalterliches Gebilde. Die Vertreter werden zum größten Teil vom Adlige auf Lebenszeit berufen oder von Mittergutsbesitzern gewählt. Mittergutsbesitzer beherrschen auch die Reichskammer, in der die Oberbürgermeister nicht aufkommen können, die übrigens auch meist im Strome der Reaktion mitschwimmen. Dagegen gibt es für uns nur ein Radikalmittel, die völlige Beseitigung dieses Herrenhauses. Diesen unsern Standpunkt betonte auch Senoffe Goldstein schärf durch Abgabe folgender Erklärung, die zugleich eine kurze, aber treffende Kennzeichnung der Ersten Kammer überhaupt enthält:

„Weil nur eine schleunige Abschaffung der Ersten Kammer der Privilegierten und die Schaffung einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen wirklichen Volkskammer dem Wohle der weitesten Volksschichten dienlich und deren Forderungen entspricht, und nachdem von Seiten der Ersten Kammer bisher bei allen Gesetzesvorlagen eine besondere Feindseligkeit gegen die Partei des Proletariats zutage getreten ist, so besteht für mich keine Veranlassung, mich an den Detailanträgen der Parteien in der Zweiten Kammer über das Mehr oder Weniger einer Reform der Privilegierten-Kammer zu beteiligen. Selbstverständlich werde ich gegen sämtliche Reformanträge stimmen.“

Die Bemühungen der Nationalliberalen und Konservativen, die Wahlrechtsreform als Kompensationsobjekt für ihre Sonderinteressen in der Ersten Kammer auszuspielen, werden voraussichtlich keinen Erfolg haben. Staatsminister v. Hohenthal erklärte, die Regierung werde nicht eher einen Gesetzentwurf für die Reform der Ersten Kammer ausarbeiten, bevor nicht die Wahlrechtsvorlage für die Zweite Kammer erledigt sei. Dabei würden sich ja ohnehin große Schwierigkeiten ergeben, so daß das Entgegenkommen aller Parteien nötig sei, wenn etwas zustande kommen sollte. —

Vom „Erfah Eulenburg“

handelt ein Artikel der „Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz“, in dem behauptet wird, daß noch immer Männer „von diesem Bunde“ fast täglich Gelegenheit haben, das Ohr des Kaisers zu erlangen, daß „in der Berliner Hofgesellschaft, in den Anlichambres Seiner Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen noch mancher Hofmann und Dynar (das sollen Gattungsnamen sein) ein- und auslaufe, „über den die geschminkten Bengel an der Kränzelrede so genau Bescheid wissen, daß sie sich vor seinem Polizeikommissar und seinem Staatsanwalt fürchten. Die meisten von ihnen sind gefasst und gefangen.“

Es ist genau wie früher. . . . So sagt der feudale Herausgeber der „Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz“. Er kann's toffen!

Verurteilung im Prozeß Harden.

Aus dem Bureau des Justizrats v. Gordon wird mitgeteilt, daß Graf Rolke gegen das freisprechende Urteil Verurteilung einlegen wird, sobald die genaue Abschrift der Urteilsbegründung in den Händen seines Rechtsbeistandes ist.

Die Novelle zur Gewerbeordnung.

Die Novelle zur Gewerbeordnung ist immer noch nicht publiziert. Inzwischen werden in einer Reihe von Blättern über den angeleglichen Inhalt der Novelle Andeutungen gemacht, die im wesentlichen die von uns am 31. August registrierten reichlich unbestimmten Auslassungen der „Berliner Politischen Nachrichten“ variieren. Wir haben mehrfach erdliche Veröffentlichung der Novelle im Interesse der Arbeiter verlangt. Die Veröffentlichung scheint zu unterbleiben, weil der Entwurf in der Tat nicht das geringste irgend Erhebliche für die Arbeiterklasse enthält. Die Mutmaßungen, welche Vorschriften die Novelle vielleicht, möglicherweise oder wahrscheinlich enthalten wird, sind für die Allgemeinheit belanglos. Ist der Entwurf der Gewerbeordnungsnovelle in der Tat so inhaltslos oder gar so reaktionär, daß er recht lange im Dunkeln gehalten werden muß?

Gegen die Amtsgerichtsdereformvorschläge.

Die wir sofort nach ihrer Veröffentlichung im „Reichsanzeiger“ besprochen, hat die Anwaltskammer im Bezirke des Oberlandesgerichts in Frankfurt a. M. in ihrer sehr zahlreich besuchten Jahresversammlung folgende Resolution einstimmig gefaßt: „Eine Neuordnung des amtsgerichtlichen Verfahrens allein, ohne gleichzeitige Reform des Zivilprozesses überhaupt und der Kostenverhältnisse ist abzulehnen.“

Der im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Entwurf eines Gesetzes betreffend Aenderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozessordnung usw. ist nicht geeignet, eine Verbilligung und Beschleunigung des amtsgerichtlichen Verfahrens herbeizuführen.

Es mag dahingestellt bleiben, ob bei einer anders geregelten Justizorganisation eine Erweiterung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit nach sachlichen Kriterien gerechtfertigt erscheinen könnte; jedenfalls gefährdet unter den gegenwärtigen Verhältnissen, zumal in den Großstädten, die Erweiterung der amtsgerichtlichen Kompetenz eine sachdienliche Behandlung der Prozesse.

Das Drängen und die Unruhe eines zahlreichen Publikums in meist unzureichenden Räumlichkeiten, die Ueberbürdung der Richter in der öffentlichen Sitzung mit Geschäften subalternen Ranges (Versäumnis- und Anerkenntnisachen, Offenbarungsverfahren usw.) verhindern vielfach schon jetzt, daß die Rechtsfertigkeiten mit der erforderlichen Aufmerksamkeit und Würde behandelt werden. Nicht minder steht einer raschen und sachdienlichen Erledigung der Prozesse der häufige Wechsel in der Person der zur Rechtsprechung berufenen Richter entgegen. Hierzu kommt, daß die im Entwurf vorgesehene Einschränkung der Vertretung durch Anwälte eine zweckentsprechende und erspöndende Instruierung und damit eine richtige Rechtsprechung gefährdet.

Die vom Entwurf vorgesehene Aenderung des § 48 des Gerichtsverfassungsgesetzes bedingt ferner eine erhebliche Verteuerung der Rechtspflege.

Würde diese Bestimmung zum Gesetz erhoben, so wären häufig die Parteivertreter genötigt, Prozesse, deren Streitstoff noch nicht zusammengetragen ist, vorzeitig zur Verhandlung zu bringen oder — zur Vermeidung der Folgen des § 48 — das Verfahren ruhen zu lassen. Im ersteren Falle wäre eine vorzeitige Entscheidung zu damit eine häufigere Inanspruchnahme der zweiten Instanz die Folge; im zweiten Falle würde die Bestimmung ihren Zweck verfehlen. Nebenbei ist an den Gerichten der Großstädte, bei denen zahlreiche Kammern und Abteilungen gleichzeitig tagen, eine Terminverlegung häufig durch äußere Umstände geboten, auf welche Partei und Anwalt ohne Einfluß sind. —

Rehre vor der eigenen Tür!

Die Deutsche Tageszeitung hat im „Vorwärts“ einen Widerspruch zwischen seinem redaktionellen und seinem Inseratenteile bemerkt. Während an der Spitze seiner Beschlüsse vom Boykott der Firma Jandorf aufgeführt werde, bringe er im Inseratenteile eine seitenlange Anzeige dieses Warenhauses.

Das Blatt des waderen Anstalts-Direktors schwindelt! Seine Rolle bezieht sich auf die Nummer vom 20. Oktober. In dieser Nummer wird im redaktionellen Teil nicht zum Boykott der Firma Jandorf aufgeführt, vielmehr zur harten Betätigung an einem Extra-Zahlabend, an dem über den Boykott der Firma

Jandorf erst beschlossen werden sollte. Solange der Boykott nicht verhängt war, konnte selbstverständlich auch die Expedition des „Vorwärts“ der Firma Jandorf nicht die Aufnahme eines Inserats verweigern!

Daß politische Blätter ohne Inserate nicht auskommen können, ist eine Tatsache, die von der Sozialdemokratie am meisten bedauert wird. Schon Lassalle hat ja bekanntlich auf diesen Quell der Korruption für die bürgerliche Presse hingewiesen. Aber war es nicht gerade die bürgerliche Presse, die sich am meisten entsetzte, als seinerzeit das Scherliche Projekt eines amtlichen Inseratenmonopols aufstachelte? Gehörte damals nicht auch das Agrarierorgan zu den erbittertesten Gegnern dieses Projektes?

Uebrigens hätte gerade das Viertel-Blatt alle Ursache, vor der eigenen Tür zu lehren! Dies fromme Blatt, das sich mit einem stillen Pathos, das Herrn Stöder oder Herrn Harden zur Ehre gereichen würde, über das Sinken der Geburtsziffer Berlins entsetzt, verschmäht es nicht, im Inseratenteile Annoncen Aufnahme zu gewähren, in denen die bekannten Schriften zur Verhängung der Konzeption usw. marktfeiereich angekündigt werden!

Also künftig etwas weniger dreist verkleumdet, edles Junkerorgan! —

Koloniales.

Herr Dernburg ist also glücklich in Reapel angekommen und hat sofort seine Betriedigung über die Vorzüge Ostafrikas ausgedrückt. Tröstlich ist, daß Herr Dernburg versichert, mit seiner großen Geldforderung zurückgekommen zu sein. Hoffentlich werden die Ansuchen Dernburgs, der ja als früherer Direktor einer Großbank mit sehr großen Summen zu rechnen gewohnt war, über das, was große Geldforderungen sind, nicht allgütig von denen der Steuerzahler ab! Nur fürchten wir, daß, was in diesem Jahr eventuell für Ostafrika nicht gefordert wird, reichlich kompensiert werden wird durch Forderungen für die herrlichste unserer Kolonien: für Südwestafrika.

Ein minder schwerer Fall — drei Jahre und sieben Monate Gefängnis!

Wie in der Nr. 233 mitgeteilt, hat das Kriegsgericht der 18. Division (Altona) den Kuselier Georg Baumler der 12. Kompanie des 84. Infanterie-Regiments in Schleswig wegen in Trunkenheit begangener Exzesse, die sich als Ungehorsam, Widerstand, Verleumdung und tätlichen Angriff gegen Vorgesetzte qualifizieren sollen, zu der drakonischen Strafe von 3 Jahren und 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Die der Anklage zugrunde liegenden Vorgänge haben sich im Mandersgelande in Mecklenburg zugetragen, wo — es war ein sehr kühler Abend — die Soldaten sich an dem Wachtfeuer einen heißen Grog brauten, den W. ein Süddeutscher, nicht vertragen konnte. Nachdem er mit seinem Kameraden herumtratscht hatte, ließ ihn der aus seinem Schlafe gestörte Hauptmann in die Feuerwache abführen, wo sich mehrere Unteroffiziere befanden. Diesen gegenüber gebrauchte der Betrunkene Kraftausdrücke und gestikulierte heftig mit den Armen, so daß er die Vorgesetzten berührt haben soll. Durch diese Vorgänge soll die militärische Disziplin so stark erschüttert worden sein, daß zu deren Wiederherstellung das Kriegsgericht auf das horrende Strafmaß erkennen zu sollen glaubte.

Gegen das Urteil hat W. durch seinen Verteidiger, Dr. Schwenk-Altona, Berufung eingelegt. Die erste Instanz hatte die Ladung eines ärztlichen Sachverständigen abgelehnt. Zu der Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps ist der Oberstabsarzt Dr. Richter als Sachverständiger geladen worden. Der Verteidiger rügt das Urteil der ersten Instanz in zwei Richtungen. Zunächst könne von einem tätlichen Angriff gegen Vorgesetzte keine Rede sein, weil der Angeklagte nur mit den Händen gestikuliert habe, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, wie auch der eine Unteroffizier denselben Eindruck gehabt habe. Dann müsse gerügt werden, daß das Kriegsgericht den Alkoholgehalt nicht als einen minder schweren Fall angesehen habe. Seiner Meinung nach habe W. sich in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande befunden, weshalb auf Freisprechung erkannt werden müsse. Der Sachverständige hält den Angeklagten für einen hysterischen, leicht aufgeregten Menschen, der wohl stark angegrunken gewesen sei, sich aber nicht in dem vom Verteidiger angenommenen Zustande befunden habe.

Der Vertreter der Anklage beantragt kurz die Bestätigung des Urteils erster Instanz. Das Urteil ist zwar hart, aber gerecht, denn der Angeklagte habe schwere Disziplinverstöße im Dienste und vor versammelter Mannschaft begangen.

Das Oberkriegsgericht ermäßigte das Urteil auf 3 Jahre und 7 Monate Gefängnis, indem es die Tat des Angeklagten als einen minder schweren Fall erachtete! —

Die badische Regierung im Kampfe mit ihren Eisenbahnangestellten.

Der bekannte Fall Schäufele scheint bei der Regierung des Kaiserthums zum System erhoben zu sein. Der Redaktion unseres Karlsruher Parteiorgans ist ein Erlaß auf den Tisch geflogen, welcher vom 30. September 1907 datiert ist und der Prehe der Eisenbahnangestellten einen Maulkorb anlegen will. Im Organ des christlichen Eisenbahnerverbandes, dem „Badischen Eisenbahner“, war das geringe Entgegenkommen der Generaldirektion gegenüber den Güter- und Werkstattem in Offenbach scharf, aber sachlich kritisiert. In ihrem Erlaß erklärte nun die Generaldirektion:

„Die Verwaltung kann nicht dulden, daß als Ergebnis von Versammlungen Resolutionen gefaßt und Beschlüsse veröffentlicht werden, die in verheerender Weise grobe Ungerechtigkeiten enthalten und einen der dienstlichen Ordnung widersprechenden Ton anschlagen.“

Man eröffnete also dem Schmied Müller, dem Vorsitzenden des Eisenbahnerverbandes, daß ähnliche Resolutionen, wie die der Offenburger Güterarbeiter, künftig weder gefaßt noch im „Badischen Eisenbahner“ veröffentlicht werden dürfen. Im anderen Falle werde die Regierung ihre Stellung zu dem Verbande ändern.“ Was das heißt, lennt man zur Genüge. So geht man schon mit christlichen Arbeitern um!

Das war der erste Streich; der zweite folgt sogleich. In den letzten Wochen forderten die Bureauassistenten eine erhebliche Vermehrung der Assistentenstellen im inneren Dienste. Ihre Forderungen wurden sogar von der Generaldirektion unterstügt und diese plädierte beim Eisenbahnministerium auf Schaffung von 140 neuen Bureauassistentenstellen. Kurzerhand strich aber der Eisenbahnminister v. Marschall die Hälfte dieser Stellen. Bei den Bureauassistenten machte sich darüber berechtigter Empörung geltend und sie gaben in ihrem Organ der Auffassung Ausdruck, daß der Eisenbahnminister in vollständiger Unkenntnis der Sachlage die Streichung unternommen oder auch unter dem Einfluß des Finanzministers gehandelt habe. Diese bloße Konstatierung einer Tatsache veranlaßte den Eisenbahnminister, an den Redakteur des Beamtenorgans das ungeheuerliche Ansuchen zu stellen, den Verfasser des Artikels zu nennen! Der Redakteur lehnte selbstverständlich die unnothige Zumutung ab und erklärte, die Redegegenstand gegen den Minister bedauere er, den sachlichen Inhalt des Artikels mache er sich aber zu eigen. Darauf ließ der Minister die drei Vorstandsmitglieder des Verbandes der Bureau-, Kanzlei- und Rechnungsbeamten vorladen und stellte sie vor die Alternative, entweder den Verfasser des Artikels zu nennen oder mit der Möglichkeit ihrer Entlassung zu rechnen.

So steht der neueste Beugniszwang aus, der in Baden großes Aufsehen erregt. Man ist auf den Ausgang der Sache, die sich noch in der Schwebe befindet, um so mehr gespannt, als der badische Landtag in einigen Tagen zusammentritt. —

Oesterreich.

Protest gegen Bestialität.

Wien, 30. Oktober. (Abgeordnetenhause.) Bei Beginn der Sitzung protestierte Jadranski im Namen nicht nur der slowakischen, sondern aller Abgeordneten und im Namen der Zivilisation gegen die Vorgänge in Czernowitza, wo 13 unschuldige Slowaken getötet und zahlreiche Personen verwundet worden sind. Er sprach seine Teilnahme für die Opfer und gleichzeitig seine Sympathien für alle nichtmagyarischen Nationalitäten Ungarns aus. (Lebhafte Beifall.) Im Einklang befand sich eine denselben Gegenstand betreffende Interpellation, deren Verlesung durch lebhafteste Entrüstungsrufe unterbrochen wurde. —

Ungarn.

Gegen den agrarischen Kurs.

Die erste Protestversammlung gegen die in Aussicht gestellten indirekten Steuern fand am vergangenen Sonntag in Budapest statt. Dem Aufste der Parteileitung folgend, eilten die Arbeiter schon in den frühen Nachmittagsstunden dem Stadtwaldchen zu, wo die Versammlung um 3 Uhr ihren Anfang nehmen sollte. Bei Eröffnung der Versammlung umgab eine vieltausendköpfige Menge die Rednertribüne. Der Vorsitzende machte bekannt, daß die Polizei verboten hatte, beleidigende Zwischenrufe auszusprechen, während die Versammlung aufgelöst werde! Diese Bekanntmachung wurde mit stürmischen Pfui-Rufen aufgenommen und im Verlaufe der Versammlung nicht beachtet. Die Polizei hätte sich demnach, einzugreifen. —

Nach Schluß der Versammlung zerstreute sich die Riesemenge in der größten Ordnung.

Vom nächsten Sonntag an werden im ganzen Lande ähnliche Demonstrationen veranstaltet.

Italien.

Die römischen Merikalen räumen das Feld.

Rom, 28. Oktober. (Fig. Ver.)

Die römischen Merikalen, die so lange Jahre hindurch die Herren der Stadtverwaltung waren, haben beschlossen, bei dem bevorstehenden Wahlkampf sich nicht zu beteiligen. Ihnen geläufig offenbar nicht nach einer erneuerten Auflage des Zusammenbruchs vom 30. Juni. Da sie sich bei den am 20. November anberaumten Wahlen derselben antikeritalen Koalition (Liberalen, Radikalen und Sozialisten) gegenübersehen hätten, deren Liste im Juni mit über 5000 Stimmen Mehrheit besiegt hat, so ziehen die Merikalen es vor, den Kampf gar nicht aufzunehmen. Nicht einmal zu einem Aufruf an ihre Wählerschaft haben sie sich aufzukaufen vermocht, und sie, die so lange die Tyrannen auf dem Rathaus waren, verschwinden stillschweigend in der Verfassung. Hoffentlich tun die Konservativen es ihnen nach. —

Ein Opfer des Mailänder Erzeses gestorben.

Nach 15 tägigem qualvollen Krankenlager ist nun doch einer der bei der Porta Vicentina verwundeten Arbeiter, ein junger Mann namens Orlando, gestorben. Der von dem Blei der Carabinieri in Unterleib und Brustkorb Getroffene hatte die nötig gewordene Operation gut überstanden und schien langsam wieder zu Kräften zu kommen, als eine schwere Augenentzündung hinzutrat, von welcher der in der Mitte der Jahre stehende Mann dahingerafft wurde. Vielleicht tragen die Ordnungsleute von Turin, die ja dem schuldigen Carabinieri eine goldene Medaille darbieten wollen, diesem tödlichen Ausgang Rechnung; denn es ist natürlich ein Extraverdict, beim Konflikt mit unbewaffneten Arbeitern gut getroffen zu haben. . . . —

England.

Kafas und Kolonialpolitik.

Aus London wird uns geschrieben: Die großen englischen Kaufmannshäuser sind meistens Quäker, die sich durch Menschenfreundlichkeit und sozialistisches Empfinden auszeichnen. Ihre Fabrikbetriebe sind musterhaft, besonders die der Firma Cadbury in Bourneville bei Birmingham. Das Rohmaterial beziehen sie aus den portugiesischen Kolonien in Afrika, wo die Schwarzen unter Zwangsverhältnissen arbeiten. Als die Kafas-Quäker von diesen Zuständen Kenntnis erzielten, wandten sie sich an die portugiesische Regierung, die aber alles ableugnete. Es gelang ihnen jedoch, von ihr die Zustimmung zur Abfindung eines Kommissionsars zu erhalten, um in den Kolonien die Kafas-Verhältnisse zu untersuchen. Der Kommissionsar stellte nun seinen Bericht fertig, aus dem hervorgeht, daß — wie Cadbury mittelste — die Zustände in den portugiesischen Kolonien reformbedürftig seien; der Bericht könne aber noch nicht veröffentlicht werden, da er erst der portugiesischen Regierung vorgelegt werden müsse. —

Es dürfte interessant sein, die Angelegenheit im Auge zu behalten. —

Die russische Revolution.

Die Herren-Duma.

Petersburg, 28. Oktober. (Fig. Ver.)

Die dritte Duma wird die Vertretung des Junkertums, und sie sollte das werden. Die Wahlsitzungen geben ein Bild von der gegenwärtigen Politik in Rußland, wie es ausdrucksvoller nicht gezeichnet werden kann. In 83 Gouvernements von 50 ist die junkerlich-rechtsrussische Majorität der Agrarier von vornherein festgelegt, und nur in der übrigen „kleineren Hälfte“ hat man gnädigst einige Lücken für die anderen Klassen der Bevölkerung gelassen und auch da nur für deren bevorzugte Schichten.

Wergei Smirnow, der auch die letzten Wahlen eingehend analysierte, veröffentlichte in der gestrigen „Njtsch“ einen Artikel mit reichlichen Ziffern, nach denen sich folgendes erweist: In 292 Kreisen des europäischen Rußlands sind in der Kurie der Großgrundbesitzer 16 290 Wähler eingetragen. Die Gesamtzahl der Kreise des europäischen Rußlands beträgt 477, und wenn man bedenkt, daß die Gouvernements Oloneh, Wjatka, Perm fast gar keinen Grundbesitz haben, so wird man wohl richtig schätzen, wenn man die Gesamtzahl der Wähler der Großgrundbesitzer auf 30 000 annimmt. Zu diesen kommen noch 10 000 kleinere Grundbesitzer, die im ganzen 40 000 Wähler der Grundbesitzerkurie 2618 Wähler von den 560 bestimmen, also mehr als die Hälfte. Die 307 Grundbesitzer wählen zwei Drittel der Duma, während 3. W. die zweite städtische Kurie, hier in Petersburg mit ihren 84 000 Wählern nur 3 (drei) Abgeordnete wählt! Das Bild wird aber noch trister, wenn man die Zahl der zu den Wahlen erschienenen Großgrundbesitzer mit der Zahl der von ihnen gewählten Wahlmänner ins Verhältnis setzt. Es erweist sich da, daß an den Wahlen nur 19 000 Grundbesitzer beteiligt waren, d. h. ein Wahlmann ist von sechs bis sieben Wählern bestimmt worden, während selbst in der ersten städtischen Kurie der Immobilienbesitzer und Geschäftsinhaber ein Wahlmann auf 81 Wähler kommt, in der zweiten städtischen Kurie der Wohnungsinhaber ein Wahlmann auf 300 Wähler! Zu welchen Ungerechtigkeiten dieses Wahlsystem führt, zeigt z. B. das Gouvernement Kiew. Hier wurden in den Städten nur sieben reaktionäre Wahlmänner gewählt gegen zwanzig progressive; die Bauern wählten sechs reaktionäre Wahlmänner gegen 30 progressive, die Arbeiter

wählten fünf Sozialdemokraten. Die progressive Wahlen sind aber niedergedrückt von den 80 reaktionären Wahlmännern der Grundbesitzer, die gewählt wurden von 867 Wählern, während auf die progressive Wahlmänner 14 870 Stimmen abgegeben worden waren!

Die Analyse der Wahlsitzungen führt aber noch zu weiteren interessanten Aufschlüssen über die dritte Duma. Nach den Zahlen Smirnows erweist es sich, daß von 1 100 Wahlmännern der Großgrundbesitzerkurie ein ganzes Viertel Gouverneure, Beamte des Ministers des Innern, Senatoren, Procuratoren sind, also die „Elite“ unserer Bureaucraten, die zu den Wahlen aus Petersburg abkommandiert wurden.

Die dritte Duma ist, wie die Wahlsitzungen beweisen, die Duma der Junker und Bureaucraten. Die Bureaucratie hat das Wahlgesetz für sich gemacht, Stolypin hat seine Handlanger zu Wählern bestimmt. Und so ist denn der Ring geschlossen. Wir sind in der dritten Duma wieder bei derselben Bureaucratie angelangt, gegen die der Kampf geführt ward und wird. Das alte Regime will durch eine infame Fälschung vordringen, die Duma sei der wirkliche Ausdruck des Volkswillens, das Volk sei „der Politik“ fähig, es wende sich von der Revolution ab, es wolle von liberalen Anschauungen nichts wissen. So läßt jetzt die Regierungspresse, und sie argumentiert mit der reaktionären Zusammensetzung der dritten Duma. Was diese aber in Wirklichkeit ist, das zeigen die angeführten Zahlen.

Ueber diese Duma wird das Volk bald im Klaren sein. Es wird erfahren, daß es die Herren-Duma ist, die Herren-Duma nach unten. Die Duma der Knechtsseelen nach „oben“.

Mit dieser Duma ist der Jhluß abgeschlossen. Sie kann und wird die großen Probleme des wirtschaftlichen und politischen Lebens Rußlands nicht lösen. Sie kann nur die Wirren verstärken, der Revolution neuen Nährstoff geben. Und lächelnd wird dann Meister Stolypin wieder zu seiner „Konstitution“ greifen — zum Feldgericht. . . .

Im Schein der Feuersbrünste.

Unter dem Einfluß der Repressivmaßregeln von selten der Administration, die die Bauernschaft erbittert und sie der Möglichkeit beraubt, sich zum Schutze ihrer ökonomischen und politischen Interessen zu organisieren, treten an Stelle der organisierten Formen der Agrarbewegung immer häufiger Brandstiftungen auf Landgütern.

Wie die Zeitungen melden, brennen in einigen Gegenden durchschnittlich ganze Gouvernements schon fortgesetzt einige Monate hindurch. So wurde in letzter Zeit die Landschaftsverwaltung von Smolensk mit Verichten von Versicherungsgesellschaften überhäuft, die von den immer öfter sich wiederholenden Feuersbrünsten, verursacht durch Brandstiftungen, sprechen. „In jeder Nacht“, so wird aus dem Gouvernements Archivatoff berichtet, „ist der Himmel von blutigen Feuerschein gerötet.“ Die Gouvernements Wolkawa, Kiew, Podol, Kurok stehen in Flammen. . . . Im Gouvernement Moskwa reichen der Landschaftsverwaltung die Mittel zur Zahlung der Versicherungsprämien nicht aus — täglich laufen mehr als 50 Meldungen von Feuersbrünsten in der Verwaltung ein. In Moskwa wimmelt es gegenwärtig von Agrariern, die die Furcht vor den Feuersbrünsten aus ihren Nestern vertrieben hat. Die Feuersbrünste hören nicht nur nicht auf, sondern sie wachsen auch in den an Moskwa angrenzenden Gouvernements an: So in Tula, Kaluga und Rjasan.

Die Kosaken und die Landpolizisten bleiben natürlich nicht untätig, aber Kagalas und Ante sind ein schlechtes Mittel, soziale Fragen zu lösen. Die Versprechungen der Landschaftsverwaltung von Wolkawa, eine Prämie von 300 Rubeln den Verurteilten zu geben, die zu der Ermittlung der Brandstifter beitragen, ebenso wie die „obligatorischen Verordnungen“ des Gouverneurs von Rjasan, durch welche die Bauern unter Androhung von Geld- und Freiheitsstrafen gezwungen werden, die Feuersbrünste zu verhindern, haben ebenfalls keine Wirkung.

Alle diese „Maßregeln“ erhöhen nur die Erbitterung der Bauernmassen, nähren in diesen nur das Gefühl der Rache. Während die Feuersbrünste immer mehr Gouvernements ergreifen, führt die Regierung einen immer harmloseren Kampf gegen jeden Versuch, die Bauernbewegung in offene organisierte Formen zu leiten. Es liegt aber auf der Hand, daß nur die Organisationsfreiheit, und nur sie allein, das einzig wirksame Mittel gegen den „ökonomischen Terror“ sein kann.

Aus der Partei.

Zur Agitation unter den polnischen Arbeitern.

In dem im Verlag der „Gazeta Robotnicza“ in Katowitz (Oberschlesien) erschienenen Kalender ist eine gute Agitationschrift gegeben.

Der Preis beträgt pro Tausend 60 R. Bei Bestellungen genügt die vorstehend angegebene Adresse.

Das Manifest der Wähler und die Fraktion.

Paris, 29. Oktober. (Fig. Ver.)

Die heutige Sitzung der Fraktion der geehrigten Partei, die auf Verlangen Jules Guesdes und seiner Freunde einberufen worden war, hatte die Aufgabe, angefaßt des Manifestes der Drouffe'schen Gruppe eine Erklärung herbeizuführen. Dieser Zweck ist nicht erreicht worden.

Vier Resolutionen lagen vor. Die erste, von Allard eingebracht, wollte die Prüfung der Angelegenheit durch den Nationalrat, die zweite, von Bailliant beantragt, begnügte sich damit, die formale Unzulässigkeit der Deklaration hervorzuheben, die dritte, die von Sembat eingebracht und auch von Bailliant verteidigt wurde, fordert, daß die Fraktion im Nationalrat für den Uebergang zur Tagesordnung eintrete.

Diese dritte Resolution wurde mit 17 gegen 13 Stimmen angenommen, drei Deputierte enthielten sich der Abstimmung. 19 Deputierte, darunter Jaurès waren abwesend.

Die vierte Resolution ist die des Genossen Jules Guesde. Sie wurde am Schluß, von 12 Angehörigen seiner Richtung unterzeichnet, als Erklärung abgegeben. Sie besagt, daß die Unterzeichner an der organisch festgelegten Aktion der Partei, deren Kontrolle für alle gefordert ist, festhalten. Sie drücken ihr volles Vertrauen zu der französischen Sektion der Internationale aus, in der Gewißheit, daß diese, ihrem Daseinsgrund und ihren Statuten gemäß eine Partei des Klassenkampfes und der Revolution bleiben und gemeinsam mit der Internationale ebenso alle Formen anarchistischer Aktion wie jedes Zusammenarbeiten und alle Konfusion mit den Regierungen und den Bourgeoisparteiern zurückweisen werde.

Eine „Erklärung“ der „Possibilisten“.

Paris, 27. Oktober. (Fig. Ver.)

Die geehrigte französische Partei umfaßt, wie man weiß, Sozialisten der verschiedensten Schulen und sowohl die revolutionäre als auch die reformistische Richtung sind in den merkwürdigsten Spielarten und Kreuzungen in ihr vertreten. Dieses Nebeneinanderbestehen gegensätzlicher Tendenzen ist nun allerdings nichts, was ihr allein eigen ist, vielmehr tritt es ganz naturhistorisch in allen sozialistischen Parteien zutage. Aber was in den anderen Sektionen der Internationale sicher verwunderlich erscheinen wird, ist die Meinung, daß es möglich sei, einer organisierten

Partei anzugehören und doch zugleich alles zu tun, was man will, ohne Rücksicht auf die von den zuständigen Parteinstanzen gefassten Beschlüsse. Diesen Grundlag aber hat eine stattliche Gruppe von Deputierten und Gemeinderäten, die der Partei angehören, mit programmatischer Entschiedenheit soeben in einer öffentlichen Erklärung ausgesprochen. Diese Erklärung muß um so größere Verbunderung hervorrufen, da doch die Einigung der Partei gerade zu dem Zwecke vollzogen wurde, um eine einheitliche Aktion der französischen Sozialisten gegen die Bourgeoisie zu ermöglichen.

Der Deputierte Varenne, einer der Unterzeichner, verwahrt sich dagegen, daß man es mit einem Manifest zu tun habe. Die Form einer Erklärung an die Partei sei mit Bedacht gewählt worden. Die Unterzeichnung ist so fein, daß ihr schlichtere, in formalistische Künste nicht eingeweihte Gemüter nicht leicht werden folgen können. Aber bleiben wir dabei, daß wir es mit einer „Erklärung“ zu tun haben, und betrachten wir ein wenig die Unterschriften und das Programm, das sie deckt.

Da sind vor allem die Namen von 18 Deputierten: Basly, Breton, Drouffe, Chaubière, Coutant, Devèze, Dubois, Ribet, Journier, Gonlaug, Lamendin, Lassalle, Pastre, Poulain, Rozier, Sella, Varenne, Weber. Es sind dies fast durchgehends Deputierte, die ehemals dem „Parti Sozialiste Français“, der „ministerialistischen“ Fraktion angehört haben. Verbunderung werden indes die Namen Ribet und Coutant erregen. Breton und Drouffe haben seit der Einigung der Partei in unzähligen Leitartikeln der „Petite République“ die Wiederherstellung des Blochs und die Wiederbelebung der Delegation der Linksparteien durch die Sozialisten empfohlen. Drouffe hat der Gruppe auch im „Proletaire“, dem wiedererscheinenden Wochenblatt des seligen Possibilismus, ein Organ gegeben und so mag man die Richtung am treffendsten mit der Knüpfung an diesen historischen Namen bezeichnen. Die Bourgeoispresse hat ihr freilich sofort den Lobes- und Bekanntheit der „antihervordringlichen Sozialisten“ verliehen, mit vornehmer Ignorierung der Tatsache, daß gerade diejenigen Parteigenossen, gegen deren Prinzipien und taktische Grundzüge sich die Erklärung im wesentlichen richtet, von Anfang an der Hervordringlichen Agitation am schärfsten entgegengetreten sind und darum von Derré selbst die ärgsten Anpöbelungen erfahren haben. Der Deputierte Varenne betritt die Politik der linksrepublikanischen Kooperation als Leitartikler der radikalen „Lanterne“ mit nicht geringerem Eifer als Drouffe und Breton.

Von den sechs Pariser Gemeinderäten, die gleichfalls unterzeichnet haben, ist Deppenheimer einer der alten Anhänger Drouffes, Lurot aber u. a. auch dadurch bekannt, daß er bei den letzten Wahlen für Willeraud gegen den Parteikandidaten gearbeitet hat.

Endlich hat sich den Deklaranten noch Professor Journaire angeschlossen, der Redakteur der „Revue Socialiste“, der seinerzeit in den „Sozialistischen Monatsheften“ sogar für die Zulassung der „parlamentarischen Sozialisten“ — der Grouault-Richard und Konforten — zum internationalen Kongreß eingetreten ist und lange Jeremiaden darüber angestimmt hat, daß die Sozialisten die Regierung Clemenceau-Vriand nicht unterstützen sollten.

Die Deklaranten beginnen mit der „energischen Beteuerung“ ihrer Anhänglichkeit an die Einheit der Partei und zugleich ihres festen Willens, ihre Meinungsfreiheit und ihre Aktionsfreiheit in der Partei aufrecht zu erhalten. „Dann folgt das Programm, das sie in der Partei entwickeln und in den Repräsentativversammlungen zur Ausführung bringen wollen. Zunächst wird der Patriotismus der Deklaranten beteuert — was nach den wiederholten Erklärungen der Gesamtpartei über diesen Punkt nur denjenigen nicht überflüssig erscheinen wird, die aus dieser feierlichen Verwahrung ein Argument für ihre verheerendste Behauptung werden gewinnen wollen, daß die geeinte sozialistische Partei dem Antipatriotismus verfallen sei und unter dem Kommando Derrés stehe.

Die folgenden Ausführungen über die reformistische Politik können übergangen werden, da noch kein Sozialist den Nutzen sozialer Reformen bestritten und niemals den gewaltsamen Mitteln den Vorzug vor den friedlichen gegeben hat. Wenn die Deklaranten gegen die gewalttätigen Methoden im gewerkschaftlichen Kampfe protestieren, so ist dazu nur zu bemerken, daß gerade sie diejenigen waren, die auf den letzten beiden Kongressen am heftigsten gegen die Kooperation der politischen Partei mit den Gewerkschaften eingetreten sind. Woher leiten sie auf einmal ihr Recht ab, in gewerkschaftliche Dinge hineinzureden?

Die entscheidenden Stellen der Erklärung aber sind diejenigen, die von der „Toleranz“ handeln. Darunter verstehen die Deklaranten nämlich das Recht, sich über die Parteidisziplin hinwegzusetzen: „Solidarisch in unserer Erklärung, wollen wir es auch gegenüber den Maßnahmen bleiben, die einige von uns bedrohen könnten“. Wie man weiß, ist gegen Basly, Lamendin und Gonlaug beim Nationalrat ein Anschließverfahren beantragt worden. Die Versammlung des Nationalrats ist auf den 1. November angesetzt. Die Deklaranten aber setzen von vornherein ihre Gruppen-solidarität über die Entscheidung der Partei.

Im wesentlichen also läuft die Erklärung auf folgendes hinaus: Die sozialistische Partei soll sich damit abfinden, daß in ihrer Mitte eine Gruppe besteht, die nicht nur die selbstverständliche Freiheit der Meinung beansprucht, sondern auch eine Freiheit der Aktion gegenüber den Entschlüssen der Parteimehrheit. Und die Forderung der Parteidisziplin und das Recht der Parteinstanzen soll an dem Willen dieser Gruppe eine Grenze haben.

Diese Erklärung hat begreiflicherweise in der Partei ein großes Aufsehen hervorgerufen. Vierzehn Deputierte, die der Richtung von Jules Guesde angehören, haben gemeinsam eine Fraktionslösung gefordert, die Dienstag stattfinden wird. In der heutigen „Humanität“ sagt Jaurès in seinem Leitartikel in einer Nebenbemerkung, daß die Reformisten der Partei durch eine Propaganda ihrer Ideen weit eher eine Kooperation aller reformfreundlichen Elemente sichern würden, als durch Deklarationen.

Soziales.

Eisenbahnproletariat vor Gericht.

Der Berlin-Köln-D-Zug überfuhr, als er mit einer Geschwindigkeit von 90 Kilometer pro Stunde die Station Wehrath passierte, Ende Mai dieses Jahres an der Kreuzung der Provinzialstraße Düsseldorf-Röhr ein mit zwei Personen besetztes Fuhrwerk, das durch die geöffneten Schranken das Gleise passierte. Der Anwalt des Fuhrwerknehmers blieb sofort tot, während der Reife des letzteren, dem beide Weine abgefahren worden waren, bald darauf starb. Dieserhalb stand der Bahnwärter G. vor der Strafkammer in Düsseldorf unter der Anklage, die Bahnschranken nicht geschlossen und sich dadurch der fahrlässigen Transportgefährdung und der fahrlässigen Tötung schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte bezieht ein Jahreseinkommen von 800 Mark und hat damit den Unterhalt von neun Personen; von sich, seiner Frau und sieben Kindern zu bestreiten. G. gibt an, daß er sich seinem Posten, der infolge des lebhaften Eisenbahn-, Fuhrwerk- und Menschenverkehrs einer der schwierigsten der ganzen Strecke sei, von vornherein nicht gewachsen gezeigt habe; er sei auch wiederholt um seine Versetzung nach einem leichteren Posten eingekommen — aber erfolg-

108. An dem betreffenden Tage sei er nach dreizehnstündiger Nachtarbeit sehr abgemattet gewesen, zudem habe er doppelte Aufmerksamkeit aufwenden müssen, da das Rüstwerk außer Betrieb war. Das Gericht verurteilte den Angeklagten unter Annahme mildernder Umstände zu sechs Wochen Gefängnis.

Was trifft denn nun hier die wirkliche Schuld? Der Bahnwärter bekennt sich selber als untauglich für seinen Posten an der bedenklichen Stelle; er teilt dies der Bahnbehörde mit; anstatt daß diese den Mann schleunigst durch eine leistungsfähige Kraft ersetzt, läßt sie ihn ruhig auf dem verantwortungsvollen Posten. Die Bahnverwaltung belastet den Mann, der selber seine Unzulänglichkeit bekennt, noch mit Nacharbeit von einer Dauer, die auch einen vollbeschäftigten Menschen schwächen muß. In alledem mangelt's noch an den Betriebsvorrichtungen, das Rüstwerk funktioniert nicht — und für diese Dinge, die das Unglück mehr als begreiflich machen, muß der Mann ins Gefängnis! Seine Verantwortung war schon von dem Augenblick an aufgehoben, als er der Bahnverwaltung mitgeteilt hatte, daß er sich seinem Posten nicht gewachsen fühle. Für das, was nachher geschah, trägt die Schuld nicht der schwache, überlastete Bahnwärter, sondern diejenige Stelle, die verabsäumt hat, ihn durch eine leistungsfähige Kraft abzulösen.

Wundern soll man sich übrigens nicht, daß ein Mann, der mit 800 M. eine neunköpfige Familie ernähren soll, körperlich und geistig nicht in der Lage ist, einen Posten zu versehen, der bezüglich Arbeitsdauer und Verantwortung große Anforderungen stellt. 800 M. Einkommen macht in diesem Falle 88 M. auf den Kopf das Jahr, 1,76 M. die Woche oder 25 Pf. auf den Tag — wovon sich ein Mensch nähren, kleiden und behausen soll. Mit welchen Gefühlen mag es so ein Eisenbahnproletarier vernehmen, wenn der Finanzminister demnächst die Millionen ausklopft, die die Staatsbahnenverwaltung an Lieberschüssen erzielt hat. Ungemessener Gewinn — für die Staatsproletarier aber Hungerlöhne und, wenn dabei ihre Kräfte versagen, Gefängnis! Und trotzdem gibt es noch Eisenbahnproletarier, die nicht Sozialdemokraten sind!

Die Unterbringung Lungenkranke in vorgeschrittenem Stadium.

Die Ueberzeugung verbreitet sich erfreulicherweise immer mehr, daß alle Maßnahmen zum Schutz gegen die Weiterverbreitung der Tuberkulose nur teilweisen Erfolg haben können, so lange man nicht für Schwerekranken und Unheilbare, deren dürftige Lebensweise und beschränkte Wohnungsverhältnisse eine genügende Isolierung der Kranken innerhalb der Familie nicht ermöglichen, besondere Anstalten einrichtet. Damit diese armen Menschen die dauernde Entfernung aus dem Kreise ihrer Familie und aus ihrer gewohnten, wenn auch dürftigen Lebensweise ertragen, und sie nicht aus Sehnsucht nach lehrerem das Pflegeheim bald wieder verlassen, ist es nötig, daß die Anstalt den Charakter einer gemütlichen Familienwohnung hat, die ihnen bei steter ärztlicher Ueberwachung eine gute, ihren Gewohnheiten möglichst entsprechende Verpflegung bietet, in dem sie in ihrer persönlichen Freiheit möglichst wenig beschränkt sind, soweit der vorzuziehende Zweck damit nur irgend vereinbar ist, wo sie also auch außerhalb der Anstalt spazieren gehen und zu bestimmten Besuchszeiten ihre Angehörigen sprechen können.

Ein solches Pflegeheim für unheilbare Tuberkulose hat auch die Stadt Charlottenburg in Burg Daber bei Wittstock a. d. Dosse errichtet und im vorigen Jahre in Betrieb genommen. Aber es scheint, daß man bei der Verwaltung obige Gesichtspunkte nicht genügend inne gehalten hat. Nach dem Berichte der Charlottenburger Armenverwaltung wurden von ihr im vorigen Jahre 13 Männer und 11 Frauen in die neue Anstalt geschickt. Von diesen haben 6 Männer und 5 Frauen schon nach einem Aufenthalte von durchschnittlich nur 2 1/2 Monat die Anstalt freiwillig wieder verlassen und zwei mußten strafweise wieder entlassen werden. Hierin liegt der Zweck der Anstalt nur zum kleinen Teil erreicht worden, und die Behandlung und Verpflegung der Kranken ist nicht so gewesen, daß diese länger dableiben können. Denn wenn mehr als die Hälfte dieser unheilbaren Patienten, die deshalb in die Anstalt geschickt wurden, weil sie mit ihrem Auswurf eine bedeutende Ansteckungsgefahr für ihre Umgebung bildeten und die zu Hause nicht genügend isoliert werden konnten, — nun zu ihrer früheren Umgebung zurückkehren, so entsteht diese Ansteckungsgefahr für die Umgebung doch wieder. Man erwäge, daß diese armen Menschen sich sagen: „Deshalb gibst du mich ja nicht mehr, deshalb bin ich hierher gebracht worden, sterben muß ich doch wahrscheinlich bald, warum soll ich mir daher hier durch eine mit unheilbarer Hausordnung die letzte Lebenszeit noch verbittern lassen? Da gehe ich lieber wieder fort und erlebe die kurze Zeit, die mir noch zu leben bleibt, unter mir liebgehabten, wenn auch beschränkten Verhältnissen bei mir lieben Personen, die freundlich zu mir sind. Freilich übersteht er dabei, daß er dadurch die ihm liebenden Personen sehr leicht auch wider Willen mit der tödlichen Krankheit anstecken kann.“

Andere Anstalten haben es besser verstanden, den Aufenthalt in ihnen den Kranken angenehmer zu machen, ohne den Zweck der Anstalt aus dem Auge zu lassen. In Völkensberg wurde von der Landesversicherungsanstalt Berlin ein Invalidenhaus für unheilbar tuberkulöse Rentempfänger 1903 errichtet. Hier hat man sich mit Erfolg bemüht, den Kranken das Leben daselbst möglichst angenehm zu machen. Religiöse Beeinflussung fehlt ganz, es herrscht zwischen Pflegern und Kranken ein freundlicher und heiterer Ton, es besteht eine Bäckerei, am Hause ist mittels Segelruder eine gedachte Veranda angebracht, im Park ist ein russisches Regelspiel und ein Ringelspiel für die Kranken angebracht usw. Der ärztliche Bericht sagt: „Eine vollständige Isolierung der Tuberkulösen scheint nicht erforderlich und würde sich freiwillig wohl nicht durchführen lassen. Der Kampf gegen die Tuberkulose würde dann ein Kampf gegen die Tuberkulösen... Die Vorteile und Annehmlichkeiten, die ihnen die Anstalt bot, wurden anscheinend von den meisten Pflegekräften empfunden.“ Auch die Verpflegung muß den Pflegekräften zugebilligt haben, obwohl sie nicht opulent sein kann, denn ihre Kosten betragen pro Mann und Tag nur etwa eine Mark. Von 26 in diese Anstalt aufgenommenen Patienten haben nur 3 unter dem psychischen Einflusse, den das schnelle Fortschreiten der Krankheit auf sie machte, und 2 weitere nach sieben resp. fünfzehnmonatlichem Aufenthalte in der Anstalt deshalb wieder freiwillig verlassen, weil sie sich so gefreut hätten, daß sie wieder arbeiten wollten. Ein Patient, heißt es im Bericht, mußte wegen wiederholtem Verstoß gegen die Hausordnung entlassen werden. In diesem Falle trägt unseres Wissens die Verwaltung die Schuld. Auch läßt sich nicht leugnen, daß leider auch diese Anstalt nicht ganz frei von Versuchen geblieben ist, die politischen Betätigungen der Kranken zu beeinträchtigen. Aber im Allgemeinen kann man doch sagen, daß hier der Zweck der Errichtung der Anstalt erreicht worden ist. Hoffentlich wird es auch bei der Leitung der Anstalt bei Wittstock noch gelingen, ihren Betrieb so zu gestalten, daß auch in ihr die Kranken sich behaglich fühlen und nicht vorzeitig wieder fortmachen und damit für ihre Nebenmenschen neue Ansteckungsherde bilden.

Die gesicherte Existenz bis ins Alter.

Seim Igl. Porstam Althors bei Nürnberg ist ein 76 Jahre alter Waldbarbeiter jetzt 50 Jahre im Dienst. 50 Jahre lang hat der Mann für wenige Pfennige Winter wie Sommer, bei Wetter und Wind für den bayerischen Staat seine Knochen zu Markte getragen. Jetzt wurde dem Mann unter Anerkennung seiner langen Dienstzeit — ein anständiges Ruhegehalt gewährt? Ach nein: dem alten, weißhärigen Staatsarbeiter wurde dieser Tage gesagt, daß er infolge seines Alters das nicht mehr leisten könne, was er früher geleistet habe. Er bekomme deshalb in Zukunft nur 2,20 M. (der übliche Tagelohn) nur 1,50 M. Lohn. Die Frucht dieser königlich bayerischen Staatsfürsorge war eine erschütternde.

Am vergangenen Sonntag beschloßen Waldbarbeiter dieses Bezirks, eine Organisation der bayerischen Waldbarbeiter zu gründen, und zwar im Anschluß an die freien Gewerkschaften. Fast sämtl. Bezant. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.:

liche Teilnehmer an einer zu diesem Zwecke von den freiorганиstierten Arbeitern in Frankfurt einberufenen Versammlung melbten demonstrativ ihren Beitritt zu dieser neuen Organisation an.

Mögen derartige Landarbeiterorganisationen recht bald in Preußen nachfolgen!

Gewerkschaftliches.

Der Terrorismus der Unternehmerverbände.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Köln und Umgegend hat an seine Mitglieder das folgende vertrauliche Rundschreiben gerichtet:

Wir legen Sie hiermit ergebenst in Kenntnis, daß in Düssel, Bezirk Köln, die Maurer, Verputzer und Handlanger in den Streit getreten sind und ersuchen wir Sie deshalb, streng darauf zu achten, daß kein Arbeiter aus dem Streitgebiet bei Ihnen eingestellt wird oder wenn solches bereits geschehen sein sollte, den Betroffenen sofort wieder zu entlassen.

Das Schriftstück ist unterzeichnet von dem ersten Vorsitzenden des Verbandes, dem Unternehmer Johann Thiemann. Dem Schreiben ist eine Liste mit den Namen der Streikenden weiter nichts getan, als den Unternehmern von Düssel den Tarif zu unterbreiten, der in dem größten Teil des Kölner Bezirks bereits anerkannt ist. Die Arbeiter haben es auch an nichts fehlen lassen, um eine friedliche Verständigung herbeizuführen. Aber die bekannte „schwerste Strafe“ trifft ja niemals einen Unternehmer, der „einen anderen an freiwilliger Arbeit hindert.“

Berlin und Umgegend.

Der Kampf mit der Firma Jandorf

gewinnt für die Berliner Arbeiterschaft noch eine besondere Bedeutung dadurch, daß er nicht nur zu führen ist gegen diese Einzelfirma, sondern gegen nicht weniger als vier Scharfmacher-Verbindungen!

Vor uns liegt ein „vertrauliches“ Zirkular, das unterschrieben ist vom Zentralverband deutscher Arbeitgeber in den Transport- und ähnlichen Gewerben, vom Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser, vom Verband Berliner Spezialgeschäfte und der Vereinigung Berliner Detailgeschäfte der Textilbranche.

In diesem Zirkular heißt es:

„Abmachungen mit Arbeitnehmerverbänden sind tunlichst ganz abzulehnen und nur in besonderen Fällen unter Berücksichtigung der Schlussabgabe des Tarifs einzuleiten.“

Und wie lauten die Schlussabgabe des dem Zirkular beigelegten Scharfmachertarifs? Man höre:

„Bei jedem Vertrage mit der Arbeitnehmerorganisation (Berein Berliner Hausdiener usw.) ist der Arbeitnehmer einzeln zu verpflichten, daß er, falls er die Arbeit ohne vorausgegangene Kündigung unterläßt oder die Arbeit ohne gesetzlichen Grund verweigert eine sofort fällige konventionale Strafe von 101 M. für jeden Fall zu zahlen hat und bis zur Höhe dieses Betrages mit einem wöchentlichen Lohnabzug zur Ansammlung einbestanden ist.“

... Die Vertragsstrafe ist an den Nachweis eines Schadens nicht gebunden.“

Man sieht: Ganz das Rezept, nach dem die Firma Jandorf handelte!

Die Arbeiterschaft Berlins, die den Wohlstand gegen die Warenhäuser der Firma Jandorf und das Kaufhaus des Westens beschloß, weiß nun nach dieser gewiß recht interessanten Enthüllung, mit welchem Gegner sie in Wirklichkeit angebanden hat. Es ist nicht die Firma Jandorf allein, sondern ein umfangreiches und starkes großkapitalistisches Konfession, das den Augenblick gekommen glaubte, der Berliner Arbeiterschaft in Form eines schmachvollen Vertrages den Fehdehandschuh ins Gesicht zu werfen! Wie wir das Berliner Proletariat, seine Männer und seine Frauen kennen, war's ihm nie lieber, als wenn es dem Kampf galt mit einem möglichst starken politischen oder wirtschaftlichen Gegner! Wie wir die Berliner Arbeiter kennen, wird die Entladung ihres wirtlichen Gegners, der sich immer schlau im Hintergrund zu halten wußte, sie erst recht anstacheln, den einmal gefassten Boykottbeschluss hochzuhalten und die Durchführung des Beschlusses möglichst intensiv zu gestalten.

Achtung, Friseurgeschäften! Wegen Tarifbruch für Mitglieder gesperrt: Fischer, Stolpischstr. 18/17.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands, J. A.: Paul Liere, Rosenkalerstr. 57.

Der Streik der Schuhmacher in Potsdam scheint sich für die Gehülfen günstig zu gestalten, indem 15 Arbeitgeber durch ihre Unterschrift den eingereichten Lohnstarif anerkannt haben. Jedoch sind dies hauptsächlich die Reparaturwerkstätten. Die Inhaber der sogenannten besseren Werkstätten, in denen hauptsächlich Offizierskundschaft vorhanden ist, und wo auch bessere Preise für die Waren erzielt werden, glauben, dazu nicht instande zu sein nur die Firma Hammerstein hat sofort bewilligt. Interessant ist es, zu beobachten, welche Anstrengungen die Arbeitgeber machen, um Arbeitswillige heranzuziehen. Zum Teil ist es ihnen auch gelungen. Allen Hindernissen zum Trotz werden die Schuhmachergehülfen Potsdams ihren Arbeitgebern beweisen, daß sie sich nicht länger als Ausbeutungsobjekt betrachten lassen. Die Streikleitung.

Deutsches Reich.

Achtung, Glaser! In Kattowich befinden sich die Glaser im Streik. Zugang ist fernzuhalten. In dem Unternehmerrorgan „St. Lukas“ werden Arbeitskräfte nach dem Oberbischöflichen Industrieregiment, teilweise von der dortigen Nachweiskeit der Unternehmer, gesucht. Kein organisiertes Glaser darf auf solche Angebote eingehen.

Zentralverband der Glaser.

Tischlerstreik bei der Wellfirma Blüthner.

Seit Sonnabend stehen von den 500 Tischlern der berühmten Hopsianofabrik Blüthner in Leipzig 400 im Streik. Sie fordern: Erhöhung der wöchentlichen Abschlagszahlungen von 15 auf 25 M. und 10 Proz. Zuschlag auf Lohn- und Akkordarbeit. Schon im Juni hatten die Arbeiter der Firma an den Chef, der seine Fabrik gern als Rußerbetrieb bezeichnet, ein Gesuch um Aufbesserung der Löhne gerichtet, das sie mit der erheblichen Verteuerung der Lebensverhältnisse begründeten. Das Schreiben wurde jedoch unbeantwortet gelassen und Herr Blüthner hielt es für angebracht, dem Unternehmerverbände der Musikindustrie beizutreten. Als die Arbeiter von der viel gerühmten Humanität ihres Firmeninhabers nichts zu hören bekamen, schlug auch bei ihnen der Organisationsgedanke ein und sie traten fast sämtlich dem deutschen Holzarbeiterverbände bei. Obwohl Herr Blüthner nach Kruppischer Manier jeden auf Pfaster warf, der ihm denunziert wurde, darunter auch einen alten Arbeiter, der 34 Jahre lang bei ihm gearbeitet hatte, konnte er die Bewegung nicht eindämmen. Ende September erklärte er sich bereit, mit der von den Arbeitern gewählten Kommission zu verhandeln. Dabei kam indes nichts heraus. Man speiste die Leute mit einigen schönen Redensarten ab, und die Akkordtarife wurden gar nicht besprochen. Die Arbeiter...

weiter drohten nun mit dem Streik. Vergangenen Freitag wurde durch Fabrikanschlag bekannt gegeben, daß die eingereichten Lohnforderungen ungeduldfertig und viel zu hoch angelegt seien. Nebe als 5 Proz. Lohnerhöhung könne nicht gewährt werden, weil das der Unternehmerverband nicht zulasse. Natürlich war das nur eine plumpe Täuschung. Wiederholt hat auch die Firma die Preise für ihre Klagen und Pianofortes mit dem Hinweis auf die gestiegenen Löhne erhöht. Seit Jahrzehnten sind aber keine Lohn-erhöhungen vorgenommen worden. Die Arbeiter antworteten nun mit dem Streik. Der Stand der Situation ist auch heute noch unverändert. Herr Blüthner hat am Dienstag einen Ufa an die Arbeiter gerichtet, worin er bekannt gibt, daß alle, die am Mittwoch die Arbeit nicht aufnehmen, als entlassen gelten. Gleichzeitig gibt der Unternehmerverband bekannt, daß am Sonnabend, den 2. November, eine allgemeine Aussperrung resp. Kündigung über alle dem Holzarbeiterverbände angehörenden Arbeiter der Musikbranche verhängt würde, wenn bis dahin die Differenzen bei Blüthner nicht beigelegt sind. Es kommen 50 Firmen mit circa 6000 Arbeitern in Frage. Die hiesigen Holzarbeiter werden am Donnerstagabend in einer großen Versammlung im „Sandsouci-Coale“ dazu Stellung nehmen.

Streikende Knaben!

In Alburg bei Stranding in Bayern ist eine größere Anzahl Knaben von 10 bis 12 Jahren (!) in den Streik getreten. Diese Jungen waren in diesem Dorfe bei Dachdeckerarbeiten der abgebrannten und nun wieder aufgebauten Gebäulichkeiten der Dekonomen Buchner und Kaller als sogenannte „Dachshändler“ mit einem Tagelohn von 60 Pf. (!) beschäftigt. Dieser Lohn genügt ihnen nicht, sie taten sich zusammen und verlangten 80 Pfennige. Diese Forderung wurde abgelehnt! Die Jungen beschloßen einmütig, die Arbeit niederzulegen. Sie traten in den Streik und stellten regelrecht Streikposten aus, um Arbeitswillige aus Stadt und Land abzuhalten. Es gelang den Jungen, ihre Forderung durchzubringen. Der Samunternehmer mußte, wenn er die Gebäulichkeiten unter Dach bringen wollte, Unterhandlungen anbahnen und nachgeben. Erst nachdem die Forderung von 80 Pf. bewilligt war, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Die bürgerliche Presse weiß mit dieser Nachricht nichts besser anzufangen, als sich darüber lustig zu machen, daß die „Streikluft“ bereits bis in die Reihen der Jugendlichen gedungen sei. Daß in diesem Rotweck gegen die Kinderausbeutung ein soziales Drama sich abspielt, kommt ihr nicht in den Sinn.

Der Streik in der Leberfabrik von Adler u. Oppenheimer in Ringolsheim bei Straßburg wird mit aller Schärfe weiter geführt. Die Firma versucht wohl, auswärts Streikbrecher anzuwerben, hat aber sehr wenig Erfolg damit. Die Behörden lassen den Streikbrechern den weitgehendsten Schutz angedeihen. Nicht weniger wie 20-25 Gendarmen umfassen fortwährend das Streikgebiet. Von welcher Sorte die schuldbeständigen Streikbrecher sind, hat sich am Sonnabend gezeigt. Da wurden in einer Gastwirtschaft ohne jede Veranlassung Streikende lässig angegriffen und bei dieser Gelegenheit wurde einem nützlichen Element der Schlagring abgenommen. Die Stimmung der Ausständigen ist gut. Zugang ist fernzuhalten.

Weißer Arbeiter in Transvaal.

Bis in allerjüngster Zeit wurden die farbigen Eingeborenen in Transvaal allein zu gewöhnlicher Tagelöhnerarbeit verwandt. Als Ursache galt, daß der Weiße in der tropischen Temperatur Südafrikas unfähig sei, schwere Arbeit zu verrichten. Die richtige Ursache jedoch war, daß die Schwarzen williger und ihre Arbeit billiger war. — Jetzt hat man von der althergebrachten Tradition Abstand genommen. Die Regierung von Transvaal beschäftigt jetzt Weiße bei dem Bau von Straßen und Eisenbahnen und hat dieser Versuch ein großartiges Ergebnis zur Folge. Allein in Johannesburg sind 500 Weiße, meistens Afrikaner, bei den neuen Kanalisationsarbeiten beschäftigt und geht die Arbeit rasch von statten. Der Bürgermeister hat erklärt, daß ihn der Versuch sehr befriedigt habe und daß der Stadtrat gewillt ist, das System der Beschäftigung der weißen Arbeiter beizubehalten und auszudehnen. Die gegenwärtige traurige Lage auf dem Arbeitsmarkt macht ein solches Vorgehen erforderlich.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Fahnenflüchtige Einjährige.

Halle a. S., 30. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das hiesige Kriegsgericht verurteilte heute die Einjährig-Freiwilligen Sydow und Jehlmann vom 86. Infanterieregiment wegen Fahnenflucht im Komplotz zu je 10 Monaten Gefängnis.

Massenerkrankungen.

Freiburg i. B., 30. Oktober. (B. Z.) Zwanzig Dienstmädchen der Hochschullinik, die gemeinsam den Rehsplatz besuchten, erkrankten. Eines derselben ist bereits gestorben, die ärztliche Untersuchung schwebt. Es ist wahrscheinlich, daß die Erkrankungen von den Getränken herrühren, welche die Mädchen unterwegs genossen haben.

Staatshilfe für die Uberschwemmten.

Paris, 30. Oktober. (B. Z. B.) Der Senat nahm einstimmig die Vorlage betreffend die Bewilligung von 6 Millionen Frank für die Opfer der Uberschwemmungen im Süden an.

Eine fürchterliche Strafe.

Rom, 30. Oktober. (B. Z. B.) Der Papst hat die unbekanntes Verfasser des gestern in Rom erschienenen Buches „Programm der Modernisten“, welches eine Erwiderung auf die Encyclica pascendi domini ist, mit dem Kirchenbann belegt.

Eine ganze Mannschaft gementert.

Wiesbaden, 30. Oktober. (B. Z. B.) Die Besatzung des Torpedobootzerstörers „Storn“ hat, aufgereizt von Agitatoren, unter diesen eine Jüdin, die auf einem Schiff angekommen waren, gementert und eine rote Fahne gehißt. Der „Storn“ lief auf die Reede aus und eröffnete das Feuer gegen die Stadt und die Truppen. Durch das Feuer des Kanonenboots „Standshur“ und der Torpedobootzerstörer „Grosow“, „Empel“ und „Serdity“, sowie durch das Eingreifen des alarmierten 12. Schützenregiments wurde der „Storn“ zertrümmert, die auf ihm befindlichen Agitatoren wurden während des Feuers getötet; die übrig gebliebenen Meuterer wurden verhaftet. Getötet wurden der Kommandant des Torpedoboots „Brawny“, Kapitän Aurosch, sowie der Kommandant des Torpedobootzerstörers „Storn“, Leutnant Stoer. Verwundet wurde der Kommandant des Torpedobootzerstörers „Serdity“, Leutnant Wassilief. Die Stadt ist ruhig; einige unbeteiligte Einwohner sind getötet. Ueber die Festung ist der Belagerungszustand verhängt.

Die bürgerliche Presse zum Prozeß der Patrioten.

Je nach der Parteistellung und der Stellung zu Harden ist das Urteil der Blätter sehr verschieden. Scharf gegen Harden nehmen die Organe der Junker Stellung, die allerdings die in erster Linie Leidtragenden bei dieser Affäre sind. So beglückte die

„Kreuz-Zeitung“

den Herausgeber der „Zukunft“ voller Wut, daß seine Kamarilla-Artikel sich indirekt gegen die Person des Kaisers gerichtet hätten, wer die „Zukunft“ kenne, der könne nicht im Zweifel sein, daß es ihr nicht um den „Eulenburgschen Kreis“ zu tun ist, sondern um die Diskreditierung dessen, der sich angeblich durch diese Kamarilla hatte leiten lassen. . . . Weiter unten heißt es:

Das ist eine Schande für die deutsche Publizität und wahrlich kein Ruhm für die deutsche Rechtsprechung. Wir sind durch die Vorgänge bei den Prozessen in München und Karlsruhe nicht verwöhnt, aber hier hat man wirklich das Gefühl: „Schlimmer kann es nun nicht mehr kommen!“ Wir bedauern es lebhaft, daß nachdem es einmal zum Prozeß gekommen war, der Kläger und sein Anwalt sich Harden gegenüber lediglich in der Defensive gehalten und es verabsäumt haben, den Spieß umzudrehen, den Verklagten persönlich und seine Vergangenheit recht gründlich unter die Lupe zu nehmen, um damit die Tendenz zu lenken, aus der die den Gegenstand der Klage bildenden Artikel hervorgegangen sind. Kommt es zur Verurteilung, so wird das öffentlich nachgeholt. Nicht minder muß jetzt bedauert werden, daß nicht der Staatsanwalt die öffentliche Klage gegen Harden erhoben hat. . . .

Das selbe Thema, das hier zum Schluß angehängt wird, die Forderung nach Verstärkung der Rechtsgarantien, nach Abwägung der Öffentlichkeit des Prozeßverfahrens hat die

„Deutsche Tageszeitung“

angefochten. Sie wütete: Derartige Verhandlungen dürfen nicht wieder vorkommen, wenn das natürliche und gesunde Rechtsgefühl des Volkes nicht leiden soll. . . . Die Beweisaufnahme wurde in einer Weise ausgeübt, daß man manchmal tatsächlich nicht wußte, worum es sich eigentlich handelte. Magimilian Harden und sein Rechtsanwalt schienen die eigentlichen Führer der Verhandlung zu sein. . . .

Das Kaiserblatt, die „Tägliche Rundschau“,

stimmt durchaus mit der konservativen Presse überein. Sie schrieb:

Ein Trost bleibt. So kann es nicht weitergehen. Wenn ein Prozeß, so hat es dieser gezeigt, daß etwas faul ist in unserer Rechtspflege, daß etwas geändert werden muß, wenn nicht unsere Zukunft zur Handlungsergebnis des Unsurzes und Helfschers der Sittenergebnis herabsinken und wenn sie nicht politisch gemeingefährlich werden soll. Wie konnte man einen so wichtigen Prozeß, den wichtigsten seit Jahren, einem jungen Amtsrichter anvertrauen? Hat man in unseren regierenden Kreisen jedes Augenmaß für Wichtiges und Unwichtiges verloren? . . . Im Fall Krupp war der Staatsanwalt sofort am Platze; im Fall Rolke, eines Generals aus der Umgebung des Kaisers, lehnte er als „objektivste Behörde“ ab, die Anklage zu erheben, obwohl dadurch der Fall von vornherein in andere Verhandlung gekommen wäre. . . . So suchen die Reaktionen selbst aus ihren Unfällen noch Nutzen zu ziehen. Die deutsche Rechtspflege soll verschlechtert werden, die ohnehin kümmerlichen Schutzbestimmungen für den Angeklagten, zu denen auch die Öffentlichkeit des Verfahrens gehört, sollen verflümmert werden, weil ein Prozeß-Scandal — einhüllt hat. Alles angeblich wegen der gefährdeten Sittlichkeit des Volkes, in Wahrheit wegen der gefährdeten Vertuschung der Scandalosa der herrschenden Klasse!

Zugewiesen ist dieses Thema von einer ganzen Anzahl reaktionärer Blätter eifrig weiter erörtert worden. Eine direkte Deje gegen den Amtsrichter Dr. Kern hat eingeseht und ganz offenerzigt wird zu erkennen gegeben, daß man von der Justizverwaltung verlangt, sie hätte einen anderen, erfahrenen Amtsrichter mit der Leitung des Prozesses betrauen oder doch durch den Amtsgerichtspräsidenten auf den Amtsrichter Dr. Kern einwirken sollen, daß er den Ausschluß der Öffentlichkeit verweigere. So sehen diese edlen Blätter als selbstverständlich voraus, daß die Unabhängigkeit des Richters in Preußen nicht gewahrt zu werden brauche, daß sie ungestraft der Justizverwaltung Handlungen zumuten dürfen, die gegen das Gesetz verstoßen!

Die „Post“

beurteilt den Prozeß ganz offen aus dem Gesichtspunkte heraus: Wirft er für oder wider die Sozialdemokratie? Sie verurteilt in schöner Unparteilichkeit Harden und Rolke und schreibt dann:

Im Aussehen des Prozesses finden sich die äußeren und die inneren Reichsfeinde zusammen; er ist für sie noch dankbarer als die Memoiren des Fürsten Hohenlohe. Der Rolke-Prozeß ist leider eine Reminiscenz für die in letzter Zeit mit so großem Erfolge bekämpfte Sozialdemokratie. Öffentlich reinigt dieses furchtbare Gewitter die Luft. . . .

Die „National-Zeitung“

gibt eine bezeichnende Charakteristik der Persönlichkeit Gardens. Sie schreibt:

Unter dem schwarzen Rock des berühmten Politikers, der er heute sein möchte, grinst ein paar mal das zerrissene Kleid des kleinen Schauspielers hervor, der er einst war. Diesem Manne, der sich mit eiserner Disziplin erziehen hat, fehlt dann, in diesen kritischen Momenten, der letzte, unerlernbare Takt, die wahre Vornehmheit des Herzens. . . . „Ich hab's gewagt!“ das ist sein erster großer, pathetischer Ruf. Und Herr Harden, als er mit sonorer, voller Stimme in diese Worte ausbricht, schlägt sich auf die Brust, daß es dröhnt. . . .

Dagegen nimmt die

„Kölnische Zeitung“

mehr für als gegen Harden Partei.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“

feiert Harden als höchst verdienstlichen Mann. Auffallend lehrt das Blatt die Spitze seiner Ausführungen gegen die „Edelsten der Nation“. Die Eisen- und Kohlenbarone scheinen es auf das Monopol der Junker abgesehen zu haben, die engere Umgebung des Kaisers zu bilden. Die Geldaristokratie gibt der Geburtsaristokratie zu verstehen, daß sie sich ihr gleichberechtigt fühlt. So schreibt das Kohlenjunkerblatt:

... Wer sind die Schuldigen? Nicht Plebejer und Proletarier, sondern Leute, die dem Throne nahe stehen. Angehörige der ersten Kreise, aus denen die Würdenträger und höchsten Beamten genommen werden, Leute, die sich gern als Stütze von Thron und Thronerbe bezeichnen, und durch ihr Tun weite Kreise gegen beide aufreizen, Leute, die durch äußere Frömmigkeit und Kirchenbesuch zeigen, daß sie mithelfen wollen, dem Volke die Religion zu erhalten, und durch ihr Leben Religion und Moral verleben, Leute, die sich für die Weisen und Edelsten der Nation halten, und im Bewußtsein ihrer Untadeligkeit auf die weniger Wohlgeborenen herabzusehen pflegen, Leute, die allein würdig erachtet werden, Vermittler zwischen Monarch und Volk zu sein, und dabei nur die Entfremdung verursachen.

Das gesprochene Wort bleibt. Die „Edelsten der Nation“ haben die engere Umgebung des Monarchen gebildet, Sie schlossen den Ring ihrer Klasse, in dem kein anderer zugelassen wird. Ein Ring ist geformt worden, andere bestehen fort. Das denkende Volk, die sittlich und intellektuell hochentwickelten Kreise haben schon lange den Anspruch erhoben, selbst Sachwalter zu sein und die eigenen Geschicke von Jährgleichen lenken zu lassen. Zwischen der Spitze des Staates und dem den Staat bildenden Volk bedarf es keiner Mittelspersonen, deren künstliche Abgeschlossenheit und höfische Stellung von vielen als Verleumdung des Bürgerturns empfunden wird. Das Ergebnis des Prozesses bildet hierfür die glänzendste Bestätigung. So ist der Eindruck, den die Berliner Enthüllungen selbst in lokalen, national gefühlten Kreisen hervorgerufen haben. Der Vergleich mit der Zeit, der nach Jena und Akit führte, liegt nahe. Auch damals begann die Korruption von oben. Zu befürchten ist, daß die Reihe der Scandale noch nicht abgeschlossen ist. Manche Anzeichen deuten darauf hin, und die Wissenden erwarten noch mehr.

Gespalten ist die freisinnige Presse. Die „Freisinnige Zeitung“

ist gegen Harden. Sie sagt: Man kann nicht behaupten, daß für den Privatkläger die Charakteristik, die ihm durch die Zeugenvernehmung zuteil wurde, schmeichelhaft ist; aber die schlagendste Rolle hat ohne Zweifel der Angeklagte (Harden) gespielt. Von dem Nimbus eines glühenden Patrioten, mit dem er sich bei der ganzen Angelegenheit zu umgeben gesucht hatte, ist rein gar nichts übrig geblieben. Da, wie schon gesagt, die Affäre Rolke mit Politik schlechterdings nicht in Verbindung zu bringen war, so bleibt für Herrn Harden weiter kein „Verdienst“ übrig, als dasjenige, Leute von militärischem und diplomatischem Range und von persönlichem Einfluß beim Kaiser zur Strecke gebracht zu haben, nicht durch die sonst im politischen Kampfe üblichen Waffen, sondern durch Angriffe allerpersönlichster Art.

In die gleiche Kerbe haut auch die „Breslauer Zeitung“

die da u. a. sagt: . . . man soll uns nicht mit dem „großen Patrioten“ Harden kommen. Der Harden eigentlich ist, das hat er gezeigt bei der Drehstuhl-Affäre, als jenseits der Vogesen der schändliche und verbrecherische Antisemitismus wahrhaft Orgie feierte, und Harden, in schänder Verleugnung seiner Abstammung, dadurch, daß er jenen Antisemitismus in Deutschland propagierte, sein angekauftes Christentum vor einem hohen Adel und verehrlichen Publikum vorteilhaft in Kurs zu setzen suchte. . . .

Minder bestimmt drückte sich das „Berliner Tageblatt“

aus. Es nennt die Artikel Gardens verdienstlich, verurteilte aber sein Auftreten im Gerichtssaal und fragte dann gegen den Schluß:

... Mit etwas auffällender Betonung fügt Harden hinzu, er habe diese Tatsachen nicht von Holstein erfahren. . . . Der Name des Herrn v. Holstein (der in Herrn v. Tschirschky und im Fürsten Eulenburg seine Gegner sah) war von niemandem erwähnt worden. . . . Aber vielleicht hätte die Gegenpartei, wenn sie weniger furchtsam gewesen wäre, diese einfache Frage aufwerfen können, warum denn die Enthüllungen Gardens erst jetzt herausgekommen. Die „höfen politischen Tage“ der Marokko-Affäre liegen nun weit zurück, und auch das Eingreifen des Herrn Lecomte fiel in die Zeit vor Algerias. Warum sprach, warum warnte, warum enthüllte Harden nicht damals, da er ja sein Material seit fünf Jahren im Kopfe hatte? Warum verhinderte er die Gefahr nicht, solange sie akut war? Mühte er erst warten, bis Graf Rolke Stadtkommandant geworden, und war der Graf als Flügeladjutant zu dulden? Oder war erst ein besonderer Anstoß nötig — und welcher?

Ganz auf der Seite Gardens stehen die linksliberale „D. Z. am Mittag“

und einige ihr ähnliche Blätter im freisinnigen Lager. Die „D. Z. am Mittag“ hat auch die byzantinischen Leistungen Gardens und seines Anwalts schier noch übertroffen in einem Artikel, der ernsthaft versichert, der Prozeß habe der Dynastie genützt. Von wegen der Hochrufe, die dem Kronprinzen am Sonnabend zuteil wurden, als er sein Automobil langsam durch die vor dem Kriminalgerichtsgebäude versammelte Menge der Neugierigen steuern ließ.

Die Zentrums- und die gute Gelegenheit, um Belle auf den verhafteten Reichskanzler abzusenden. So schrieb die

„Kölnische Volkszeitung“:

... Neben Harden, Rolke und dem Freundeskreis steht noch eine andere hohe Persönlichkeit auf der Anklagebank als mitverantwortlich für alle die Schäden der Gardenschen Enthüllungen und des Prozesses am Gemeinwohl, an dem monarchischen Prinzip, an der Autorität der Krone und ihrer Vertreter. Es drängt sich die Frage auf: Wer war der an erster Stelle verantwortliche Ratgeber der Krone, als die Gerichte über das Treiben der Hohenau, Lynar und Genossen in gewissen Gesellschaftskreisen schon Tagesgespräch waren? Ein Zeuge hat von den Orgien in der Villa des Grafen Lynar in Potsdam bis-a-vis dem Darmopalais erzählt; fast jedesmal seien andere Herren dabei gewesen. Unter den Offizieren war die Sache allgemeines Gespräch und im ganzen Regiment „Mode“ geworden. Später ist das Treiben verboten worden, konstatierte derselbe Zeuge. Die bezeichnenden Neuerungen Rolkes vom Freundeskreise und von der Berichterstattung Rolkes an Eulenburg haben schon im Ehescheidungsprozeß der jetzigen Frau v. Elbe gegen den Grafen Rolke eine Rolle gespielt. Harden machte schon vor Monaten Andeutungen über das Treiben der „Freunde“. Nur der verantwortliche Ratgeber der Krone scheint nichts gesehen, gehört, von allen Dingen nichts gewußt zu haben, die jetzt zum Skandal geworden sind, der seinen Abschluß bis zum Thron und zur Krone hinaufspritzt. . . .

Die Anklage wider Bismarck, die in diesen Worten liegt, wird in ihrer ganzen Schwere erst erkannt, wenn man den folgenden Anfang des Artikels liest.

Nicht zehn Liebhaber-Professoren und kein Duzend sozialdemokratischer Brandreden vermögen so viel Schaden dem monarchischen Prinzip und dem moralischen Empfinden des Volkes zuzufügen, wie die Dinge, die hier vor breiter Öffentlichkeit . . . verhandelt werden. . . .

Das Bild wird vervollständigt durch folgende Ausführungen der

„Germania“:

... Der Kaiser, durch dessen ganzes Leben und Wesen sich tiefer Ernst und strenge Sittlichkeit zieht, dessen Ehe- und Familienleben ein herrliches Vorbild bietet, muß nun erleben, daß unter Personen seiner nächsten Umgebung und seines Vertrauens ein Sittensverfall abscheulichster Art eingerissen ist. Und er muß nun hören, wie seine Freunde und Vertrauten sich haben rühmen dürfen, daß sie um seine Person einen Ring gebildet haben, so daß er nur das erfahren konnte, was er erfahren sollte. War denn, bevor der Kronprinz mit anerkanntem Wertem Mute den Kaiser über den von Harden aufgeführten Skandal unterrichtete, niemand anders in der Umgebung des Kaisers oder unter den höchsten Beamten, der unterrichtet war und die Pflicht empfand, dem Kaiser über diese sittlichen Verfehlungen Bericht zu erstatten und ihm dadurch die Möglichkeit zu gewähren, ohne den großen Skandal, der jetzt durch Gardens Vorgehen entstanden ist, die Atmosphäre am Kaiserhof zu reinigen und energische Maßregeln gegen das Weiterströmen der Schlammbelagen fittlicher Verworfenheit wie gegen die Wisperrung des Chres des Kaisers zu ergreifen? . . .

Aus dem Reiche der Sittenpolizei.

Der Prozeß, der seit dem 18. Oktober gegen den Redakteur der „Zeit am Montag“, Karl Schneider, geführt wurde, ist, wie wir bereits meldeten, gestern abend beendet worden. Schneider war der Verleumdung von Beamten der Berliner Sittenpolizei angeklagt und hatte den Beweis zu führen, ob die Tatsachen, welche er in seiner Zeitung dargestellt hatte, auf Wahrheit beruhen. Es handelte sich in der Hauptsache um die den Polizeibeamten gemachten Vorwürfe, sie hätten sich bei Ausübung von Amtshandlungen eines ungehörigen und unberechtigten Vorgehens gegen Personen schuldig gemacht. Die hauptsächlichsten Momente der Beweisführung ergaben, kurz zusammengefaßt, folgendes Bild:

Die Sittenschuleleute Lüdike und Bachmann hatten im Herbst 1905 das Hotel Regendank in der Charlottenstraße zu beobachten, um festzustellen, ob in demselben Pächter Unterschluß fänden, um, wie es polizeitechnisch heißt, „Anzucht zu treiben“. Eines Nachts hatten die beiden Beamten den Verdacht, daß ein solches Pächter im Hotel abgetrieben sei. Gegen Morgen drangen sie in das Hotel ein und durchsuchten die Fremdenzimmer, wobei die Gäste ohne Unterschied aus dem Schlafe geweckt wurden. Wie die Beamten bei dieser Gelegenheit vorgehen, das schilderte ein äußerst harmloser Hotelgast, ein ehrlicher Rentier aus Rotthaus, folgendermaßen: Er sei gegen Morgen durch lautes Rufen an der Tür aus dem Schlafe aufgeschreckt. Draußen rief eine laute Stimme: Öffnen Sie sofort, die Polizei ist da. Er habe sich notdürftig angekleidet und geöffnet. Dann sei ein Mann in Zivil (der Sittenschulemann Lüdike) mit einem Licht in der Hand ohne weiteres in das Zimmer getreten und habe ihn angeherrscht: Wie heißen Sie, was sind Sie, wie lange wohnen Sie hier, haben Sie ein Frauenzimmer bei sich? Der Beamte habe unter Bett und Sofa geleuchtet. Auf die Frage des Zeugen, was denn das alles zu bedeuten habe, erhielt er die Antwort: Es wird für Sie keine unangenehmen Folgen haben. Dann habe sich der Beamte ohne Entschuldigung und ohne sich als Beamter legitimiert zu haben, entsetzt. — In ähnlicher Weise schilderte auch ein anderer Zeuge das Vorgehen der Beamten. Eine „Dame“, die zweifellos die weibliche Hälfte eines „Pächters“ ist, wurde bei der Durchsuchung allerdings gefunden. — Die beiden beteiligten Beamten behaupteten, daß sie durchaus korrekt vorgegangen wären und die Angaben der Zeugen übertrieben seien.

Ein anderer Fall derselben Art hat sich in einer Privatwohnung in der Charlottenstraße abgespielt. Hier war es der Sittenschulemann Kumpf, der den Verdacht hatte, es sei ein „Pächter“ in der betreffenden Wohnung abgetrieben. Der Verdacht stütze sich auf die Angabe eines Herrn, den der Beamte auf der Straße befragt hatte. Kumpf ging nun mit einem Kollegen in die Wohnung, um die Frauensperson, mit der der Herr dort gewesen sein will, zu suchen. Die Durchsuchung wurde so gründlich vorgenommen, daß die Beamten eine Kommode öffneten, ein Bettlo von der Wand abrückten, wobei eine Uhr in Trümmer ging. Ein Mädchen wurde trotzdem nicht gefunden, denn die Beamten waren an die unrechte Wohnung geraten. Das Pächter war eine Treppe höher abgetrieben. In der von den Beamten durchsuchten Wohnung soll nach Angabe einer Zeugin ein anderes „Pächter“ gewesen sein, welches beim Eintritt der Beamten durch einen zweiten Ausgang entwich. — Der Inhaber der durchsuchten Wohnung, ein Herr M., hat sich wegen des Vorgehens der Beamten bei dem damaligen Vorstand des Reviers, dem jetzigen Polizeihauptmann Enke, beschwert. Herr Enke versuchte den Beschwerdeführer zur Zurücknahme seiner Beschwerde zu bewegen, denn, sagte er, wenn die Beschwerde sich als unbegründet erwiese, hätte der Beschwerdeführer ein Verfahren wegen wissenschaftlicher Anschuldigung zu erwarten! Herr M. erklärte sich auch zur Zurücknahme bereit unter der Voraussetzung, daß sich die Beamten wegen ihres Vorgehens entschuldigen. Der Reviervorstand Enke sagte aber, die Beamten hätten ihm erklärt, sie seien korrekt vorgegangen, deshalb könne er ihnen nicht zumuten, daß sie um Entschuldigung bitten. — Die im Herbst 1905 getriebene Uhr ist Herr M. erst am dritten Tage des gegenwärtigen Prozesses durch die Polizei ersetzt worden.

Aus dem Verhalten der Beamten vor dem Hotel Regendank kam noch ein Vorfall zur Sprache. Ein mit dem Hotelverwalter befreundeter junger Mann ging eines Nachts auf dem Wege zum Hotel an den observierenden Schultheisen Lüdike und Bachmann vorüber. Die der junge Mann behauptet, rief ihm Lüdike nach: Das mußt Euch alles nichts, frecher Bengel. — Der junge Mann erklärte sich diesen beleidigenden Jurist dadurch, daß die Beamten glauben, er wolle sie in Gemeinschaft mit Angestellten des Hotels Regendank in der Ausübung ihrer Funktion füren. Der junge Mann wandte sich an einen uniformierten Schutzmann, um die Verantwortlichkeit des Beleidigers, den er gar nicht kannte, feststellen zu lassen, Lüdike bestritt, den jungen Mann beleidigt zu haben, er drehte nun den Spieß um und verlangte die Feststellung des jungen Mannes, weil — dieser verdächtig sei, das lupulische Treiben im Hotel Regendank zu begünstigen. Der junge Mann wurde nun zur Wache gebracht. Er beteuerte, daß er mit dem Hotel nicht das geringste zu tun habe, was auch tatsächlich der Fall ist. Aber auf der Wache sagte ein Polizeibeamter zu ihm, er habe sich die ihm widerfahrne Behandlung selbst zuschreiben, denn er verkehre ja mit dem Hotelverwalter, er sei wohl auch ein Zuhälter. Der Vater des jungen Mannes hat wegen dieses Vorgehens eine Beschwerde an das Polizeipräsidium gerichtet, er hat aber damit keinen Erfolg gehabt und ist dann zum Angeklagten gegangen, um die Veröffentlichung der Angelegenheit zu veranlassen.

Soweit erstreckte sich die Beweisführung auf die in den Artikeln angegebenen Tatsachen, die in allen wesentlichen Punkten von den beteiligten Beamten bestritten wurden. Sie wollen in allen Fällen korrekt gehandelt haben. Um die Glaubwürdigkeit der als Hauptzeugen der Anklagebehörde auftretenden Sittenschuleleute Lüdike, Bachmann und Kumpf zu beleuchten, die zugleich als die Beleidigten gelten, wurde auf Antrag der Verteidigung Beweis darüber erhoben, ob diese Beamten von Personen, mit denen sie amtlich zu tun hatten, Zuwendungen irgendwelcher Art, sei es Geld oder freie Bede und dergleichen erhalten haben. — So oft im Laufe der Verhandlung hierauf bezügliche Fragen an die drei Beamten gerichtet wurden, stellten sie sich mit großer Entschiedenheit in Abrede, jemals irgend etwas erhalten oder angenommen zu haben. Als

aber am dritten Tage der Verhandlung ein Restaurateur belundete, Bachmann habe gelegentlich einer amtlichen Recherche, die er im Lokale des Zeugen auszuführen hatte, ein Glas Wein gratis erhalten und getrunken, da gab Bachmann das zu, erklärte es aber als eine harmlose Sache, die schon öfter bei ihm vorgekommen sei und auch wohl bei jedem Schuhmann vorkomme. — An den folgenden Tagen wurde durch mehrere Zeugen festgestellt, daß Bachmann und Lüdike, wenn sie das Café National besuchten, um die dort verkehrenden „Damen“ zu beobachten, manchmal ihre Sätze selbst bezahlten, oft aber auch von dem Geschäftsführer mit einer Tasse Kaffee, einem Glase Bier, einem Glase Wozg bewirtet wurden. — Nun erklärte auch Lüdike solche kleinen gelegentlichen Bewirtungen als harmlose Vorgänge, die gar nicht den Zweck haben könnten, die Beamten zu beeinflussen.

Zu der Frage, ob sich Beamte der Sittenpolizei von den ihrer Beobachtung unterstehenden Personen „schmieren“ lassen, wurden eine große Zahl von Zeugen vernommen: Restaurateure, Kellner, Hotelportiers usw. Die meisten dieser Zeugen bekundeten in dieser Hinsicht nichts. Einzelne Zeugen machten jedoch ganz bestimmte Angaben, die sehr beachtenswert sind, obwohl nicht gerade die drei hier in Frage stehenden Beamten dabei in Betracht kommen. Zwei Zeugen, die als Portiers im Hotel Regentank angestellt waren zu einer Zeit, wo dasselbe zweifellos ein bekanntes Absteigequartier für Vandalen war, bekundeten folgendes: Oft kamen zu jener Zeit uniformierte Schulleute in die Portierloge, wo sie auf Kosten des Hotelbesizers mit Bier bewirtet wurden. Kriminalbeamte in Zivil sprachen dagegen nicht erst in der Portierloge vor, sondern gingen ohne weiteres hinauf zum Besitzer des Hotels. Solange die Beamten oben waren, durfte der Portier keinen anderen in das Zimmer lassen, wo der Besitzer mit den Beamten so stark geht, daß sie betrunken den Rückweg antreten. Daß es sich in solchen Fällen um Beamte handelte, wurde den Angestellten des Hotels gegenüber verheimlicht. Es hieß, es seien Handwerksmeister, die mit dem Besitzer geschäftlich zu tun hätten. Aber, sagte ein Zeuge, wir merkten ja doch bald, daß es Beamte der Kriminalpolizei waren.

Eine Zeugin, die vor Jahren mit der Inhaberin eines Lokals mit Damenbedienung befreundet war und viel in dem Lokal verkehrte, gab an, sie habe selber gesehen, daß Beamte der Sittenpolizei in jenem Lokal nicht nur frei bewirtet wurden, sondern auch Wein in Flaschen zum Mitnehmen bekamen. Auch Geld sei den Beamten gegeben worden. In einem Falle will die Zeugin gesehen haben, daß ein Beamter von der Wirtin 50 M. erhielt und zwar deshalb, weil er ihr regelmäßig mittelte, wenn sie eine polizeiliche Revision ihres Lokals zu erwarten habe. Auch in diesem Falle handelte es sich nicht um die hier in Rede stehenden Beamten.

Ein weiterer Fall, der in der Verhandlung eine Rolle spielte, betrifft Beziehungen des Schuhmanns Kumpf zu Fräulein Weitenberg, der Inhaberin eines Weinrestaurants in der Taubentstraße. Dies Restaurant hatte früher Damenbedienung, Kumpf erstattete damals mehrere Anzeigen wegen Uebertretung gegen Frä. W. — Später stellte Frä. W. statt ihrer Damenbedienung Kellner an und kam um Verlängerung der Polizeistunde ein, die ihr auch gewährt wurde, nachdem Kumpf in ihrem Lokal reherbergt und einen günstigen Bericht erstattet hatte, der sich jedoch nur darauf beschränkt haben soll, daß nicht mehr Damen, sondern Kellner in dem Lokal bedienten. — Frä. W. ist im vorigen Prozeß gegen Schneider als Zeugin vernommen und hat bestritten, dem Schuhmann Kumpf ein Geschenk gemacht zu haben. In diesem Prozeß trat ein damaliger Kellner des Frä. W. als Zeuge auf und sagte: Nach der vorigen Prozeßverhandlung sei Frä. W. sehr erregt nach Hause gekommen und habe mit Bezug auf ihr Zeugnis gesagt: Warum soll ich mir denn gerade den Mund verbrühen, dann hätte ich ja den Kumpf auf dem Hals. Dieser Zeuge will auch gehört haben, daß Frä. W. im Gespräch mit einem anderen sagte, sie habe Kumpf „wegen Anzweiflung“ einen „blauen Lappen“ (100 M.) gegeben. Der Zeuge schildert das Lokal des Frä. W. als eine „Götterbude“. Da würden Herren durch elegante Halbweildamen hineingelockt und ausgeplündert. Nach Eintritt der Polizeistunde sei jede Nacht hinter geschlossenen Türen und Fensterräden oft bis 6, auch 7 Uhr morgens gezecht worden. — Frä. W. bestritt alle wesentlichen Angaben dieses Zeugen, besonders, daß sie an Kumpf 100 M. gegeben oder auch nur davon gesprochen habe. — Auch Kumpf bestritt, daß er von Frä. W. Geld erhalten habe. — Unbestritten ist dagegen, daß Kumpf seit längerer Zeit ein häufiger Gast des Weitenbergers Lokals ist. — Als Frä. W. hierüber vom Verteidiger befragt wurde, sagte sie mit Nachdruck, Kumpf sei auch heute noch ihr Gast. Erregt sah sie hinzu, daß gehe den Verteidiger nichts an, sie werde seine Fragen überhaupt nicht mehr beantworten. — Sprachs, versetzte beide Hände in die Taschen ihres Paletots, klapperte in der Tasche mit Schlüssel und setzte den Fragen des Verteidigers beharrliches Schweigen entgegen. — Der Staatsanwalt, der am Tage zuvor eine Ungehörigkeitsklage gegen den Angeklagten beantragt hatte, weil dieser mit einem scharfen Worte die Aussage eines Schuhmanns kritisierte, hatte dem eigenartigen Verhalten des Frä. W. gegenüber keinen Antrag zu stellen. Auch der Vorsitzende, dessen Intervention der Verteidiger anrief, um die Zeugin W. zum Antworten zu bewegen suchte deren Verhalten gewissermaßen zu rechtfertigen, indem er sagte, die Fragestellung des Verteidigers müsse doch der Zeugin sehr an die Nieren gehen. — Die Fragen, welche zum Beweisthema gehörten, mußte die Zeugin hiernach natürlich beantworten.

Nach Schluß der Beweisaufnahme plädierte der Staatsanwalt für Bestrafung des Angeklagten. Er beantragte zwei Monate Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Gelpert, führte in 2 1/2 stündiger Rede aus, was der Angeklagte an Tatsachen angeführt habe, sei in allen wesentlichen Punkten als wahr erwiesen. Die Art, wie die Beamten bei den in Rede stehenden Durchsuchungen und Sittierungen vorgegangen, sei in allen Fällen unstatthaft, in manchen Fällen sogar ungesetzlich gewesen. Der Angeklagte habe in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, er müsse freigesprochen werden, wenn aber das Gericht wegen einiger scharfer Ausdrücke zu einer Verurteilung kommen sollte, so wäre doch eine Gefängnisstrafe nicht begründet.

Der Angeklagte Schmidt betonte in längerer Verteidigungsrede, er habe nur das System der Sittenpolizei, das er seit Jahren bekämpfe, kritisiert, eine Beleidigung der Beamten, die ihm persönlich sehr gleichgültig seien, habe ihm ferngelegen. Er halte es für seine journalistische Pflicht, öffentliche Mißstände zu kritisieren. Wenn das Gericht die Kritik für strafbar halte, möge es ihn bestrafen.

Nach 2 1/2 stündiger Beratung des Gerichts verurteilte der Vorsitzende das Urteil. Das Gericht halte den Wahrheitsbeweis für nicht gelungen. Nichts von alledem, was der Angeklagte behauptete, habe sich als stichhaltig erwiesen. Nur einen Fall (nämlich die Beleidigung des jungen Mannes durch Lüdike), halte das Gericht nicht für aufgeklärt. Gegen Kumpf sei absolut nichts erwiesen, gegen Bachmann und Lüdike nur, daß sie gelegentlich ein Glas Bier und dergleichen annahmen, was sie rückhaltlos zugaben. Ob sie sich durch die Annahme solcher kleinen Dekubitionen disziplinarisch schuldig gemacht haben, darüber habe das Gericht nicht zu befinden. Das Gericht fühle sich verpflichtet, den drei Beamten hier eine Ehrenerkklärung zu geben. Es sei erfreulich, daß die Beamten absolut rein aus diesem Kumpf hervorgegangen seien. Das Urteil erging dahin: Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt und den beleidigten Beamten die Befugnis zugesprochen, das Urteil in der „Zeit am Montag“ auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen.

Verurteilt ist der Angeklagte, gerichtet bleibt das Sittensystem, für dessen Verbrechen freilich nicht einzelne Beamten, sondern die Moralheuchelei der Gesellschaft, die Institution der Polizeistunde und die „Sitten“-Vorschrift des § 361 Ziffer 6 Str.-G.-B. verantwortlich sind.

Himmelschreiende Schulzustände in Posen.

Am Dienstag wurden in einer Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Posen aus der Schule in Partschin Mißstände entlarvt, die empörend sind, und die schärfsten Anklagen gegen das in Preußen herrschende Schulsystem in den Volksschulen enthalten. Aus Anlaß des Schulstreiks wurden die Schulstunden erheblich verlängert und früh von 1/8 bis 1/2 12 Uhr, nachmittags von 2 bis 5 Uhr also täglich sieben Stunden abgehalten. Eine Anzahl Kinder habe wegen des zu weiten Nachhauseweges nicht zum Mittagessen gehen können.

Die Kinder wurden wegen der wichtigsten Anlässe entsetzlich verprügelt. Der Lehrer muß zugeben, daß er auch ein nierenkrankes Kind geschlagen habe. Der Arzt hatte aus Gesundheitsrücksichten Schläge auf das Gesicht bei diesem Kinde verboten. Deshalb schlug der Lehrer das kranke Kind — auf den Rücken. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden: aber das war doch noch viel schlimmer, weil der Lehrer nichts zu erwidern. Ein Schüler Kasimir Wronski bekundete: Ich habe oft Prügel bekommen, einmal 5, einmal 4 Schläge auf die Hände. Auch erhielt ich einmal so viel und soch heftige Schläge auf das Gesicht, daß ich eine Woche lang nicht in die Schule gehen konnte. Einmal sei er in Gegenwart des Kreisinspektors Kumpf geprügelt worden. Dann hat der Lehrer Sawicki einmal geäußert: „Ihr verfluchte Bande, ihr seid nicht Wärtner, ihr seid Verbrecher. Ihr seid dumm, eure Eltern noch dümmer.“ — Vors.: Zeuge Sawicki, haben Sie solche Äußerungen getan? — Zeuge: Ja, aber nicht in dem von dem Zeugen behaupteten Zusammenhang. Diese Äußerung brauchte ich in einem anderen Sinne, als gelegentlich der Kaisergeburtstagsfeier die Kinder die früher freudig bezeugte Teilnahme verweigerten. Die Bekundung eines anderen Zeugen, der Lehrer Sawicki habe die Kinder öfter beschimpft: „Ihr verfluchte, verlogene Bande, Ihr seid dumm, eure Eltern noch dümmer, eure Eltern haben Euch verführt“, gibt der Lehrer als zutreffend zu.

So wurde die Liebe zu den Eltern hochgehalten. Kinder von 9 und 10 Jahren haben an einem Tage 20, 24, 35, ja einer 48 Schläge erhalten. Der Arzt konstatierte, daß Folge dieser Prügelei in einem von ihm untersuchten Fall starkes Fieber war. Wiederholt mußten Kinder infolge der Gesundheitsgefährdung durch die Weisungen tagelang der Schule fern bleiben.

Und weshalb diese fürchterlichen Mißhandlungen, die in keinem Falle auch nur zu entgeltlichen sind? Der Verteidiger bezeichnete als Grund einiger solcher Ausstellungen: Den Kindern war aufgegeben, ein Gedicht, das sie nicht gelernt, als Strafarbeit 5 mal abzusprechen. Da die Kinder neben den anderen Aufgaben diese nicht haben ausführen können, seien sie von neuem geprügelt worden. Ein geschlagenes 9jähriges Kind habe an den Abschriften bis 11 Uhr abends gearbeitet; sie hatte bis dahin nur sechs Abschriften fertig stellen können. Von ihrem Vater sei dann das Kind zu Bett gebracht worden. Trotzdem der Vater das Kind dann entschuldigt habe, sei es von dem Lehrer geprügelt worden. Lehrer Sawicki muß die Richtigkeit dieser Vorhaltungen zugeben, mit der Einschränkung, daß es nur ein kurzes Gedicht gewesen und die Kinder es absichtlich nicht haben lernen wollen.

Wurde Anklage gegen die Lehrer erhoben? Nein, aber gegen die Redakteure des „Zemodnie Katolicki“ Adam Marzalek und Josef Klos. Diese hatten das empörende Verhalten in ihrem Blatt mitgeteilt. Daraus wurden sie wegen Beleidigung der Lehrer, des Oberlehrers und des Kreisinspektors angeklagt. Der Staatsanwalt gab nach der Beweisaufnahme zu, daß der Wahrheitsbeweis völlig gelungen sei und beantragte selbst Freisprechung von der Anklage der Beleidigung. Wegen einiger ferner zum Gegenstand der Anklage gemachten Artikel, die zum Schulstreik aufgeföhrt und dadurch § 110 des Strafgesetzbuchs verletzt haben sollen, beantragte der Staatsanwalt gegen Klos 400, gegen Marzalek 250 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger, selbst leider noch ein Anhänger der unter allen Umständen unverfäglich Prügelei in Schulen, hob hervor, er sei kein grundsätzlicher Gegner von Prügeln in der Schule, aber gegenüber dem himmelschreienden Unrecht, das hier an den Kindern begangen war, sei die Klage der Partschiner Bürger, mit der sie dieses Unrecht himmelhoch zu bewundern. Seinem Antrage auf vollen Freispruch für beide Delikte folgte das Gericht nicht. Es erkannte wegen der Beleidigung auf Freisprechung, wegen des vermeintlichen Freiwills gegen § 110 Str.-G.-B. auf je 80 Mark Geldstrafe. Die Lehrer aber bleiben unverfolgt: nach Mitteilung des Staatsanwalts ist das Strafverfahren gegen sie wegen Ueberschreitung des Höchstmaßes eingestellt.

Nach der Bekundung eines Zeugen in der Verhandlung hat ein Augenzeuge der Folgen einer Mißhandlung geäußert: Die Verhältnisse sind hier ja noch schlimmer als in Russland. Der Mann hatte Recht und diese nicht nur auf Posen beschränkten Mißstände des preussischen Schulwesens werden nicht enden, bevor das herrschende System selbst gefallen ist, das nicht minder durch das Zentrum und die Polen wie durch die Blockparteien hochgehalten wird. jenes System, dessen Ziel ist, die Arbeiter zu gehoramen und willigen Dienern der herrschenden Klasse zu machen, die nicht leben sollen, um ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten, zur Müde und Neße zu bringen, sondern um für die Besitzenden zu arbeiten und zu schaffen, ihre Arbeitskraft und auch, wie recht erst der Blick in die Arbeiterklasse zeigt, ihren Körper der herrschenden Klasse zur Verfügung zu stellen. Wer nicht an der Beseitigung dieses Systems durch sozialdemokratische Betätigung mitarbeitet, ist mit schuld an der Verlängerung des zum Himmel schreienden Unrechts, das gegen Kinder geübt wird.

Aus Industrie und Handel.

Angst an der Börse.

Am Dienstag zeigte sich die Börse trotz der am Morgen stattgefundenen Diskonterhöhung noch sehr unruhig. Am Mittwoch ließ sie ein anderes Gesicht sehen. Die aus den verschiedenen Staaten einlaufenden unangünstigen Nachrichten, besonders aber das lange Anhalten der „Veruhigung“ in New York wirkte deprimierend. Teilweise dämpfte die Kurse nicht unerheblich ein.

Haller Söhne u. Co.

Nach dem vom Liquidator des Hamburger Bankhauses Haller Söhne u. Co. vom 19. Oktober aufgestellten Status stehen Aktiven in Höhe von circa 1/2 Mill. Mark Passiven in Höhe von 11 Mill. Mark gegenüber.

Spekulation auf das — Staatsmonopol.

Die Rürnberger Spiritfabrik vormals J. R. Vast erzielte wie die „Spiritus“ und Spirituosen-Rundschau“ mitteilt, im Geschäftsjahr 1906/07 einen Bruttogewinn von 175 811 M., wobei der Vertrag aus dem verflohenen Jahre nicht miteingerechnet ist. Aus dem erzielten Gewinn werden nach Abschreibungen in Höhe von 30 000 M. 22 Proz. Dividende vorge schlagen. Der Vortrag auf das neue Geschäftsjahr wird auf 49 084 M. erhöht. Man geht wohl nicht fehl, die vorge schlagene Dividende von 22 Proz. mit dem Monopolprojekte der Regierung in Verbindung zu bringen.

Die Bankkennungen in Amerika.

Die „Veruhigung“ nimmt in der bisherigen Weise ihren Fortgang. Der Schatzsekretär Cortleson stellte für den Notfall Unterstützungen aus dem Panamakanalbaufonds in Aussicht. Nach Meldungen der „Frankf. Zig.“ sehen sich immer mehr Banken im Lande gezwungen, von der Schutzmaßnahme zeitweiliger Schließung Gebrauch zu machen. Die Regierung hat seit Anfang September circa 70 Millionen Dollar bei den Banken deponiert. In so umfangreicher Weise hat der Staat bisher noch niemals eingegriffen. Trotz aller Hilfsaktionen haben die Börsen in Louisiana und New Orleans

ihren Geschäftsbetrieb bis Montag eingestellt. Daß die Wellenschläge der Krisis aber immer noch nicht das halt gebietende Ufer erreicht haben, belagten die letzten Nachrichten. Sie lauten:

Olympia (Washington), 30. Oktober. (B. Z. U.) Der Gouverneur erklärte die Tage von heute ab bis zum Schluß der Woche für gesetzliche Feiertage. Diese Maßregel ist hauptsächlich zum Schutz der Landbanken getroffen worden, die Schwierigkeiten haben, die erforderlichen Vorräte zu beschaffen.

New York, 30. Oktober. Mehrere Bankfirmen sahen sich genötigt ihre Liquidation anzumelden.

Zur Finanzlage Russlands.

Weber die Kuten des Reichs noch die Störpione der Verwaltung hielten die russische oppositionelle Presse davon ab, die wahre Bedeutung der Visiten, die die Herren Komowzew und Nowoliski ihren Pariser und Berliner „Schneidern“ gemacht hatten, zu enthüllen, und das Finanzministerium sah sich in den letzten Tagen gezwungen, mit einer Erklärung über die Finanzlage des Reiches herauszutreten.

Die nicht anders zu erwarten war, stellte sich heraus, daß am Schluß der russischen Finanzen „alles ruhig“ ist. Die Herren Minister dürften einfach zu ihrem eigenen Vergnügen die „Pumpreisen“ ins Ausland unternommen haben; denn nach der Versicherung des Finanzministeriums „kann von dem Abschluß einer Anleihe im laufenden Jahre nicht die Rede sein“. Also im laufenden Jahre! Das kann man leicht glauben, da doch das „laufende Jahr“ nur noch zwei Monate währt... Weit schwieriger ist es, jenem „Gefühl der Befriedigung“ Glauben zu schenken, mit dem das Finanzministerium „eine Rückkehr des Landes zum normalen Gang des ökonomischen Lebens“ konstatiert. Die Sprache der Ziffern ist überzeugender als die ministeriellen Versicherungen, und die Ziffern zeichnen ein dem „normalen Gang“ ziemlich unähnliches Bild. Die russische Staatsschuld, die im Jahre 1892 5 Milliarden Rubel betrug, ist jetzt auf 8770 Millionen angewachsen, und mit der Garantie der Eisenbahnobligationen, mit den Pfandpapieren der Adels- und den Schuldscheinen der Bauernagrarbank erhöht sich die Schuld auf 11 Milliarden Rubel! Die Zahlungen in allen Kategorien der Staatsschuld machen im laufenden Jahre eine kolossale Summe aus, nämlich nicht weniger als 430 Millionen Rubel oder circa 1/4 des ganzen russischen Budgets! Diese Zahlen übergeht die ministerielle Erklärung lückerweise mit Stillschweigen.

Das Ministerium antwortete auch nicht auf die Frage, betreffs der gesteigerten Emission der Reichskreditbilletts, die bereits die durch das Gesetz festgestellte Norm überschritten hat. Seit Herbst laufenden Jahres wurden bis 150 Millionen neue Kreditbilletts emittiert. Der Bestand der Geldzirkulation verschlimmert sich ununterbrochen und droht mit einem Krach der rühmlich bekannten „Gold-Valuta“ in Russland. Vor dem russisch-japanischen Kriege machte das Gold 82 Proz. des gesamten zirkulierenden Geldes aus, nach dem Kriege 35,5 Proz. und heute nur 30 Proz.! Dafür stiegen die Kreditbilletts von 30 auf 64 Proz. Das Finanzministerium zählt in seinem Bericht wieder zur Deduktion der Kreditbilletts die „Summen im Ausland“, wobei es sich hartnäckig weigert, aufzuklären, was das für Summen sind, und es meint, die Staatsbank könne noch Kreditbilletts bis zu 265 Millionen Rubel emittieren. Nach dem russischen Emissionsgesetz (vom 11. September 1897) kann indessen als Deduktion der Emission von Staatskreditbilletts nur Gold in Barren oder in Münze dienen. Riginin, ein Kenner der russischen Finanzen, den nicht einmal das Finanzministerium im Verdacht hat, er stelle sich die Diskreditierung der Finanzpolitik der Regierung um jeden Preis zum Ziel, sagt über die „Summen im Ausland“ ausdrücklich: Dieses Konto ist fingiert und kann für den inneren Geldwechsel keine Bedeutung haben... Dieses Gold ist weder in Bar noch in Natur da, es existiert nur auf dem Papier.

Also diese Papiersummen „im Ausland“ können als Deduktion der Kreditbilletts nicht dienen, und in der jüngsten Zeit sind nach dem Ausweis der Staatsbank für den 21. Oktober a. e. ungedeckte Kreditbilletts auf 355 Millionen Rubel, d. h. auf 85 Millionen mehr, als das Gesetz bewilligt, in Umlauf gesetzt worden. Die Emission von noch 265 Millionen, von denen die ministerielle Erklärung spricht, würde den vollständigen Krach der „Gold-Valuta“ bedeuten.

Das ist die glänzende Finanzlage Russlands. Man braucht sich nicht zu wundern, daß gleichzeitig mit dem Erscheinen der ministeriellen „Erklärung“ die Regierung durch die offiziöse „Kossija“ schwere Strafen für die Presse wegen Mitteilung falscher Nachrichten über die Finanzen des Reiches verhängt. „Ich verurteile“, schreibt der gedungene Oekonomist des Regierungsorgans, „daß es der Regierung unangenehm ist, die Initiative zur gerichtlichen Verfolgung zu ergreifen, — aber ich bin entschlossen überzeugt, daß an dem Tage, an welchem wir in der Wuma eine wirkliche Staats einrichtung haben werden, aus der Mitte dieser Duma die Initiative zur Bestrafung der Verhörer, die dem Nachteil der Staatsfinanzen begangen wurden, hervorgehen wird.“

Mit diesen Worten plaudert die Regierung ihre geheimen Wünsche aus.

Der russischen Presse den Mund verschließen unter wohlwollender Mitwirkung der „gefügigen“ Duma — das ist ein herrliches und einfaches Mittel, die russische Finanzlage zu verneinern; aber... was nun mit der unabhängigen auswärtigen Presse?

Aus der Frauenbewegung.

„Du sollst den Feiertag heiligen“ hieß das Thema, über welches am Sonntag Genosse Paul John in Bekers Festreden vor einer Versammlung von Diensthöten, Wäsche- und Kleinmachefrauen referierte. Der Redner gab einen interessanten Einblick in die Entstehungsgeschichte der Feiertags- und Ruhetage, ihre Bekämpfung seitens der Arbeitgeber und das Ringen der einzelnen Berufsgruppen von Arbeitern und Arbeiterinnen um Anerkennung der Sonntagsruhe. Guter Wille und Bewohntheit könnte auch den Dienstboten Beschränkung der Arbeit, besonders an Sonn- und Feiertagen, bringen. Der Referent schilderte dann, wie sich die Parteien im Reichstag zur Beschränkung der Arbeitszeit und besonders der Sonntagsruhe verhalten haben. Die Diensthöten und ländlichen Arbeiter standen stets außerhalb der Gesetzgebung. Der Redner empfahl, eine Reichsenquete über die Lage der Diensthöten zu fordern, da nur amtliches Material als verwendbar betrachtet wird. Es sollte ein energischer Protest gegen die Befindordnung geführt und vor allem sollten die Mißstände von den Dienstboten selbst in aller Öffentlichkeit verhandelt werden. Die Versammlung war den Ausführungen mit Aufmerksamkeit gefolgt und lobte den Redner mit großem Beifall. An der Diskussion beteiligten sich unter anderem einige Hausangestellte. Eine Auswärtlerin ermahnte ihre Kolleginnen, nicht „unterm Preis“ zu arbeiten; auch hier sollte Anschlag an die Organisation Abhilfe schaffen. Zur Diensthöten-Konferenz wurden Frä. Heinrich und Frä. Förster gewählt und 26 neue Mitglieder dem Verein für die Interessen der Hausangestellten gewonnen.

Wie sie „Wohltäterin“ wurde.

Sommer- und Herbstferien waren zu Ende. Verschiedene Bäder nach einander hatten die Ehre, die Gattin eines der Inhaber der ersten Kaufhäuser der Hauptstadt zu beherbergen. Jedes Aurochth sah die „gnädigste Frau“ ungenügend scheiden. Frau Pettrig gehörte immer zu den bestzahlenden Gästen. — Ihren Zweck hatte sie erreicht, einestheils war man über die Langeweile hinweggekommen, und vor allem... die Kostüme „Original Paris“ hatten überall die gewünschte Bewunderung und den Reiz aller Weiblichkeit erregt. — In Ende! Das war traurig. Aber eigentlich, zuletzt hatte man es schon satt, auch dieses fing an, gleich einem Spinnwebwebe

Die Häden der Langeweile über ihrem Haupte zusammenzuheben: — Was nun?! — Es war noch keine rechte Stimmung für die Winterferien, — es war so ein Uebergangsdübel —, so nicht gar nicht, — wenn es doch erst so richtig kalt werden möchte! — Frau Grete Herrig gab dabei ihrem Schalkskohl, in dem sie zurüchelte, einen tüchtigen Ruck. Aber die Langeweile ließ sich nicht verschrecken. — Was konnte man jetzt nur in diesem öden Uebergangsstadium beginnen?! — Konzerte, Theater?, dazu war sie nicht recht in der Stimmung, teils aus Ueberfättigung, teils aus Langeweile, was sie interessierte, erst später. — Gibt es denn gar nicht einmal etwas anderes? — Ein Wagen hielt vor der Villa. Eine Karte wurde ihr überreicht: Frau Kommerzienrätin Bohm. Dies rüttelte Frau Grete aus ihrem lethargischen Behnusthücheln auf. Nur auf einige Augenblicke kam Frau Rätin Bohm, — um 6 Uhr mußte sie in der Sitzung sein. — „Sitzung?“ Frau Grete horchte gespannt, „dort ich fragen woher und wozu?“ — „Eine Wohltätigkeitsgründung, zum Zwecke von Weihnachtsgeschenken, und späterhin geplant eine Anstaltsgründung; ich bin im Ehrenkomitee neben den beiden Bankiers &, dem Herrn Stadtrat M., Frau v. L. und Fräulein v. J. ...“ In Frau Herrig pulsierte es schneller: das war doch mal was anderes. „Wie kann man sich daran beteiligen?“ — „Um ins Ehrenkomitee zu kommen und Zutritt zu den Sitzungen zu haben, muß man mindestens 1000 Mark zeichnen. ...“ — „Werden diese Eintragungen veröffentlicht?“ — „Ja, in allerhöchster Zeit erscheint der erste Bericht.“ Frau Grete Herrig besann sich nicht lange, — dann würde ihr Gatte die 1000 Mark bewilligen. Nach fünf Minuten brachte der Wagen der Frau Kommerzienrätin Bohm die beiden Damen zur Sitzung und die Hauptstadt zählte von nun an eine eifrige Wohltäterin mehr.

Gerichts-Zeitung.

Die bedrohte Streifbroschüre.

Dem bekannten Bestreben der Justiz, die Interessen der Arbeitswilligen zu schützen, sind wieder einmal zwei Arbeiter zum Opfer gefallen. Das Schöffengericht hatte den Tischler Pöble wegen Verleumdung eines Arbeitswilligen zu 80 Mark und den Tischler Karl Weber wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Am Mittwoch kam diese Angelegenheit in der Berufungsinstanz vor der fünften Strafkammer zur Verhandlung. Während der Polargarber-Aussprechung standen Pöble und Weber Streifposten. Ein Tischler, der das Fabriksgrundstück betreten wollte, wurde von ihnen auf die Ausspernung aufmerksam gemacht. Er rebete den Streifposten vor, er wolle nur die Bedürfnisanstalt aufsuchen. Tatsächlich nahm er aber in dem gesperrten Betriebe Arbeit und wurde deshalb von den Streifposten nochmals um Solidarität ersucht, auch machte man ihm Vorhaltungen darüber, daß er gelogen habe und seiner Versicherung entgegen zum Streifbroscher geworden sei. Wie die Angeklagten versichern, haben sie in durchaus einwandfreier Weise mit dem Arbeitswilligen verhandelt und sich jeder Verleumdung oder Drohung enthalten. Der angeklagte Pöble und Weber sprechen der Schnapsflasche stark zu, er möge sie im Zustande alkoholischer Trübung seiner Sinne mit anderen Leuten verwechselt haben, die vielleicht etwas mit ihm vorgehabt hätten. Daß ein Irrtum des Arbeitswilligen sehr wohl möglich sei, wurde durch die Aussage eines Zeugen glaubhaft gemacht, der von dem angeklagten bedrohten Arbeitswilligen, mit dem er nie etwas zu tun hatte, auf der Straße verfolgt und beschuldigt wurde, er habe den Arbeitswilligen beleidigt. Auch ein zweiter Arbeitswilliger will vom Angeklagten Weber bedroht worden sein durch die Bemerkung, er würde von einer Werkstatt zur anderen gehen, wenn er nicht die Arbeit niederlege. Das Gericht schenkte den Angaben der Arbeitswilligen vollen Glauben. Bei der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende, es sei ja eine bekannte Tatsache, daß Streifposten sich im Verkehre mit Arbeitswilligen nicht auf höfliche Reden beschränken, sondern sich im Eifer des wirtschaftlichen Kampfes sonst besonnenen Leute zu Verleumdungen und Drohungen hinreißen ließen. Die Freiheit des Arbeitsvertrages müsse energisch geschützt werden, nicht im Interesse der Unternehmer, sondern im Interesse der Arbeitswilligen. Pöble wurde wegen Verleumdung zu 80 Mark und wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu drei Tagen Gefängnis, Weber wegen zweimaligen Vergehens gegen § 153 zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt.

Wann der Staatsanwalt „im öffentlichen Interesse“ anklagt?

Während sonst stets Arbeiter angeklagt werden, wenn sie jemanden zwingen wollen, einem Verband beizutreten, handelte es sich gestern um eine Anklage, weil der Verband ein Mitglied nicht aufnehmen wollte. Der Sachverhalt war folgender: Der Xylograph Reinhard bewarb sich um Aufnahme in den Chemigraphenverband, Sektion des Senefelderbundes. Er wurde nicht aufgenommen. Daraufhin stellte Reinhard Strafantrag wegen Verleumdung 1. gegen den Chemigraphen Schwerdtner, 2. Xylographen Frankenheim, 3. Xylographen Gebr., weil diese angeblich in beleidigender Weise gegen seine Aufnahme gesprochen, ihm Liebedienerei vorgeworfen und behauptet hätten, er sei unwürdig, in den Verband aufgenommen zu werden und habe eine mehr als zweifelhafte Vergangenheit. Der Staatsanwalt erhob öffentliche Anklage. Die Angeklagten bestritten, die beleidigenden Worte gesagt zu haben, weiter verteidigten sie sich damit, daß sie gegen die

Aufnahme des Reinhardt gewesen wären, weil er einmal bezüglich seiner Vorbildung den ausdrücklichen Bestimmungen des Tarifvertrages nicht genügt hätte, sodann hätten sie aber auch gegen seine Person Bedenken gehabt. Reinhardt sei früher Mitglied des Xylographenverbandes gewesen, habe sich zunächst von diesem 450 M. geborgt. Später (allerdings nach Bezahlung der Schuld) sei er aus dem Verband ausgestiegen, da dieser sozialdemokratische Tendenzen gezeigt habe, darauf sei er unorganisiert gewesen, habe sich dann um Arbeit gemeldet, als ihn die betreffende Firma nicht habe annehmen wollen und können, solange er nicht organisiert sei, habe er sich an den Chemigraphenverband, der bezüglich seiner Tendenzen noch schärfer als der Xylographenverband sei, um Aufnahme gewandt. Nun habe Schwerdtner allerdings gegen Reinhard Aufnahme gesprochen und dessen gewerkschaftliche Vergangenheit als zweifelhaft bezeichnet. Gebr. und Schwerdtner als Vorstandsmitglieder des Verbandes, Frankenheim als dessen Mitglied nehmen weiter § 193 Str.-G.-B. für sich in Anspruch. Reinhardt behauptet, die Angeklagten hätten die Worte, die ihnen zur Last gelegt sind, gesagt. Gebr. habe ihm Liebedienerei vorgeworfen, weil er einmal ein Kaiserbild angefertigt und dafür einen Orden erhalten hätte. Der Zeuge fügte hinzu: Darin sehe ich eine Majestätsbeleidigung. Zeuge mußte als richtig zugeben, was oben von seiner gewerkschaftlichen Vergangenheit gesagt ist. Reinhardt behauptete, von den Angeklagten gebraucht zu sein.

Der Anwalt beantragte Freisprechung, da nicht feststehe, daß die Angeklagten die inframinierten Worte gesagt hätten.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, verlangte Freisprechung vor allem aus § 193. Die Angeklagten hätten das Recht und die Pflicht, den Zeugen, dessen Verhalten der Verteidiger eingehend beleuchtete, nicht aufzunehmen, da sie aus seinem früheren Verhalten mit Recht den Schluß zogen, daß er die Gewerkschaft nur als Versorgungsanstalt betrachte.

Das Gericht gelangte zu kostenloser Freisprechung. Es sei nicht festgestellt, daß die inframinierten Worte gefallen sind. Aber auch wenn sie gefallen wären, hätten die Angeklagten sich nicht strafbar gemacht. Ihnen steht, wenn sie einen ihnen nicht geeignet erscheinenden Menschen von der Organisation fernhalten wollten, der § 193 zur Seite. Die der Form nach nicht beleidigenden Äußerungen seien also zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht.

Krabbelnde Stadtväter.

Recht heiter geht es zuweilen im Stadtverordnetenkollegium des Städtischen Landberg bei Halle her. Am 29. Juni hielt der liberale Stadtverordnete Schneidermeister Janke eine etwas oppositionelle Rede und sagte dabei, daß es gar nicht schön sei, wenn er immer allein Opposition machen müsse; die anderen Stadtväter sähen immer mit den Händen in den Hosentaschen dabei. Diese Rede wurde beanstandet von den Zuhörern anwesenden Arbeiter Vude u. a. dem Ruf: „Ja, sitzen dabei und krabbeln sich am — umher.“ Stadtv. Janke bemerkte darauf spöttisch, daß und wo Stadtv. Vude sich krabbeln, dürfe man nicht sagen. Vude wiederholte aber die Redensart zweimal. Große Heiterkeit erregte es am Dienstag vor dem Schöffengericht in Halle, daß die Stadtväter sich wegen des Rufes vom Krabbeln beleidigt fühlten. Arbeiter Vude wurde zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

„Billiger können wir es leider nicht machen.“

Vor dem Stolper Schöffengericht stand dieser Tage der Bäckermeister Schmidt unter der Anklage, in drei Fällen schulpflichtige Kinder beschäftigt zu haben. Das Gericht verurteilte ihn zu insgesamt — 5 M. Dabei fiel vom Richterisch die Äußerung: „Billiger können wir es leider nicht machen.“

Wald daraufnahmen ein Rauchergeresse und ein Tischlergeselle auf der Anklagebank Platz. Sie hatten einen Tischlermeister um Arbeit angeprochen und hatten dessen Aufforderung, den Hofraum zu verlassen, nicht befolgt. Strafe: Wegen jeden Angeklagten eine Woche Gefängnis.

Der Siebenlehner Bürgermeister.

Die durch den Prozeß gegen die Siebenlehner Feuerwehr weit bekannt gewordene Ordnungssüßhe, der frühere Bürgermeister von Siebenlehn Barthel, wurde vom Landgericht Freiburg am Dienstag wegen Urkundenfälschungen usw. zu 7 Jahren Zuchthaus, gestrichen wegen Betrugs und Untreue im Amt zu noch 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Diese 3 Jahre Gefängnis wurden in eine Zuchthausstrafe von 6 Monaten Zuchthaus verwandelt, so daß der Bürgermeister insgesamt 7 1/2 Jahre Zuchthaus abzulösen hat. Außerdem wurde auf 8 Jahre Ehrverlust erkannt.

Verfassungen.

Die Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes hielt am Donnerstag im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre Generalversammlung ab. Die der Bevollmächtigte Klar mitteilte, konnte dem Wunsche, an diesem Tage des Jahlabends wegen keine Versammlungen abzuhalten, nicht mehr entsprechen werden, da die Generalversammlung schon vordem einberufen war und dann nicht mehr abgefragt werden konnte. Um den Mitgliedern Kenntnis von der in den Jahlabenden vorliegenden Sache zu geben, hatte die Ortsverwaltung neben dem Geschäfts- und

Kassenbericht auch den Wohlstand des Warenhauses Jandorf auf die Tagesordnung gesetzt.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Bevollmächtigte gab, ging hervor, daß die Tätigkeit innerhalb der Zahlstelle im verflohenen Quartal zu guten Erfolgen für die Organisation geführt hat, was sich unter anderem darin zeigt, daß, trotz des andauernden schlechten Geschäftsganges in der Buchbinderei wie in den anderen Branchen, die Mitgliederzahl gestiegen ist. In der Buchbinderbranche haben 14 Verhandlungen mit Prinzipalen stattgefunden, wobei es sich teils um tarifmäßige Bezahlung, teils um Heimarbeit, teils um Mängelregelung oder andere Streitigkeiten handelte. Außerdem hat die Tarifkommission sowie das Tarifschiedsgericht eine Reihe von Sitzungen abgehalten und Verhandlungen mit Prinzipalen gepflogen. Es kommen eben immer wieder Tarifverletzungen vor, die ein Einschreiten dieser Körperschaften notwendig machen. Der Redner schilderte ferner die Tätigkeit der Organisation in den übrigen Branchen, wies auch auf den Tarifabschluß in der Eisindustrie hin sowie auf die Tarifverhandlungen in der Kartonbranche, die, obwohl bisher erfolglos, nicht erlahmen werden, zumal ja die Gruppe der Kartonnier schon seit Jahren die Vorteile eines Tarifvertrages genießt. Sodann berichtete der Redner von einer Versammlung der Arbeitslosen, die zur Folge hatte, daß jetzt bei der Arbeitsvermittlung Karten ausgedoben werden, die als Erkennungszeichen dafür dienen, daß die neuangestellten Arbeitskräfte auch tatsächlich durch den paritätischen Arbeitsnachweis vermittelt wurden, und nicht etwa auf anderem Wege, durch Umhauen, ihre Stellung erhalten haben. Zur Verrückung der inneren Zwischigkeiten in der Organisation hat eine Einigungs-konferenz stattgefunden. Sie führte auch zur Einsetzung einer Kommission von je fünf Vertretern der verschiedenen Branchen, welche eine Revision des Ortsstatuts vorzubereiten soll, über die dann eine außerordentliche Generalversammlung zu entscheiden hat. Außerdem verlas der Redner ein Schreiben der Gewerkschaftskommission, in dem mitgeteilt wird, daß diese Kommission Paul Jahn als Delegierten der Buchbinder nicht anerkannt habe, weil er nicht politisch organisiert sei. Auf Antrag Jahns hat dann die Ortsverwaltung die Gewerkschaftskommission ersucht, ihn selbst über diesen Punkt zu hören. Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission hat jedoch geantwortet, daß die Kommission nicht beauftragt sei, Nachforschungen über die Frage anzustellen, und es Sache Jahns sei, sich an die maßgebenden Parteinstanzen zu wenden. Schließlich teilte der Redner mit, daß die Umfrage über die Staffelleistungen ergeben hat, daß die Mehrzahl der Mitglieder sich für die höchsten Beitragsklassen erklärte und 600 Mitglieder der Zahlstelle sich bereit erklärten, die Beiträge zu der nicht obligatorisch eingeführten Invalidenunterstützung zu zahlen. Ihre Zahl wird aber noch wachsen.

Der Kassenbericht lag verhältnismäßig vor. Die Abrechnung der Zentralkasse schließt mit der Bilanzsumme von 23 928,38 M. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte die außerordentlich hohe Summe von 8997,20 M., von der 7540,20 M. auf die männlichen Mitglieder kommen. Die Krankenunterstützung kostete 1662,30 M. Die Abrechnung der Lokalkasse ergibt, daß sich der Bestand dieser Kasse seit dem 1. Juli 1907 von 20 111,80 M. auf 38 596,04 M. erhöhte. Der Lokalkassenschlag zur Arbeitslosenunterstützung erforderte die Summe von 1150,25 M.

Der Bericht vom Arbeitsnachweis, der ebenfalls verhältnismäßig vorlag, zeigt, daß die Zahl der Arbeitslosen von Monat zu Monat gestiegen ist, daß dagegen die sonst um diese Jahreszeit einsehende Steigerung des Stellenangebots viel zu wünschen übrig ließ. Männliche Arbeitslose meldeten sich im Juli 220, im August 225 und im September 266; verlangt wurden im Juli 112, im August 127 und im September 174; besetzt wurden von den im ganzen 418 Stellen 326. Daß eine ziemlich große Zahl der Stellen unbesetzt blieb, ist, wie der Arbeitsvermittler Krieger ausführte, darauf zurückzuführen, daß häufig erbärmliche Löhne geboten wurden. Weibliche Arbeitslose meldeten sich im Juli 144, im August 190, im September 210; verlangt wurden im Juli 112, im August 127, im September 174; besetzt wurden von den 689 Stellen 405. Daraus, daß eine so große Zahl dieser Stellen unbesetzt blieb, ist zu einem guten Teil die Zersplitterung im Anstaltenwesen schuld. Arbeiterinnen, die in Buchdruckereien gearbeitet haben, treten nicht gern in Buchbindereien über, weil sie dadurch der Rechte verlustig gehen, die sie als Mitglieder der Buchdrucker-Kassen erworben haben.

Den Bibliotheksbericht gab der Bibliothekar Schmidt. Die Zahl der Bücher ist von 1872 auf 1885 gestiegen. Die Bibliothek wurde im Laufe des Quartals 550 mal von männlichen und 309 mal von weiblichen Mitgliedern benutzt. In der Diskussion erhob Jante allerlei Beschuldigungen gegen Vorstandsmittelglieder und besonders gegen Eugen Bräuner. Das führte zu persönlichen Reibereien und dann zum Ausschluß Jantes aus der Generalversammlung.

Hierauf berichtete Bräuner über die Umstände, die zum Wohlstand des Warenhauses Jandorf und des Kaufhauses des Westens geführt haben, und forderte im Namen der Ortsverwaltung die Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß von Arbeiterfamilien in diesen Geschäften keinerlei Waren mehr gekauft werden, bis die Verhältnisse geregelt sind.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Friseurmacher-Gesellschaften. Berlin. Heute abend 10 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokale Dirlenstraße 46, Restaurant Begner.

War den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 31. Oktober. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Der Evangelmann.
Königl. Schauspielhaus. Hamlet. Deutsches. Romeo und Julia. Kammerstücke. Liebes. Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Die große Gemeinde.
Neues königl. Opernhaus. Der schwarze Domino. Fessing. Tom anders Wer. Schiller O. (Wagner-Theater.) Ritterstraße.
Schiller Charlottenburg. Der mannschlacht.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Waterkant.
Berliner. Die Börse.
Neues. Die Waffen wieder!
Kleines. Maria Magdalene.
Central. Unsere blauen Jungens.
Lortzing. Hans Heiling.
Theater an der Spree. Der Aktienbroscher.
Residenz. Gang der Papa. Komische Oper. Aeliane. Wesen. Die lustige Witwe. Lustspielhaus. Hufarenreiter.
Trianon. Fräulein Josefine — meine Frau.
Thalia. Ihr sechs Uhr-Untel.
Thalia. Hoffmanns Erzählungen.
Bernhard Rofe. Othello.

Metropol. Das muß man sich'n. Apollo. Schwester Schaffer. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Hollies Caprice. Geteilte Liebe. Casino. Die wilde Jagd. Gebr. Herrnsfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Rechtleben. Pasinge. Danny Gärtler. Spezialitäten.
Theater. 3 Lorde. Wintergarten. Ruff St. Denis. Spezialitäten.
Palast. Tante Nalphen. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Säger. Urania. Fandenkreise 18. 19. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Sternwarte. Judasbrenner. 57/62. Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelstern, Nebelkette.

Ferdinand Honns Berliner Theater.

Zum ersten Male:
Die Börse.
Schauspiel in 4 Akten von Friedrich Volfs-Begner.
Freitag, Sonnabend, Sonntag: Die Börse.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr: Agnes Sorna.
Maria Magdalene.
Freitag: Ein idealer Gatte.
Sonnabend 8 Uhr: Ein Puppenheim.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Vater und Sohn. Abends 8 Uhr: Ein Puppenheim.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Waffen wieder!
Freitag zum 25. Male: Die Waffen wieder!
Sonnabend: Die Waffen wieder!

Theater des Westens.

8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Frühlingsluft.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Abends 8 Uhr.
Waterkant.
Freitag: Väterchen.
Sonnabend: Waterkant.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Winterkälte. Abds. 8 Uhr: Die Nibelungen.

Lortzing-Theater.

Abends 8 Uhr:
Hans Heiling.
Freitag: Lindne.
Sonnabend: Hans Heiling.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Lindne.
Abends 8 Uhr: Hans Heiling.

Residenz-Theater.

8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Ganz der Papa.
Schwan in 3 Akten von Mars und Desavallores. Deutsch v. R. Schnau. Baron des Anbals: R. Alexander.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte. Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelstern, Nebelkette.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Hufarenreiter.
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Freitag: Gastspiel Adalb. Matkowsky. Das Leben ein Traum.
Sonnabend, 4 Uhr: Hufarenreiter.
Abends: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag, 3 Uhr: Das Leben ein Traum.
Abds.: Berlin wie es meinet und lacht.
Montag: Berlin wie es meinet und lacht.

DERNHARD ROSE THEATER

Or. Brankfurterstr. 132.
Othello.
Anfang 8 Uhr.
Börsenagendpreis.
Freitag: Sore-Wedner. Sonnabend: Sore-Wedner. Nachmittags 4 Uhr: Abendvorstellung: Rofschoppen.

Trianon-Theater.

Fräulein Josefine — meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Theater an der Spree

Köpenickerstraße 68.
Anf. 8 Uhr. Tägl. stürmische Heiterkeit. Alt-Berliner Vögel:
Der Aktienbroscher.
Am Stil der fünfziger Jahre. — Josefina Dora als „Karlina“.

Theater Folies Caprice

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
● **Geteilte Liebe** ●
Antiquitäten — Bunter Teil.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, den 2. November: **Premiere**
● **Rabbi Meseritsch.** ●

Theater des Zentrums.

Sophien-Str. 17/18.
Bis früh um fünf
v. Stren u. Vipschütz, Musik v. B. Linde.
Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

Kasino-Theater.

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Biederleute.
Komödie in 4 Akten v. Roh. Misch.
Sonntag 4 Uhr: Die wilde Jagd.

Stadt-Theater Moabit.

Moabit 47-49.
Donnerstag, den 31. Oktober 1907:
Die Bettlerin und ihr Kind.
Charakteristisches Schauspiel in fünf Akten von Jul. Reihner.
Nach der Vorstellung: Großer Ball. Anf. 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
Dorf und Stadt.
Schauspiel in 5 Akten v. Dirch-Bieffer.
Anfang 8 Uhr.
Freitag zum ersten Male:
Die Kameliendame.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Säger.
Britton als Kute im Familienbad Wannsee.
Anf. Bochm. 8. Sonntag 7 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Reiterattache.
Schmant in 3 Akten, von Stobizer
und Fritz Feidmann-Frederich.
Freitag, abends 8 Uhr:
Reiterattache.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Hermannschlacht.
Ein Drama in 5 Aufzügen von
Heinrich v. Kleist.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Hermannschlacht.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Reiterattache.

Schiller-Saal (Schiller-Theater)
Charlottenburg
Freitag, abends 9 Uhr: Vortrag Dr. Paul Ertel: Georges Bizet.
Erläutert durch Instrumentalmusik. Fünftes Vortrag des Zyklus „Komponisten der Neuzeit“.
Sonntag, abends 8 Uhr: Ernst v. Wildenbruch-Abend.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Sonntag, den 3. November, 1/2 8 Uhr:

Kunst-Abend.
Leitung: Margarete Walkotte.
Mitwirkende:
Emil Richard, königl. württemberg. Hofschauspieler,
bedeutendster Dialekt-Humorist der Jetztzeit.
Kan Arpad, der 19-jähr. Violinvirtuos. Fr. Dibbern, Konzertsängerin. **Marg. Walkotte**, Flügel: Herr Bernh. Nitzsch.
Entree 60 Pf. im Vorverkauf bei Hrn. Horsch, Engel-Ufer 15.
Abendkasse 75 Pf. 298b*

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Donnerstag, den 31. Oktober,
abends präz. 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung!
U. a.: Mons. Gus. Harris!
Kanonenkönig,
fängt eine 25 kg schwere Granate
aus einem Geschütz mit
der Hand auf.
Herr Burkhardt - Fotist, Schulreiter.
Mlle. Fedora, Schulreiterin.
Fr. Meta, Reitkünstler.
Um 1/2 10 Uhr:
Auf der Hallig.
Hiesigen Illusions-Akte
unter Wasser.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Zum letzten Male!
Die Attraktionen des großen
Oktober-Programms.
9 1/2 Uhr: Berlins größte Sensation:
Sylvester Schäffer jr.
der weltberühmte Universalkünstler.

Metropol-Theater
Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)
von J. Freund. Musik von Viktor
Hollander. In Szene gesetzt
von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher a.D., F. Massary
B. Darmand a.D. E. Whithney,
Bender, Giampietro, Josephi
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 3. November,
nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Rixdorfer Theater
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
Sonntag, den 3. November:
Gastsp. des Opernensembles A. Below:
Der Zigeunerbaron.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Anfang 7 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 10.
Das Rätsel seiner Ehe.
Schausp. n. d. Roman d. B. Morgenstern.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Chren- und Vorzugskarten gültig!
Sonnabend, den 2./11.: Zum 1. Male:
Marie, die Tochter des Regiments.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal Tor.
Nur noch heute:
Das grandiose Oktober-Programm
Anfang 8 Uhr.
16 arabische 16
12 Springen 12
12 erstklass. Spezialitäten 12
Freitag, den 1. November:
Vollständig neues Programm.
Zunel: Doppel-Koncert.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Buddenhagen
Moritzplatz
im Theatersaal täglich
Das
neue Oktober-Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonntag 7 Uhr. (Sonntags
reserviert 1 Kr., Entree 50 Pf.)
Familienbillets 40 Pf.
Unten
täglich **Militär-Konzert.**
Beder, Brzmann, Göttsch,
Reumann, Offenberg und Lüttich.

Zirkus Schumann
Heute, Donnerstag, 31. Oktober,
abends präz. 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Gala-Programm Wieder-
und
Auftreten d. Schul-
reiterin **Fr. Dora**
Schumann.
Ferner: Zum letzten Male:
Die großartigen
Oktober-Spezialitäten.
Um 9 1/2 Uhr:
Die diesjährige große Wasser-
pantomime. Eine Fortsetzung
der lustigen Heidelberger.
Ein Fest
auf dem Neckar
mit sämtlichen neuen Einlagen.

WINTERGARTEN
Anfang 8 Uhr.
Letzte Vorstellung
Ruth St. Denis
Glänzendes Programm.

Passage-Theater.
Heute
letzter Tag
des
großartigen
Oktober-Programms.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Letzter Tag
des
Oktober-Spielplans.
Freitag, 1. November,
8 Uhr:
Premiere
des
November-Programms.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.
Die erfolgreichsten
Lach- & Komödien
„seit 17 Jahren“
Madame Wig-Way
Operetten-Parade, Musik
von L. Thal.
Es lebe das Nachtleben!
Espace-Offiziere in 2 Akten.
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
und
Sahisch geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnfeld.

Freie Volksbühne
Freitag, 8 1/2 Uhr, **Undine** im Lortzing-Theater.
21. (I.) Abendabtlg.: **Undine.**
24. (IV.) Abteilung, **Undine.**
Freitag, 8. November, 8 1/2 Uhr:
23. (III.) Abendabteilung im Luisen-Theater,
Freitag, **Bartel Turaser.**
den 15. November:
24. (IV.) Abendabteilung, Freitag, den
22. November: **Bartel Turaser.**
III. Serie.
Otto Erich Hartleben:
Erziehung zur Ehe.
Komödie in drei Aufzügen.
IV. Serie.
Hans Heiling.
V. Serie.
Vor Sonnenaufgang.
Von Gerhart Hauptmann.
III. Nachmittags-Serie.
Das Tal des Lebens.
Von Max Dreyer.
IV. Serie.
Hebbels Judith.
Montag, den 25. November,
abends 8 1/2 Uhr:
25. Kunstabend:
Richard Wagner.
Mit besonderer Berücksichtigung seiner Opern.
Donnerstag, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
Vortrag Eduard Bernstein über **Bernhard Shaw.**
Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes vom 1. Quartal.
Bericht der Revisoren, Diskussion. Antrag der Ordner:
Für Kartenduplikate sollen die Verlierer kleine Entschädigung
an die Vereinskasse zahlen. Verschiedenes.
Der Eintritt ist Mitgliedern nur gegen Vorzeigung
der Mitgliedskarte gestattet.
230/13 Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

Haben Sie schon
die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Sanssouci Kotbuser-
Straße 6.
— Direktion: Wilhelm Reimer. —
Heute sowie jeden Sonntag
und Montag:
Hoffmanns World, Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Wir von der Kavallerie
Schwant mit Gesang.
Sonnt. Abg. 5, wochent. 8 1/2.
Norgen Freitag:
Berliner Volksbühne.
Zum 1. Male: Der ver-
lorene Sohn. Schauspiel.

Gegründet 1864.
Pelzwaren-Fabrik
S. Schlesinger
Neue Königstr. 21.
(Ordnungshaus.)
Kein Laden
II. Etage
Einzelverkauf
wie alljährlich
nach beendeter
Engros-Saison.
Pelz-Stolas,
Muffen etc.
zu fabelhaft billigen Preisen.
Reparaturen billigst.
Sonntags geöffnet.

Baubandwerker-Krankenkasse
für Berlin und Umgegend. Eingetragene Gießstraße Nr. 115.
Die Geschäftsstellen Westend und Schöneberg befindet sich jetzt
Elbholzstraße 16 bei Sander.
Der Vorstand.

Es - war - zu - voll,
um meine verehrte Kundschaft aufmerksam zu bedienen.
Ich bitte deshalb höflichst um Entschuldigung.
Um Gelegenheit zu geben, diese nie wiederkehrenden
Einkaufsvorteile zu benutzen, findet nur noch bis zum
2. November, abends 8 1/2 Uhr
der Verkauf von
ca. 1200 Abendmänteln in 4 Abteilungen
„ 1800 Uebergangsmänteln in 5 Abteilungen
„ 550 Mäntel in Plüsch u. Astrachan in 6 Abt.
statt.
Nur Neuheiten! prachttvolle Stoffe!
hochelegante, mittlere und einfache Genres!
Originalmodelle, Reismuster, Kopien selbst für allerstärkste
Figuren vorrätig.
Abt. 1 Abt. 2 Abt. 3 Abt. 4 Abt. 5 Abt. 6
früher M. 40 M. 68 M. 90 M. 180 M. 230 M. 300
jetzt „ 15 „ 22 1/2 „ 33 „ 55 „ 65 „ 82
Sämtliche Konfektion, Blusen, Röcke, Samtkostüme, braune Samt-
jackets, Pelz- und Plüsch-Konfektion in demselben Verhältnis ermäßigt.
Besuch möglichst vormittags erbeten, da nachmittags zu großer Andrang
und dadurch wegen Ueberfüllung öfter geschlossen werden mußte.
Hauptgeschäft:
W., Mohrenstr. 37a,
an den Kolonnen.
Fil.: O., Gr. Frankfurterstr. 115
an der Andreasstraße.
Konfektionshaus Westmann
(Ich bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten!)

Steppdecken
Spezialhaus
Emil Lefèvre,
Berlin Süd. Seit 1882
nur **Oranienstr. 158**
Unter- nirgends Filialen!
Gelegenheitskauf!
Bunt Cretonne Ersatz für 300
Deckbrett 300
Similiseide in den 5 25 750
Farben rot, blau, oliv 6 75 850
Wollatlas 150 250 350
Bunte Normal- Schlafdecken 150 250 350
Wolldecken ganz dick 300 400
Reisedecken (engl.) 8, 8, 10 m.
Pracht-Katalog mit ca. 600
Illustrat.
gratis und franko.

Möbelfabrik
Julius Apelt
6 Adalbert-Strasse 6
Südbahnhof Kottbuser Tor
(früher: Stallher-Strasse 6)

Damen-Konfektion
direkt aus der Fabrik.
Kein Laden!
Nach beendeter Engros-Saison
auch Einzelverkauf
enorm
billig
Uebergangs-
Paletots.
Capes
Abendmäntel
Kostüme
Kostüm-Röcke
Mädchen-
Paletots
Pelz-Stolas
Robert Baumgarten
Hausvogtei-Platz 11, I. Etage
(an der Jerusalemstraße).
Bei Vorzeigung dieses In-
sertes an der Kasse werden
5 Proz. Rabatt vergütet.
Auch Sonntags geöffnet!

Verein Berliner Hausdiener
Mitgliedschaft I
des Deutschen Transportarbeiter-
Verbandes.
Nachruf.
Unseren Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, daß die Kollegen
Emil Scranowitz
Gneisenaustr. 59,
Samuel Janutta
Bodestraße
verstorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigungen fanden Be-
reitheit. 76/3
Die Ortsverwaltung I.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schraubendreher
Max Jaekel
am 23. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Freitag, den 1. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes im
Kirdori, Hermannstraße, aus statt.
Kege Beteiligung erwartet
159/2 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-,
Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen
Deutschlands
Zahlstelle Groß-Berlin.
Am 28. Oktober verstarb nach
längerem Krankenlager unser Mitglied
Emil Bennert.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 31. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes
(Kirdori), Hermannstraße, aus
statt.
Kege Beteiligung der Mitglieder
erwartet
64/16 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 27. d. M.,
abends 8 Uhr, verstarb nach
langem schweren Leiden unser
inmigheliebter Sohn und Bruder,
der Reichsanfänger
Otto Fallmer
im vollendeten 21. Lebensjahre.
Dies zeigen mit der Bitte um
stille Teilnahme zugleich im
Namen der Hinterbliebenen er-
gebenst an
Louis Fallmer, Galtwitz.
Auguste Fallmer,
geb. Losenburg.
Die Beerdigung findet heute,
Donnerstag, den 31. Oktober,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle der Schönholzer Heide
aus statt.

Dankfagung.
Allen Freunden und Bekannten so-
wie Berufskollegen, die unserem Sohn
Alfred Rugenstein die letzte
Ehre erwiesen haben, sagen wir hier-
durch unseren herzlichsten Dank.
H. Rugenstein u. Familie.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2.5-7. Sonntags 10-12.2-1.

Zur Kommunalwahlbewegung.

Im zweiten Wahlkreis hatten unsere Genossen zum Dienstag zwei Kommunalwähler-Versammlungen einberufen. Eine nach der...

Die Versammlung bei Klemm diente der Agitation im 10. Kommunal-Wahlbezirk. Hier sprach Stadtverordneter Johannes Sassenbach über: „Stadtverwaltung und Volkswirtschaft.“...

Für den 11. und 12. Wahlbezirk wurde am Dienstag eine Versammlung im Saale Raungrasse 27 abgehalten. Der Besuch war gut und das Interesse, welches die Zuhörer dem Vortrage des Genossen Borgmann entgegenbrachten, ein ungeteiltes.

Eine Versammlung für den 22. und 23. Bezirk fand am Dienstag unter zahlreicher Beteiligung in Böllers Saal in der Weberstraße statt. Als Referenten traten die Genossen Wasner und Bengels auf, die in den beiden Bezirken wieder zur Wahl stehen.

Für den 34. Bezirk war eine Wählerversammlung nach den Verolino-Festtagen in der Schönhauser Allee einberufen. Unter den zahlreichen Besuchern befanden sich auch viele Frauen und aufmerksam folgten die Versammelten dem Referat des Genossen Ritter, der ein Bild von den Aufgaben der Kommune im...

Im 36. Bezirk war die Wählerversammlung, die im Söwinländer Gesellschaftshaus stattfand, recht gut besucht. Genosse Glöck trat als Redner auf und beleuchtete die Ungerechtigkeit des bestehenden Wahlsystems, welches für die arbeitenden Klassen schwere Nachteile bringt.

Im 32. Bezirk, der Versammlung bei Dose in der Brunnenstraße, gab der Genosse Leid in seinem Vortrage kräftige Anregung zum Wahlkampf. Stark betonte er, gestützt auf eine Fülle beweiskräftiger Tatsachen, den klaffenden Gegensatz zwischen dem Streben der Sozialdemokratie für das Wohl der Allgemeinheit, der großen Masse der Bevölkerung, und der Interessenvertretung der Kleinen, aber auf Grund des schändlichen Wahlsystems übermächtigen Gruppe von Hausbesitzern und Reichen.

In der Versammlung für den 48. Bezirk im Saale des Bernhard-Rose-Theaters sprach Genosse Dupont. Auch in den Bezirken, die uns am sichersten erscheinen, müssen die Parteigenossen ihre ganze Kraft einsetzen, sagte er unter anderem. Es gälte nicht nur wiederum zu siegen, sondern die Stimmengahl für den bisherigen Vertreter des Bezirks, den Genossen Wura so viel wie nur irgend möglich zu erhöhen.

kann; sie wollten eben nur den Zeitpunkt unseres Sieges hinausschieben. — In diesem Zusammenhang schilderte der Redner die Schmach des Dreiklassen-Wahlrechts in Gemeinde und Staat, wie die darauf beruhende Interessenwirtschaft der Hausbesitzer und reichen Leute im Stadiparlament mit ihren kroffenen Auswüchsen. — Können wir unter dem herrschenden Wahlsystem auch nicht die Mehrheit in der Gemeindevertretung gewinnen, so müsse man doch immer wieder mit aller Macht einen Keil in die Interessensclique treiben. —

44. Kommunalwahlbezirk. In Moabit werden die Konservativen mit Eifer und Inbrunst um die Stimmen der Wähler dritter Abteilung. Sie geben sich der fröhlichen Hoffnung hin, der Sozialdemokratie diesmal die Kommunalwahlbezirke 44 und 45 wieder entreißen zu können. Daß aber auch unsere Genossen dort nicht lässig sind, das zeigte sich am Dienstag in einer für den 44. Kommunalwahlbezirk veranstalteten Wählerversammlung (Moabiter Brauerei, Turmstraße), die recht gut besucht war und sehr anregend verlief. Stadtverordneter Genosse Theodor Fischer, der über die Bedeutung dieser Wahlen referierte, sprach die Erwartung aus, die werttätige Bevölkerung des 44. Wahlbezirks werde nicht sich durch die schlingelnden Versprechungen der Konservativen irre machen lassen, sondern den bisherigen Vertreter des Bezirks — den Stadtverordneten Genossen Theodor Glöck — aufs neue ins Stadiparlament entsenden. Der Referent zeigte, daß das Wort des konservativen Professors Adolf Wagner, durch welches Berlin als die in Fragen kommunaler Sozialpolitik rückständigste Stadt der Welt gekennzeichnet werden sollte, leider nicht unzutreffend ist. Doch Fischer stellte auch fest, daß derselbe Wagner jenem Wort das offene Bekenntnis hinzugefügt hat, für das allgemeine gleiche Wahlrecht könne er, der konservative Herr Professor, sich nicht erwärmen. Gerade das Dreiklassenwahlrecht des Gemeindevahlrechts, das Herrn Wagner so sehr zu gefallen scheint, verschafft ja in Berlin die Herrschaft über die Gemeinde jenem Kommunalparlament, der es verschuldet hat, daß die Reichshauptstadt zur „rückständigsten Stadt der Welt“ geworden ist. Die Arbeiterklasse fordert für die Kommunalwahlen das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht, weil nur hierdurch der werttätigen Bevölkerung die ihr zukommende Vertretung im Stadiparlament und die gebührende Wahrnehmung ihrer Rechte gesichert wird. Die Arbeiter Berlins wissen, daß die freisinnige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung oft genug sie schände betrogen und verraten hat, und daß sie es noch schlimmer getrieben hätten, wenn nicht Sozialdemokraten ihr entgegengetreten wären. Der Referent wies das nach an zahlreichen Beispielen aus den verschiedensten Gebieten unserer Stadtverwaltung. Das Interesse auch derjenigen Bevölkerungsschicht, auf die die Konservativen für die Wahlbezirke dritter Abteilung rechnen, der kleinen Gewerbetreibenden und kleinen Beamten, fordert die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts, an dem die Konservativen nicht rütteln lassen wollen. Auch diese Volksschicht leiden ja unter der kommunalen Rührwirtschaft; auch ihre Ansprüche auf bessere Ausgestaltung z. B. des Volksschulwesens, der öffentlichen Krankenpflege usw. werden vom Rathausfreisinn verachtet; auch sie müssen wünschen, daß ein Ende gemacht werde der freisinnig-haus-agrarischen Interessenspolitik, durch die z. B. die Verteuerung des Wertzuwachses der Grundstücke und die Erschließung einer sehr notwendigen neuen Einnahmequelle verhindert worden ist. — Dem Vortrage folgte eine lebhafteste Diskussion, in der einige Genossen mitteilten, welche Erfahrungen sie am Tage vorher in der Versammlung der Konservativen Moabits gemacht hätten. Dort war gleichfalls zugegeben worden, daß die Konservativen das Dreiklassenwahlrecht nicht beseitigt zu sehen wünschen. Der kleinen Gewerbetreibenden hatte in jener Versammlung Herr Popierich sich angenommen, den die Konservativen im 44. Bezirk unserer Genossen Theodor Glöck entgegenstellen. Dieser angebliche „Kaufmann“ Popierich ist in Wirklichkeit Grundstücksvermittler. Da ist sein Gewerbe am einträglichsten, wenn der Grundstücksbesitzer floriert, der die Hauspreise hinaufreibt und die Wohnungen- und Ladenmieten verteuert. Einen solchen Mann empfehlen die Konservativen den Wählern dritter Abteilung! Mit Recht hob der Leiter unserer Versammlung in einem Schlusswort hervor, daß Wähler dritter Abteilung Verrat an der eigenen Sache begehen, wenn sie ihre Stimme einem anderen geben als dem Kandidaten der Sozialdemokratie.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Achtung, Kommunalwähler des vierten Bezirkes! Am Freitag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Saale von Schulz, Kaiser-Friedrichstr. 24, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der die Kandidaten des vierten Bezirkes, die Genossen Fritz Bietsch und Alfred Will über: „Die Sozialdemokratie in der Gemeinde“ referieren werden. Genossen! Sorgt für einen zahlreichen Besuch dieser Versammlung.

Schöneberg. Parteigenossen! Heute abend 7 1/2 Uhr gelangt in den Bezirken, in denen Stadtverordnetenwahlen stattfinden, ein Flugblatt zur Verbreitung. Es ist Ehrenpflicht jedes Genossen, sich zu dieser Arbeit bereitwillig zur Verfügung zu stellen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Rotbremse!

Wann darf ein Fahrgast der Eisenbahn die Rotbremse ziehen? Die Vorschrift lautet: Nur in Fällen dringender Gefahr. Aber welche Gefahr gilt als so dringend, daß die Rotbremse gezogen werden darf? Und wer hat im Augenblick der Gefahr darüber zu entscheiden, ob sie dringend genug ist?

Ein Herr Lesch hat am Montag den Schöffen der 154. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte diese Frage zu beantworten gegeben. Er hatte am 11. August mit einem Moabiter Arbeiter-Gefangenen in Begleitung seiner Familie einen Ausflug gemacht und war von Spandau aus am Abend um 1/2 11 Uhr nach Berlin zurückgefahren. Als er auf Bahnhof Pultitzstraße mit den Seinen aussteigen wollte, ergab sich, daß die Tür sich nicht öffnen ließ. Nebenbei bemerkt: auf Bahnhof Spandau war rechts eingestiegen worden, auf Bahnhof Pultitzstraße mußte links aussteigen werden. Auch die Bemühungen einiger hilfsbereiter Männer, vom Perron aus die Tür zu öffnen, fruchteten nichts. Um keine Zeit zu verlieren, schickten die Fahrgäste sich an, in das Nebencoupe hinüberzuleitern — der Wagen war von alter Bauart, die Coupes waren durch halbhohle Scheidewände getrennt — und suchten von dort aus das Freie zu gewinnen. Schon war ein achtjähriges Kind der Familie L. durch das Fenster auf den Perron hinausgehoben worden, da setzte der Zug sich in Bewegung. L. und seine Frau waren aufs Häßste erschrocken. Sie fürchteten, daß das sehr kurzfristige Kind, das am späten Abend auf dem halbdunklen Perron im dichten Gewühl zurückblieb, zu Schaden kommen würde. Dem Stationsvorsteher riefen sie zu, den Zug noch einmal halten zu lassen, doch der achteste

ihrer nicht. In raschem Entschluß zog L. die Rotbremse, weil die Gefahr, in der er sein Kind sah, ihm dringend genug schien. Der Zug stand, L. meldete sich dem herbeieilenden Zugführer, dieser öffnete die Tür, und die Familie stieg aus. Kein Beamter machte den Versuch, den Namen L.s festzustellen, aber L. selber begab sich zum Vorsteher und trug den Sachverhalt in das Beschwerdebuch ein. Zwei Wochen später kam vom Vorstand der Eisenbahn-Betriebsinspektion III die Antwort, die Tür sei unverschlossen gewesen, es sei aber beim Einsteigen in Spandau eine Gardine eingeklemmt worden, deshalb habe die Tür sich nur mit einiger Anstrengung öffnen lassen. Daß in Spandau auf der anderen Seite eingestiegen worden war, sahien die Betriebsinspektion nicht zu wissen. L. habe, so wurde weiter ausgeführt, die Möglichkeit gehabt, durch das Nebencoupe den Zug zu verlassen, mithin habe kein Grund vorgelegen, den Zug halten zu lassen; die Sache müsse daher „verfolgt“ werden. In einem zweiten Schreiben der Betriebsinspektion wurde dann dem Beschwerdeführer eröffnet, die Rotbremse dürfe nur bei dringender Gefahr gezogen werden, um eine solche habe es sich aber nicht gehandelt, er werde also einen Strafbefehl kriegen. Dieser kam bald genug hinterher: er lautete auf 3 Mark. L. beantragte richterliche Entscheidung und stand nun am Montag vor Gericht. Eisenbahnbeamte und Fahrgäste waren als Be- und Entlastungszeugen geladen, aber es kam gar nicht erst zu ihrer Vernehmung. L. schilderte die Verwirrung, in die er beim Abfahren des Zuges geraten war, wies hin auf die Gefahr, in der das Kind seiner Rettung nach sich befand, und erklärte im übrigen, daß der Zugführer erst mit Hilfe eines Schlüssels die Tür geöffnet habe. Der Anklagevertreter erhob sich und beantragte, auf Beweisaufnahme zu verzichten und den Angeklagten — zu verurteilen. Dringende Gefahr habe nicht vorgelegen, mithin sei die Strafverfügung zu bestätigen. Und das Gericht — entschied so.

L. hat hiernach die 3 M. Strafe zu zahlen und muß auch noch die Kosten hinterherwerfen. Er weiß nunmehr, daß im Augenblick der Gefahr nicht die Fahrgäste darüber zu entscheiden haben, ob sie dringend genug ist. Wer sich oder andere in Gefahr glaubt, wird fortan die Vorrichtung gebrauchen müssen, zunächst mal ein Gutachten der zuständigen Justanz, d. h. des Zugführers über die Frage der Dringlichkeit dieser Gefahr einzuholen. Das ist selbstverständlich erst auf der nächsten Haltestelle möglich, wo man dann freilich keiner Rotbremse mehr bedarf.

Vom „Wohnungsüberfluß“ in Berlin.

Das Statistische Amt der Stadt veröffentlicht das Resultat der Erhebungen, die im Januar 1907 — wie alljährlich seit einer Reihe von Jahren — über die leerstehenden Wohnungen vorgenommen worden sind. Diefmal ergab sich, daß in ganz Berlin leerstanden: 13 107 Wohnungen, darunter 12 885 ohne Gewerberäume und 722 mit Gewerberäumen, außerdem 3618 Gewerberäume ohne Wohnungen. Das sind im ganzen 16 003 leerstehende Wohnungen usw. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Berlin Anfang 1907 rund 27 000 bebauten Grundstücke mit rund 600 000 Wohnungen usw. hatte.

Gegenüber dem Vorjahr ist wiederum eine Erhöhung der Zahl der leerstehenden Wohnungen usw. eingetreten. Dem Anfang 1906 waren nur 10 674 leerstehende Wohnungen ermittelt worden, nämlich 9926 ohne Gewerberäume und 748 mit Gewerberäumen, außerdem 3518 Gewerberäume ohne Wohnungen, also im ganzen 14 192 Wohnungen usw. Auffällig ist besonders die Zunahme der leerstehenden Wohnungen ohne Gewerberäume, von 9926 auf 12 885. Die Herren Hausbesitzer werden beim Anblick dieser Zahlen ein Häßliches erleben, aber sie haben wirklich noch keinen Grund, etwa von einem „Wohnungsüberfluß“ zu reden, der in Berlin bestehe. Es hat Zeiten gegeben, wo in Berlin noch sehr viel mehr Wohnungen leer standen. Gegenwärtig sind es erst wieder 2/3 Proz. aller Wohnungen usw. Im Jahre 1801, der Zeit fählfährsten Wohnungsmangels, waren es allerdings erheblich weniger, nur 1 Proz. Aber in der Mitte der 90er Jahre, war der Anteil der leerstehenden Wohnungen so hoch gewesen, daß er sich z. B. im Jahre 1895 sogar auf 7 Proz. stellte. So weit sind wir denn doch noch nicht wieder. Ein bestimmter Prozentsatz leerstehender Wohnungen usw. muß ja jederzeit vorhanden sein, wenn nicht bei der Wohnungssuche und bei unglücken arge Schwierigkeiten entstehen sollen.

Es muß übrigens hervorgehoben, daß das Gros der leerstehenden Wohnungen auf einige wenige Stadtteile entfällt, auf diejenigen, die bisher noch nicht voll bebaut gewesen waren, so daß dort noch Neubauten aufgeführt werden konnten. An den 12 885 leerstehenden Wohnungen ohne Gewerberäume ist beteiligt: der Gesundbrunnen allein mit 2590, der Wedding mit 1097, der nordwestliche Teil der Rosentaler Vorstadt mit 918, ihr nordöstlicher Teil mit 801 (beide Teile umschließen auch das Stadtviertel, das gewöhnlich als „Schönhäuser Vorstadt“ bezeichnet wird); ferner das Königsviertel mit 618, der östliche Teil des Stralauer Viertels in seiner nordöstlichen Hälfte mit 1547, in seiner südöstlichen Hälfte mit 686. Es entfallen also auf die Außenbezirke des Nordens, Nordostens und Ostens rund zwei Drittel aller leerstehenden Wohnungen. Desto geringer ist dafür die Zahl der leerstehenden Wohnungen in den anderen Stadtteilen: in dem ganzen Südosten, Süden, Südwesten, Westen und auch im Nordwesten kann von „Wohnungsüberfluß“ keine Rede sein. Wir wähen uns zwei Beispiele herausgreifen. Im Südosten, in der äußeren Luisenstadt, deren beide Teile auf zusammen etwa 2000 Grundstücken weit über 50 000 Wohnungen haben, standen Anfang 1907 nur 382 Wohnungen ohne Gewerberäume leer. Andererseits wurden im Nordwesten, in dem äußeren Teil Moabits, der auf rund 1000 Grundstücken rund 30 000 Wohnungen hat nur 307 leerstehende Wohnungen ermittelt. Und ähnlich sieht es aus in der Tempelhofer Vorstadt, in der Schöneberger Vorstadt usw.

Wer durch seine Erwerbstätigkeit genötigt wird, just in einem dieser ganz und gar nicht mit „Wohnungsüberfluß“ gesegneten Stadtteile Wohnung zu nehmen, der merkt sehr bald, wie sehr dort die Bitter die Situation auszunutzen versteht. Aber selbst in den neueren Stadtteilen, wo durch Neubauten das Wohnungsangebot über die Nachfrage hinaus gesteigert wird, fällt es selten einem Hausbesitzer ein, sich mit seinen Mietforderungen danach zu richten. Die meisten Hausbesitzer lassen lieber ihre Wohnungen bis auf weiteres leerstehen, als daß sie sich zu unrentablen Mietverhältnissen bequemen.

Von der Schwebelbahn-Probefahrt ist jetzt die erste Eisenfähre in der Brunnenstraße nahe der Invalidenstraße aufgerichtet worden. Jehu Meter hoch erhebt sich der eiserne Säulenschaft zwischen den Weisen der Straßenbahn, die, wie gemeldet, den Samalbahnhofeileiten ein wenig Platz machen müssen. Die Arbeiter sind bei Nacht und Nebel ausackeriert worden, ohne jedwede Störung des

Straßenverkehr. Die beiden folgenden Eisenzüge der Probefreie werden voraussichtlich noch in dieser Woche aufgestellt werden; in der nächsten Woche sollen dann die Schienenstränge hochgebracht werden.

Städtische Arbeitgeberpolitik. Aus den Kreisen städtischer Arbeiter wird uns geschrieben: „Mit einer Bitterkeit, die man in sonstigen Sachen von der Verwaltung der Kommunalität nicht gewohnt ist, ist auch diesmal wiederum die „verkürzte Arbeitszeit“ dort eingetreten und damit der verhängnisvolle Lohnausfall. Einigen den vorjährigen Arbeitsplan sogar gleich von 10 auf 9, 8 1/2, 8 und 7 1/2 Stunden. Von irgend welcher Verbesserung, sei es in dem miserablen Lohnverhältnis, das heute noch mit 33 Pf. pro Stunde Anfangslohn besteht und wofür auf allen drei Lagerplätzen kaum Arbeiter zu bekommen sind, ist nicht ein Wort zu hören. Nicht einmal die so mit Recht gewünschten Regenpfeiler hat die Verwaltung anzuführen für nötig befunden. Durch das Ausbleiben von Materialen, das den betreffenden Arbeitern von den Lieferanten bezahlt wird und wofür die Zeit der Lohn in Abzug gebracht wird, erspart sich die Verwaltung jährlich mehrere eine ganz erhebliche Summe. Es heißt wohl immer, es sind so und so viele Leute bei der Verwaltung beschäftigt, in Wahrheit arbeitet aber nur ein geringer Teil tatsächlich bei derselben. Sollte es denn nicht möglich sein, von diesen Ersparnissen wenigstens den Arbeitern im Winter den Lohn zu zahlen, das sie vor bitterster Not und Schuldenmachen geschützt sind? — Eine „Arbeitszeitverkürzung“ der gleichen Art ist im Wasserwerk in Friedrichshagen eingetreten. Auch hier dürfen die Arbeiter bis auf weiteres 1/2 statt bisher 10 Stunden arbeiten. Das wäre ja ganz nett, wenn nicht damit die entsprechende Lohnkürzung verbunden wäre, welche das Einkommen während der Wintermonate erheblich herabdrückt und Entbehrung in die Arbeiterfamilie bringt. Doch um solche Kleinigkeiten kümmern sich die mit sozialen Dingen gefällte Berliner Stadtverwaltung nicht; mag der Arbeiter sehen, wie er weiterkommt mit den Seinen. Den Herren Beamten kann ja so was nicht passieren, denn sie haben ihren festen Gehalt; was kümmert sie das Los der Arbeiter.“

Ein Schulbürgerstückchen ganz besonderer Art ist auch in der Parteiverwaltung zu verzeichnen. Da haben die Arbeiter mit Ach und Krach endlich in diesem Sommer durchgesetzt, daß abends eine halbe Stunde früher Feierabend gemacht wird. Was tat nun die unter dem speziellen Refort des Herrn Bürgermeisters stehende Direktion? Sie wandelte flugs die halbstündige Vesperpause in eine viertelstündige um! Aber damit noch nicht genug: den sogenannten Saisonarbeitern wurde noch eine weitere Viertelstunde vom Lohne abgezogen. Es ist also die von der Deputation genehmigte Arbeitszeitverkürzung wieder teilweise, bei den leibbezeichneten Arbeitern sogar ganz wegeslamotiert worden. — Wer angesichts dieser Proben städtischer Arbeitgeberpolitik noch an das berühmte gute Herz für die Arbeiter zweifelt, ist ein Hundstot! Jawohl!

Eine neue Schmeißlei

hat die städtische Schuldeputation auf Anordnung des Provinzial-Schulkollegiums vorgenommen. Sie läßt Erhebungen darüber anstellen, welche Schüler der Gemeindeschulen Mitglieder der Schülerabteilungen des Turnvereins „Fichte“ sind. Im Auftrage der Behörde soll diesen Schülern die fernere Teilnahme an diesem Turnverein streng untersagt werden. So die Mitteilung, die wir in verschiedenen Blättern finden. Uns sind von Eltern Mitteilungen zugegangen, die die oben angelegten Maßnahmen bestätigen. Wir waren anfänglich der Meinung, ein bestimmter Refort habe sich einen Uebergreif erlaubt, als er den Schülern, die dem Turnverein angehörten, die weitere Teilnahme verbot; nach der oben mitgeteilten Anordnung aber stellt sich heraus, daß die betreffenden Lehrer bzw. Direktoren im Auftrage handeln.

Wir möchten aber aufs entschiedenste bestreiten, daß die städtische Schuldeputation bezw. das Provinzial-Schulkollegium ein Recht hat, den Eltern vorzuschreiben, ob sie ihre Kinder dem Turnverein „Fichte“ zuführen sollen oder nicht. Es wäre in der Tat wünschenswert, die Bestimmungen kennen zu lernen, auf die sich die Schulbehörden bei ihrer neuesten Maßnahme stützen. Der Besuch der Turnstunden fällt außerhalb der Schulstunden, der Schulunterricht wird also in keiner Beziehung beeinträchtigt. Und gegen das Turnen an sich ist auch nichts einzuwenden, sind doch selbst in den Schulunterricht Turnstunden eingelegt. Was ist also die Ursache zu diesem neuesten „Eingriff in das Familienleben“? Es bliebe nur übrig, daß es sich um den der Regierung nicht genehmen Turnverein „Fichte“ handelt, den man treffen möchte. Verwunderlich und geradezu beschämend ist es, daß die städtische Schuldeputation sich so ohne weiteres zum Exekutor des Provinzial-Schulkollegiums hergibt.

Ohne ein Wort des Widerpruchs gibt sich die städtische Schuldeputation zu Handlangerdiensten der städtischen Aufsichtsbehörden her. Es ist noch nicht lange her, daß in der Stadtverordneten-Versammlung lebhafteste Klage geführt wurde über die Behandlung der Schuldeputation durch die staatlichen Aufsichtsorgane. Wenn man aber so gar nichts tut, um sich gegen die Uebergriffe zur Wehr zu setzen und als getreuer Vasall alles ohne Murren ausführt, so verzerrt man das Recht, sich über die zu teil gewordene Behandlung zu entsinnen. Hier wäre Gelegenheit, gegen diesen „Eingriff ins Familienleben“, wie sich unsere Freisinnigen so gern ausdrücken, entschieden Front zu machen. Die Schulaufsichtsbehörde hat in diesem Falle auch nicht einmal den Schein von Recht auf ihrer Seite.

Ein neues Denkmal ist im Tiergarten an der Ecke der Bellevue- und Kurstraße aufgestellt und enthüllt worden. Das Denkmal ist dem verstorbenen Tiergarten-Direktor Seitzer gewidmet und trägt auf einem zwei Meter hohen Sockel aus rotem schwedischem Granit die Bronzebüste des Verstorbenen.

Ueber die am Montag stattgehabte Fernwettfahrt des leibbaren Militär-Luftschiffes und des Paravel-Ballons liegt nunmehr folgender Bericht vor: Das Militär-Luftschiff hat nicht weniger als acht Stunden in der Luft verweilt und in der Zeit trotz des zum Teil förmlichen konträren Windes eine Linie von zirka 150 Kilometern zurückgelegt. Es entwickelte somit eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 10 Kilometern. Die Fahrt ging von der Jungfernhöhe aus über Charlottenburg, Schöneberg, Marienfelde, Groß-Lichterfelde, wo der Ballon vor der Abenteurerfahrt manövrierte, über das Gelände links von der Potsdamer Bahn, hinweg bis nach Potsdam. Von hier nahm er seinen Flug weiter in der Richtung Werder, Brandenburg bis zum Plauerer See und kehrte dann in gerader Linie nach dem Aufstiegsort zurück. Der Paravel war etwa 7 1/2 Stunden unterwegs, mußte jedoch die Fahrt etwa 4 Stunden lang unterbrechen. Nach seinem Aufstieg in der Jungfernhöhe flog er über Saathwinkel, Spandau, rechts von der Potsdamer Bahn nach Potsdam und verfolgte von dort aus die gleiche Richtung wie der Militärballon. Bei Groß-Arenz mußte jedoch eine Landung vorgenommen werden, weil sich die Erneuerung des Kälteapparates für den Motor als notwendig herausgestellt hatte. Nach dieser Unterbrechung flog dann der Ballon bis zum Plauerer See, kehrte über diesem und nahm seinen Rückweg über Rehnitz und Rehlitz. Beide Ballons landeten ohne Beschädigung nach Eintritt der Dunkelheit auf dem Plage der Militär-Luftschiffabteilung. Der Gasverbrauch war bei beiden Luftfahrzeugen trotz der stützgebundenen Zwischenlandung des Paravel ein verhältnismäßig geringer. Sie hätten sich noch zirka 4 bis 5 Stunden in der Höhe halten können. Die Leistungen der beiden Luftschiffe sind um so anerkennenswerter, als der Zeppelin-Ballon, dessen Aluminiumwände bekanntlich ein Entweichen des Gases besser verhindern als die weichen Hüllen der zusammenlegbaren Ballons, nur Fahrten bis zu 7 Stunden unternommen hatte. Allerdings entwickelte das Zeppelin-Luftschiff dabei bedeutend größere Geschwindigkeiten, wie sie von anderen leibbaren Ballons bisher noch nicht annähernd erreicht worden sind.

Selbstmordversuch nach bestandenen Examen. Ein junger Arzt hat sich gestern in früher Morgenstunde auf zweifache Weise das Leben zu nehmen versucht. Der 24 Jahre alte Dr. Wilhelm Hall, der bei seinem Bruder in der Schulgendorferstr. 27 wohnte, hatte vor kurzem sein Staatsexamen gemacht und glänzend bestanden. Durch allzu starke Ueberarbeitung hatten die Nerven des jungen Arztes außerordentlich gelitten und Dr. H. schien wohl zu befürchten, daß er noch einmal geisteskrank werde. Gestern in der vierten Morgenstunde brachte er sich mit einem scharfen Messer am Hals zwei tiefe Schnittwunden bei. Auch an der Pulsader des linken Armes fügte er sich eine Schnittwunde zu. Hierauf öffnete der Lebensmüde das Fenster und stürzte sich auf die Straße hinab. Hausbewohner, die das Auffschlagen des Körpers gehört hatten, eilten herbei und trugen Dr. H. nach der Sanitätsstation in der Lindowstraße. Der diensttunende Arzt stellte schwere Verletzungen am Kopf fest. Nach Anlegung von Notverbanden fand der Schwerverletzte im Virchow-Krankenhaus Aufnahme.

Das Polizeipräsidium macht darauf aufmerksam, daß sich das polizeiliche Fundbüro nur im Polizeidienstgebäude am Alexanderplatz, Zimmer 32a, befindet, und daß das hier Charlottenstr. 96 bestehende „Generalfundbüro“ in seinem Zusammenhang mit dem Polizeipräsidium steht. Dieses ist ein privates Unternehmen.

Das Polizeifundbüro ist für das nachtragende Publikum werktäglich von 9 bis 1 Uhr geöffnet; es wird dort kostenlos jede gewünschte Auskunft in allen den Verlust oder Fund einer Sache betreffenden Angelegenheiten erteilt. Die nach der gefestigten Bestimmung über Fundgegenstände im Werte von mehr als 3 M. an die Polizeibehörde zu erhaltende Meldung wird sowohl vom Polizeifundbüro wie von jedem Polizeirevier entgegengenommen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine etwaige Meldung des Fundes auf dem genannten „Generalfundbüro“ die Finder von der ihm gesetzlich obliegenden Meldepflicht nicht befreit.

Casino-Theater. Heute findet die Eröffnung der vieractigen Komödie „Wiederleute“ von Robert Mich. statt.

Die Oratorien Berlin des Deutschen Arbeiter-Abstinenz-Bundes veranstaltet am Sonnabend, den 2. November, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Platz 15, einen Kunstabend, zu dem u. a. der „Berliner Volkschor“ unter Leitung seines Dirigenten Herrn Dr. G. Zander, Hr. Gerzud Bischoff (Sopran), Frau Elsa Kühne (Mezzosopran) und Herr R. Kurisch (Fagott) ihre Mitwirkung zugesagt haben. Die Festschilde hält Genosse Heinrich Schulz. Es soll den Teilnehmern nicht nur ein genussreicher Abend geboten werden, sondern auch dadurch, daß vor Beendigung des Programmes Getränke nicht ausgehänkt werden, Propaganda für die Veranstaltung von Arbeiterfesten ohne Trinkzwang gemacht werden. Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind bei den Genossen Otto Berg, Plauerstr. 15, Joh. Michaelis, O., Langestr. 11, und Georg Davidsohn, Poststr. 13, zu haben.

Feuerwehrbericht. Dienstagabend kam im königl. Opernhause Feuer aus. Dort brannte infolge Unvorsicht eines kleinen Spiritusbottichs auf offener Szene ein Kissen. Ein Posten der Feuerwehrgesellschaft bemerkte die Gefahr, trat sofort zwischen den Kulissen hervor und löschte die Flamme durch Auflegen einer sogenannten Löschdecke, mit der das Feuer erstickt wurde. Das Publikum blieb ruhig. Um 11 Uhr nachts wurde die Feuerwehr wieder einmal böswilligerweise nach der Soldinerstraße auf dem Gefundbrunnen gerufen. Der Täter ist leider entkommen. Nachts um 3 Uhr kam in der Kopenstr. 43 in einem Lagerkeller Feuer aus. Brechlohlen brannten dort. Heute früh hatte die Wehr in der Friedrichstr. 100 (Monopol-Hotel) zu tun, wo Schmieröl u. a. im Fabrikstuhl brannte. Papier, Stroh und Packmaterial brannten gleichzeitig in der Gollnowstr. 10 und Schreinerstr. 21. In der Wusterauhenerstr. 12 und Ebelingstr. 7 wurden Wohnungsbrände gelöscht. Weiter, Meider, Gardinen usw. fanden dort in Flammen. Außerdem mußte die Wehr noch an mehreren Stellen Hülfe leisten.

Dem Berliner Aquarium wurde ein ganz zahmer Rosenbar, der nun einen der drolligsten Bewohner des Affenhauses bildet, und eine Sumpfschildkröte überwiesen. Reiche Transporte von Seevögeln kamen aus den süd- und norddeutschen Meeren an. Die königliche Biologische Anstalt Helgoland sandte mit einer aus mehr als 100 Köpfen bestehenden Gesellschaft der herrlichsten Vögelarten auch ein Mitglied der Gruppe der schätzvollen Korallenfische, das in Gestalt eines hand- oder baumförmigen dicken, fleischig oder korkig weichen, mit dem Unterleib im Sande suspendierten entgegengesetzt und als eine Kolonie von Einzeltieren zu betrachten ist, die als kleine weiße, blütenartige Lebewesen aus der toten oder gelblichen Stachelhäute hervortragen. Fast gleichzeitig mit diesem Nordseebewohner ist eine zweite Art derselben Gattung Alphonium aus der Adria angelangt, deren dickflüssiger Saft an der Wurzel stielartig verbleibt. Ebenfalls durch ihre eigenartige Schönheit fallen zwei neueingetroffene Spezies aus den Gattungen Profula und Sirotophaga auf, die zu mit prachtvollen Kiemenfäden besetzten aussergewöhnlichen Höhlenwürmern gehören, sowie aus der Ordnung der Meeracktionen eine wunderschön purpurrote Art der nur einen schilddrüsenartigen Mantel besitzenden Seitenfremer.

Vorort-Nachrichten.

Zur Stadtverordnetenwahl in Schöneberg.

Am kommenden Sonnabend finden bereits die Stadtverordnetenwahlen in Schöneberg statt. Der Wahlkampf wird diesmal in einer bisher nie gekannten Weise geführt. Während uns in den vorhergehenden Jahren gewöhnlich nur ein bürgerlicher Kandidat ernstlich gegenüberstand, haben wir es bei dieser Wahl in jedem Bezirk mit zwei bürgerlichen Gegnern zu tun, die sich ihrerseits nun auch wieder gegenseitig äußerst heftig bekämpfen. Jeder dieser beiden bürgerlichen Gegner will eben die Lorbeeren des Sieges über die Sozialdemokratie davontragen.

Anfangs hatte man den Versuch gemacht, wenigstens in der dritten Abteilung ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu ermöglichen. Es kam die erhoffte Einigung aber nicht zustande. Somit haben wir es in jedem Bezirk mit einem Kandidaten der „Liberalen“ und einem solchen des übrigen bürgerlichen Mischmaßes unter Führung des Reichs-Lügenverbandes zu tun.

Wenn wir uns die Kandidatenliste der „Liberalen“ betrachten, so finden wir darunter Stadtverordnete, die schon bisher ein Mandat besaßen, aber der liberalen Fraktion gar nicht angehörten, ja sogar oftmals gegen Anträge der liberalen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung gestimmt haben.

Die liberale Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung ist noch sehr jung. Früher hat man die einzelnen dieser Herren, die der Stadtverordnetenversammlung schon längere Zeit angehört, oft an der Seite ihrer bürgerlichen Freunde und gegen die Sozialdemokratie gesehen. So wird es auch für die Zukunft wieder werden. Das geht schon aus einem Ausspruch des Führers der Liberalen hervor, wonach auch sie für die Interessen der Hausbesitzer eintreten werden, wie jeder andere.

In dem gegenwärtigen Wahlkampf suchen nun die „Liberalen“ auch die Stimmen der Arbeiter und der unteren Beamten zu gewinnen, wobei ein ganz besonderer Wert auf die Stimmen der städtischen Arbeiter gelegt wird. Lange vor den Wahlen hat man sogar die Vergünstigungen und Feste der städtischen Arbeiter benutzt, um Propaganda für die „Liberalen“ zu machen. Die städtischen Arbeiter sollten von dem Anschluss an die Sozialdemokratie und von dem Beitritt zu ihrer Gewerkschaft zurückgehalten werden. Auch für die Errichtung einer Betriebskrankenkasse legten sich die Herren ins Zeug, um die städtischen Arbeiter der angeblich der Sozialdemokratie versprochenen Ortskrankenkasse zu entziehen; aber hier mußten sie sich eine deutliche Abfuhr holen.

In den Versammlungen der „Liberalen“ wird natürlich stets erklärt, daß nur sie eine wirklich fortschrittliche Kommunalpolitik treiben. Die Sozialdemokratie bringe nur unrealisierbare

in Trüge ein und treibe einen uferlosen Radikalismus. Wenn aber nach Beweisen für diese Behauptungen gefragt wird, dann schweigen die Herren. Es wird sich ja bald zeigen, daß der Schöneberger Kommunal-Liberalismus sich auch nicht wesentlich von dem Liberalismus anderer Städte unterscheiden wird.

Auf der anderen Seite unserer bürgerlichen Gegner geht man gegen die Sozialdemokratie in gewohnter Weise vor, dafür bürgt ja schon die Person des bekannten Stadtverordneten Richard Schneider, wenn man auch, um die Wähler zu täuschen, die Rollen etwas vertauscht hat. Auch diese Leute können den Wählern jetzt gar nicht genug vorerzählen, was sie für die Einmischung nicht alles tun werden. Man ist ja schon daran gewöhnt.

Um die bürgerlichen Vereine zusammenhalten zu können, hat man die Mandate sorgsam verteilt. Auch das Zentrum hat zwei Mandate erhalten, wofür sich die katholischen Wähler verpflichten sollen, für die ganze Liste des reaktionären Mischmaßes zu stimmen. Recht bezeichnend für den Launel des bürgerlichen Mischmaßes ist es, daß die beiden in Schöneberg bestehenden (blauen) Gastwirtsvereine sich dem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie angeschlossen haben. Die Sozialdemokratie also, die erst jüngst ganz energisch gegen eine geplante Belastung des Gastwirtsstandes eingetreten ist, wird von den Gastwirten bekämpft, dagegen unterstützen letztere gerade diejenigen, die sich für eine weitere Belastung des Gastwirtsstandes ausgesprochen haben. Man sollte eine derartige Gesinnungslosigkeit kaum für möglich halten. Aber es handelt sich ja um die Bekämpfung der Sozialdemokratie, und dabei ist eben alles recht.

Unsere Parteigenossen werden jedenfalls die kurze Spanne Zeit noch ausnützen, um den bürgerlichen Gegnern die Suppe zu versetzen. Es muß dafür gesorgt werden, daß niemand bei der Hauptwahl zurückbleibt. Kommt es zu Stichwahlen zwischen uns und einer der bürgerlichen Richtungen, so werden wir mit Sicherheit die feindlichen Kräfte in voller Harmonie und gegenübersehen. Niemand sollte bei der Agitation für unsere Sache fehlen. Von bürgerlicher Seite wird alles nur Erdensüchtige angewandt, um den Sieg zu erringen. So ist festgestellt worden, daß sogar Feuerwehrlente in Uniform ausgehört werden, um Agitation für die Liberalen zu treiben. Auch Kinder sind von einem städtischen Lehrer zur Feststellung der Wohnungsbedingungen von Haus zu Haus geschickt worden.

Sind unsere Schöneberger Parteigenossen am Sonnabend auf dem Posten, so werden uns diese Stadtverordnetenwahlen ein Vorbild für die gleichen Wahlen in Charlottenburg und Berlin geben.

Charlottenburg.

Zur Stadtverordnetenwahl! Während das amtlich abgestempelte „Freisinnige“ Lokalsblattchen sonst jede Lügennotiz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie wiedergab und schließlich sich noch zu einigen eigenen Zeilen aufschwang, ist es jetzt in der „Neuen Zeit“ auffällig ruhig. Das von unserer Seite wöchentlich herausgegebene Wahlblatt raubt noch heut dem „liberalen“ Organ die Sprache. Aber um so eifriger wählten die „Freisinnigen“ neben den „Unpolitischen“ im geheimen, durch persönliche Agitation, durch Flugblätter und Zirkulare. Die Namen der bürgerlichen Kandidaten werden den Wählern zum Ueberflus in die Ohren geschrien. In allen Bezirken der dritten Abteilung haben die „Freisinnigen“, wie die „Unpolitischen“ Kandidaten aufgestellt. — Von unserer Seite kandidieren: Im 1. Bezirk: Stadtverordneter Widler und Kassenbeamter Hermann Jacob, im 2. Bezirk Maurer Emil Lehmann, im 3. Bezirk Stadtverordneter Lieke und Gewerkschaftsbeamter August Gebert, im 4. Bezirk Redakteur Fritz Biesch und Mechaniker Alfred Will, im 5. Bezirk Stadtverordneter Scharnberg und Kassenbeamter Otto Flemming, im 6. Bezirk Stadtverordneter Karl Zander und im 7. und 8. Bezirk Stadtverordneter Paul Hirsch. Die Gegner rechnen noch mit den Erfolgen bei der letzten Reichstagswahl und sie geben sich der Hoffnung hin, und sogar aus den sichersten Bezirken drängen zu können. Die Arbeiterpartei Charlottenburgs wird zeigen, daß auch die Bäume der Bürgerlichen nicht in den Himmel wachsen.

Groß-Lichterfelde.

Im Teltowkanal erkrankt hat sich anscheinend das 21 Jahre alte Dienstmädchen Emma Brauer, welches bei einer Herrschaft in der Ringstraße in Stellung war. Die D. hatte sich am Sonntagabend von der Wohnung ihrer Dienstherrschaft entfernt und war seitdem verschwunden. Dienstagmorgen wurde an der Mündung des Teltowkanals ein Damenhut und ein Handtäschchen aufgefunden, welche als Eigentum des vermissten Dienstmädchens erkannt wurden. Es ist danach kaum zu bezweifeln, daß es Selbstmord verübt hat. Das Motiv zu der Tat ist nicht bekannt.

Die Gemeindevertretung am Montag brachte der Öffentlichkeit eine fatale Ueberraschung. Beim ersten Punkt der Tagesordnung „Badeanstalt“ erklärte der Referent Schöffe Lenzner, daß von den beiden Bassins der mit einem Kostenaufwand von 150 000 M. erbauten Badeanstalt infolge ungenügender Fundamentierung und des außerordentlich schlechten Baugrundes das Damenbassin ganzlich verloren, das des Herrenbades nur unter besonderen Vorkehrungen, die jedoch ebenfalls eine absolute Garantie nicht bieten könnten, zu erhalten sei. Die Firma Pönitz und eine Reihe anderer Sachverständiger hätten die Fundamentierungen für ausreichend und solide erklärt. Bald nach Fertigstellung und Inbetriebsetzung der Badeanstalt zeigten die beiden Bassins Risse, es machten sich Ausbesserungen notwendig, wobei sich zeigte, daß das Damenbassin überhaupt nicht mehr an dieser Stelle belassen, sondern zugeschüttet werden müsse. Die Ursachen seien in den schlechten Bodendverhältnissen — es handelt sich um das verjumpte ehemalige Wästel — zu suchen, in denen sich selbst die bedeutendsten Sachverständigen getäuscht hätten. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, vorerst 12 000 Mark zu bewilligen zur besseren Fundamentierung des einen Bassins und der Errichtung des Damenbassins an anderer Stelle. — Der Gemeindevertretung kann der Wortwitz jedoch nicht erspart werden, infolge allzu großer Sparsamkeit diesen Zustand mitverschuldet zu haben. Es war ursprünglich eine andere Art der Fundamentierung in Aussicht genommen; das Projekt fand aber keine Zustimmung, da es zirka 80 000 M. mehr erfordert hätte. Ferner wurde beschlossen, Kommunalsteuern bei einem Einkommen von 420—600 M. nicht mehr zu erheben. Groß-Lichterfelde war eine von den wenigen Gemeinden, die ihre soziale Fürsorge dahin auflegte, daß man von einem Einkommen, das nicht einmal als Existenzminimum gelten kann, auch Steuern erheben müsse. Die Freilassung erfolgte auch nur unter dem Gesichtspunkte, daß die Einziehung die Kosten nicht bede. Es handelt sich um 837 Zentner. Auch die Einkommen von 600 bis 900 M. steuerfrei zu lassen, dazu konnte man sich nicht entschließen, weil der Ausfall für den Gemeindefiskus zu groß sei. Bisher war es in jenen Kreisen üblich, das Mitbestimmungsrecht des Proletariats in der Gemeinde deshalb zu verneinen, weil dasselbe angeblich finanziell zu den Lasten fast nichts beitrage, und nun hören wir, daß der Ausfall selbst bei den Einkommen von 600 bis 600 M. so groß ist, daß er von der Gemeinde nicht ertragen werden könne! In Anbetracht der nächstjährigen Gemeindevahl wird es gut sein, wenn die Arbeiterpartei diesen Umstand im Gedächtnis behält.

Lichtenberg.

Ein Opfer seines Berufs ist der Rangierarbeiter Robert Schöndwälder aus der Güterstraße 10 geworden. Er hatte auf dem Nimmelsburger Rangierbahnhof Dienst getan, der darin bestand, die einzurangierenden Waggons zu verbinden. Er geriet dabei unter einen Güterwagen und die Räder gingen ihm über beide Arme und Beine hinweg. Die Unterextremitäten und der linke Arm wurden dem Verunfallten vollständig gerammt. Auch am Hinterkopf erhielt der Verunfallte Verletzungen. In hoffnungslosem Zustande wurde er in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert.

Wespensee.

Die Arbeiterwahlen zur Ortskrankenkasse finden heute abend von 6 bis 8 Uhr im 'Präsidenten', Lehderstr. 122, statt.

Die Arbeiterwahlen finden in demselben Lokal in der Zeit von 9 bis 10 Uhr statt. Auch hierzu werden unsere Genossen aufgefordert.

Bernau.

Den Bericht von ihrer Tätigkeit im Stadtparlament erstatteten am Samstagabend in einer Versammlung die sozialdemokratischen Vertreter.

Nowawes.

Dienstag, den 5. November, abends von 8-10 Uhr, finden im Lokale des Herrn Schmidt, Friedrichstraße, die Erswahlen von vier Vertretern zur Generalversammlung der hiesigen Ortskrankenkasse statt.

Potsdam.

Die letzte Stadtverordneten-Versammlung beschloß einstimmig, nochmals die ministerielle Genehmigung zur Erhebung der Schlacht- und Fleischsteuer bis zum 31. März 1910 nachzusuchen.

Welche Nachteile dem Stadtsäckel durch die Steuerfreiheit der zahlreichen Beamten erwachsen, zeigt die seitens des Magistrats aufgenommene Statistik.

Vermischtes.

Die Explosion in Lindenu - Leipzig. (Fig. Ber.) Die von uns bereits telegraphisch gemeldete Katastrophe ereignete sich in der siebenten Abendstunde.

Bruch der Dampfkessel davon. Weiter befinden sich drei jüngere Ehefrauen und ein Mauerer unter den Schwerverletzten.

Zu den Wasserfällen in Schiltorf wird noch aus Innsbruck gemeldet, daß der Felsenbach bei Canazza große Strecken überschwemmte.

15 000 Menschen umgekommen.

Ueber eine furchtbare Katastrophe wird aus Tschobent berichtet. Durch ein Erdbeben und durch gleichzeitigen Vergnügung wurde am 21. Oktober die bucharische Stadt Karatag vollständig zerstört.

Opfer der Arbeit im Industriegebiet.

Auf Schacht 2 der Zeche 'Neu-Herold-Langendreer' geriet der Hauer Daniel Köhler unter hereinbrechende Gesteinsmassen.

Schiffsunfälle.

Der österreichische Dampfer 'Eda' ist nach einer Meldung aus Triest bei Kap Colonna gescheitert.

Infolge heftigen Sturmes sind gestern in Cherbourg zwei Fischerboote gesunken.

Ein Einbruch in ein Bankhaus. In Krakau brachen unbekannt Täter nachts in dem Bankhaus der Gebrüder Eibenschütz ein.

Wieder ein Bahnunfall. Nach einem Telegramm aus Budapest ist der von Puzos abgelassene Schnellzug zwischen den Stationen Lie und Blase auf einen Güterzug.

Ein Einbruch in ein Bankhaus. In Krakau brachen unbekannt Täter nachts in dem Bankhaus der Gebrüder Eibenschütz ein.

Dreizehn Personen getötet. Ueber ein folgenschweres Eisenbahnunglück wird aus Lahore berichtet.

Eingegangene Druckschriften.

Neclaus Universum. Heft 4. Wöchentlich ein Heft. 30 Pf. Verlag P. Reclam in Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Die hiesige Sprechstunde findet in der Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl, wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Vorwärts 1890. Ein eigenhändig und formgerecht dattiertes ge- und unterschriebenes Dokument bedarf zu seiner Gültigkeit weder polizeilicher noch gerichtlicher noch notarieller Beglaubigung.

Die hiesige Sprechstunde findet in der Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl, wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

W. 3. 19. 1. No. 2. Durch Anfrage bei dem dortigen Landgericht. - 2. 2. 93. Rein: das Kind, das in der Ehe geboren ist, gilt solange als ehelich, bis der Ehemann erfolgreich auf Unehelichkeitserklärung gelangt hat.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktsachen-Direktion. (Großhandels-) Weizen 111-70, Roggen 108-70, Hafer 105-70, Gerste 105-70.

Witterungsübersicht vom 30. Oktober 1907. Stationen: Berlin, Potsdam, Leipzig, Dresden, etc. Temperatur, Windrichtung, Regenmenge.

Wetterprognose für Donnerstag, den 31. Oktober 1907. Wind, jedoch ziemlich wolfig mit Regenschauern und mäßigen südlichen Winden.

Table with 4 columns: Station, Water level (Wasserstand), Date, and other details. Includes stations like Remel, Bregel, Weichsel, etc.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Freitag, den 1. November cr., abends 8 Uhr:

Oeffentl. Kommunalwähler-Versammlung

im „Artushof“, Berlebergerstraße 26.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten und Stadtverordneten **Paul Singer** über: „Die positive Tätigkeit der Sozialdemokraten auf kommunalem Gebiete“.
2. Diskussion.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Berlin.

Freitag, den 1. November 1907, vormittags 11 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei **Treyer** (früher Keller), Koppenstraße 29.

[201/10*]

Tages-Ordnung: **Die Vorlage des neuen Tarifes.**

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Verbandsleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Einsetzer!

Freitag, 1. November, abds. 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 8: **Versammlung der Roten Kartenkleber.**

Tages-Ordnung:

Wie stellen sich die Kollegen zum Fortbestehen der Zugschulze?

Achtung! Mechaniker! Achtung!

Freitag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer I:

Besprechung sämtlicher aufgestellten Delegierten der Ortskrankenkasse der Mechaniker.

Das Erscheinen aller unbedingt erforderlich. — Mitgliedsbuch ist vorzulegen.

Der Einberufer: **R. Guffe.**

Vorteilsekretär für Jemney-Remscheid-Wettmann

Gehalt laut Beschluß der Kreisversammlung 2200 Mark außer Spesen. Bewerber wollen sich unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit bis spätestens 9. November beim Schriftführer des Kreisamtes **Emil Linsbrink**, Ronsdorf, Breitestr. 24, melden.

Orts-Krankenkasse

Gelb- u. Binngießer zu Berlin.

Auf Grund des § 64 des Rassenstatuts geben wir den Mitgliedern und Arbeitgebern bekannt, daß der in der Generalversammlung vom 18. Juli cr. beschlossene, unter dem 15. Oktober cr. genehmigte III. Nachtrag des Rassenstatuts am Montag, den 4. November cr. in Kraft tritt. Zur Abänderung gelangt § 30: erhöhte Beiträge.

Druckexemplare dieser Wanderung erhalten die Mitglieder von ihren Arbeitgebern. 10265 Berlin, den 30. Oktober 1907. Der Vorstand.

Andreassgarten

Empfehle meine Räume zu Versammlungen und Festlichkeiten aller Art. Gute billige Küche, gut gepflegt. Bier, Fremdenlogis. Jeden Sonntag **Tanz** bei freiem Zutritt. Mittags 12 bis 60 Pf. an, mit Bier 30 Pf. **H. Werfowski.**

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Freitag, den 1. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom dritten Quartal 1907.
2. Abrechnung vom Streik.
3. Bekanntgabe des Wahlresultats.
4. Verhandlungsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Zweigvereinsvorstand.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Samstag, den 3. November, vorm. von 10-12 Uhr, findet im ganzen Zweigvereinsgebiet die

Stichwahl zum Zweigvereinsvorstand

in den bekannten Lokalen statt.

Ohne Mitgliedsbuch darf niemand wählen!

Der Zweigvereinsvorstand.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Wir haben uns entschlossen

unsere Warenlager in Herren- u. Knaben-Konfektion, welche z. Zt. einen Wert von zirka **3/4 Millionen Mark**

betragen, der schlechten Witterung wegen zu jedem nur annehmbaren Preise zu verkaufen. Ein Teil der Waren ist in Serien eingeteilt und bis zu

50% heruntergesetzt 50%

Die Preise sind derartig enorm billig, daß alle sogenannten

Total-Ausverkäufe

in den Schatten gestellt werden. Der größte Teil der Waren ist in **eigenen Werkstätten hergestellt.** Besichtigung ohne Kaufzwang. Das Wunder Berlins.

Blitz

Serie 10: Herren-Anzug, 6 45 M.	Serie 5: Herren-Paletots, 6 30 M.
Partie	schöne Muster
Serie 15: Herren-Anzug, 7 90 M.	Serie 10: Herren-Paletots, 9 50 M.
Cheviot, blau und schwarz	mit Sattel, schöne Muster
Serie 20: Herren-Anzug, 10 50 M.	Serie 15: Herren-Paletots, 12 25 M.
braun □, das Neueste	auf Atlas, schwarz
Serie 25: Herren-Anzug, 14 50 M.	Serie 20: Herren-Paletots, 15 75 M.
imit. englisch, elegant	engl. Dessins
Serie 30: Herren-Anzug, 16 75 M.	Serie 25: Herren-Paletots, 18 50 M.
Ersatz für Maß, zweireihig	Ersatz für Maß
Serie 35: Herren-Anzug, 19 50 M.	Serie 30: Herren-Paletots, 19 75 M.
pa. Kammg., 100 versch. Muster	das Wunder Berlins
Herren-Hosen, 1 50 M.	Kinder-Anzüge, 2 10 M.
von feinsten bis zu	von feinsten bis zu
Herren-Joppen, 2 75 M.	Kinder-Joppen, 1 60 M.
von feinsten bis zu	von feinsten bis zu
Herren-Westen, 1 10 M.	Kinder-Paletots, 2 40 M.
von feinsten bis zu	von feinsten bis zu

Nur einige Tage!

Maß-Anfertigung in eigener Werkstatt.

Auf Wunsch Besuch unserer Stadtreisenden.

85 Chaussee-Straße 85	9 Rosenthaler Straße 9
137 Gr. Frankfurter Str. 137	29-30 Kotthuser Damm 29-30
Schöneberg:	Lichtenberg:
10 Haupt-Straße 10	19 Frankfurter Chaussee 19.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Esders & Dyckhoff

Oranienstr. 48 und Leipzigerstr. 50 a.

Spezialhaus für Herren- :: und Knaben-Kleidung ::

Winter-Paletots	in denkbar größter Auswahl von	14-70 Mark
Winter-Ulster	in denkbar größter Auswahl von	23-58 Mark
Gehrock-Anzüge	in denkbar größter Auswahl von	32-68 Mark
Sacco-Anzüge	in denkbar größter Auswahl von	12 ⁵⁰ bis 59 Mark

Maßanfertigung unter Garantie des guten Sitzes bei niedrigsten Preisen.

Entgegenkommendste Bedienung. Feste Preise. Größte Auswahl.

Die Vorträge über Nationalökonomie.

Der dritte Vortragsabend, an dem Genosse Wolfenbühler sprach, wurde am Montag vom Genossen Ernst eröffnet.

„Der Austausch“.

Er knüpfte an seine Darlegungen über Warenproduktion und Geld im letzten Vortrage an und zeigte noch einmal, wie man nach einer Ware sucht, die die gesellschaftlich gültige Äquivalenzform besitzt...

Das Geld als Wertmaß ist die gesellschaftliche Inkarnation der menschlichen Arbeit, und durch sein festgesetztes Metallgewicht dient Geld als Maßstab der Preise.

Marktmagen konnte nicht mehr getragen und die Preise sanken schnell. Für ein Pfund Gold erhielt man in den Jahren 1871/75 nur 15,97 Pfund Silber...

Der Redner führte die Handelsbilanzen der Industriestaaten an und zeigte, daß die Gesamteinfuhr die Gesamtausfuhr übertrifft und erinnerte an die Doktrin der Merkantilisten...

führt werden, z. B. alles was die Schifffahrt braucht und die Ladung der verlorenen Schiffe. Woher nun der bestehende Gewinn? Es findet eine Wertsteigerung der Waren statt durch die Arbeit der Seeleute und zweitens werden die Waren ausgeführt, wo sie billig und eingeführt, wo sie teuer sind.

Den zweiten Teil seines Vortrages widmete der Redner der Verwandlung von Geld in Kapital und der Theorie vom Mehrwert. Weltmarkt und Weltmarkt eröffnen im 16. Jahrhundert die moderne Lebensgeschichte des Kapitals.

Daß es Geldbesitzer auf der einen Seite und Arbeiter ohne Mittel auf der anderen Seite gibt, ist das Resultat einer historischen Entwicklung, das Produkt vieler ökonomischer Umwälzungen...

Advertisement for Baer Sohn clothing. Includes sections for Blusen-Anzüge, Norfolk-Anzüge, Jackett-Anzüge, and Paletots u. Ulster. Features illustrations of two models in coats.

Advertisement for Teppich-Haus B. Hurwitz. Promotes carpet and rug sales with a 40% discount. Located at Rotes Schloß, An der Stechbahn 1/2.

Advertisement for Referenten-Führer. A guide for socialists and colonial politics by Karl Kautsky. Price 1.50 M.

Advertisement for Geld-Lotterie (Money Lottery). Drawings on 22-26 November. Prizes include 490,000 M, 75,000 M, 50,000 M, 25,000 M, and 15,000 M.

Advertisement for 'Ich verschenke' (I give away). Lists various items for free, including books and stationery. Contact: Rosenbergs, Köpenickerstraße 35.

